nnerstag, den 22. Oktober 1931 Einzelnummer 10 Pfennige 42. Jahrgang — Nr. 247

Volkswacht

für Schlesien

en wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen" „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer".

ugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch chhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthias- 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im s zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., lich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeiger, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Ein Gewaltstreich des Naziministers Klagges

verbietet den Braunschweiger „Volksfreund" auf acht Wochen

Beschwerde beim Reichsgericht eingelegt

Braunschweig, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch hat der braunschweigische Naziister Klagges zu einem Schlag gegen den aldemokratischen „Volksfreund" ausgeholt, ier ihn wegen der Berichterstattung und der Kritik an den ällen des letzten Sonnabend und Sonntag

auf acht Wochen verboten

Von dem Verbot, das sich auf die Notverordnungen des spräsidenten gegen politische Ausschreitungen stützt, werden sämtliche Kopfblätter des „Volksfreund" betroffen. e Begründung lautet:

„Der „Volksfreund" hat in seiner Nummer 239 des 61. Jahres vom Montag, den 19. Oktober, aus Anlaß des am 17. und Oktober zu Braunschweig stattgehabten SA.-Aufmarsches der onalsozialistischen Arbeiterpartei eine ganze Reihe von ldungen und Artikeln gebracht, die den tatlichen Ereignissen in keiner Weise gerecht. den, vielmehr durch ihren aufhetzerischen und aufrührerischen alter die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsteste rden. Aus der großen Menge der Artikel unwahren und aufelnden Inhalts mögen nur folgende herausgehoben werden:

1. Auf der ersten Seite in der Mittelspalte wird behauptet, n Braunschweig massierten Hakenkreuzler hätten ihre Ueber- t dazu benutzt, über die wehr- und schutzlose Arbeiterschaft ufallen. Das Wüten der Faschisten sei über Aufruhr und bstiedensbruch bei weitem hinausgegangen. Es sei eine ralprobe zum Bürgerkrieg gewesen.

2. Auf der dritten Seite des Hauptblattes ist ein Telegramm Ortsvereins Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei ergegeben. (Das Telegramm schildert die Straßenkämpfe bittet um Schutz, da die Polizei die Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten kann.)

3. Unmittelbar darüber befindet sich ein Artikel mit der erschrift „Die Straßenschlachten".

Alle diese Behauptungen sind aus der Luft gegriffen und nen durch nichts bewiesen werden. Sie sind nur aufgestellt den, um die Bevölkerung in Erregung zu versetzen und aufcheln und gefährden dadurch die öffentliche Sicherheit und nung in erheblichem Maße.

Des weiteren findet sich auf der ersten Seite des Hauptlles ein Artikel mit der Ueberschrift „Republikaner Braunweigs". In diesem Artikel wird ausgeführt, der Minister gges, der im Lande Braunschweig für Ruhe und Ordnung ntwortlich sei, habe es kürzlich in einer Nazi-Versammlung mit seinem Amte vereinbar angesehen, zu sagen, daß die gis den marxistischen Mob in seine Schlupfwinkel zurückngen würden. Die Hitlerianer hätten in dieser aufreizenden ewendung einen Freibrief dafür gesehen, daß sie in Braunweig wie die Vandalen hätten hausen dürfen.

Auch diese Behauptung ist durchaus unwahr. Der Minister gges hat entgegen der vom „Volksfreund" behaupteten Aeußerung lediglich die Redewendung gebraucht, der marxistische Mob habe sich in seinen Schlupfwinkeln zurückgehalten. Die entstellte Form, in der der „Volksfreund" diese Aeußerung gebracht hat, soll offenbar aufreizend wirken und den braunschweigischen Innenminister in der öffentlichen Meinung verächtlich machen und herabwürdigen, wie sich das aus dem ganzen Zusammenhang, in die diese Aeußerung im „Volksfreund" gestellt ist, aufs deutlichste ergibt.

Mit Rücksicht auf diese fortgesetzten Verstöße gegen die oben in der Verbotsverfügung angezogenen gesetzlichen Bestimmungen ist das Verbot der Zeitung gerechtfertigt und die Bemessung der Verbotsfrist auf acht Wochen angemessen. gez. Klagges."

Dieses geradezu aufreizende Verbot ist in keiner Weise sachlich begründet. **Für jede seiner Behauptungen hat der „Volksfreund" eine Reihe von Zeugen mit Namen aufmarschieren lassen können, die bereit sind, ihre Aussagen zu beschwören.** Der „Volksfreund" hat sich lediglich auf Tatsachen gestützt und in objektiver Form zu den Vorgängen Stellung genommen.

Otto Wels spricht in Braunschweig

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, spricht am Sonntag in der Braunschweiger Stadthalle über die politische Lage. Die Versammlung wird von allen republikanischen Organisationen der Stadt Braunschweig veranstaltet.

Groener plant ein Uniformverbot

In Anbetracht der jüngsten blutigen Vorgänge in Braunschweig trägt sich der Reichsinnenminister mit der Absicht eines allgemeinen Uniformverbots für das ganze Reich. Das Verbot soll gegebenenfalls durch Notverordnung erlassen werden.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem Verbot des sozialdemokratischen „Volksfreund" in Braunschweig durch den Naziminister Klagges u. a. folgendes:

„Klagges fühlt sich verächtlich gemacht durch die Wiedergabe seiner Bemerkung, daß die Nationalsozialisten den marxistischen Mob in seine Schlupfwinkel zurückdrängen würden. Klagges will nur gesagt haben, daß „der marxistische Mob sich in seinen Schlupfwinkeln zurückgehalten habe". Das ist die zynische Stelle der Verbotsbegründung. Dieser Mann, der in einem deutschen Lande Innenminister ist, nennt die Arbeiterschaft „marxistischen Mob". Er spricht von ihren „Schlupfwinkeln" und wiederholt diese schamlose gemeine Beleidigung in einem amtlichen Schriftstück, das das Verbot eines Arbeiterblattes begründen soll .... Die sozialdemokratische Arbeiterschaft erwartet vom Reichsinnenministerium, daß es in Braunschweig geordnete Verhältnisse herstellt, daß es sie schützt gegen einen Minister, der sie „marxistischer Mob" beschimpft und gegen die faschistischen Terrorbanden, die sie an Leib und Leben bedrohen"

Die Oase der Lüge

Im Lande des Ministers für den Bürgerkrieg

Uns wird geschrieben:

Es gibt in Deutschland ein Ländchen von rund 500 000 Einwohnern: Braunschweig. Dank dem Hasse, der das Bürgertum gegenüber der Arbeiterschaft erfüllt, hat dieses Land einen nationalsozialistischen Innenminister. Unter seinem Regime ist Braunschweig aus dem allgemeinen deutschen Rechtszustand herausgelöst. Dort pfeift das Innenministerium auf das Recht, es regiert nach den Methoden faschistischer Willkür. Dort werden republikanische Organisationen mit faschistischer Bosheitspolitik behandelt. Ihre öffentlichen Kundgebungen werden unterdrückt. Dafür spreizen sich täglich auf den Straßen die uniformierten Bürgerkriegstruppen des Herrn Hitler. Frech, jederzeit zu Gewalttaten bereit, provokatorisch gegenüber der Arbeiterschaft. In diesem Ländchen wird ausprobiert, was der Faschismus bedeutet. **Und die Arbeiter in Braunschweig sind die Leidtragenden.**

Der Innenminister dieses Landes ist Herr Klagges, der aus seiner Beamtenvergangenheit als ein gehässiger Feind der Republik und ihrer Verfassung bekannt ist. Dieser Mann begünstigt das Treiben der Faschisten. Er handhabt die Notverordnungen parteiisch. Er benutze sie, um den uniformierten Bürgerkriegstruppen des Herrn Hitler die Herrschaft über die Straße zu geben, während selbst Arbeiterkindern verboten ist, sich geschlossen auf der Straße zu zeigen. Dieser Mann setzt fort, was sein Vorgänger **Franzen begonnen hat, die systematische Zurücklegung der Polizei hinter die Willkürherrschaft** der Hitlerschen Bürgerkriegstruppen.

Dieser Mann hat den Aufmarsch der Hitlerschen Bürgerkriegstruppen am vergangenen Sonntag gestattet. Er hat in der Uniform dieser Bürgerkriegstruppen daran teilgenommen. Er ist selbst Augenzeuge gewesen, **wie die Horden seiner Parteigänger auf das brutalste über Arbeiterwohnungen hergefallen sind und er hat nichts unternommen, um diese systematischen terroristischen Ueberfälle mit allen Mitteln zu unterdrücken!** Augenzeugenberichte stellen vielmehr fest, daß

er selbst höheren Polizeibeamten in den Arm gefallen ist,

als sie der Anmaßung von Hitlers Bürgerkriegstruppen entgegentreten wollten, die in Braunschweig Polizei gespielt haben.

Dieser Mann trägt die Schuld daran, daß die Unruhen, die seit Sonntag in Braunschweig eingesetzt haben, das Gesicht des offenen Bürgerkrieges tragen. Dieser Mann leugnet. Die braunschweigische Regierung besitzt die Stirn, der Oeffentlichkeit und dem Reichsinnenministerium mitzuteilen, daß in Braunschweig eigentlich nichts geschehen sei.

Aber die Toten und die Schwerverwundeten lassen sich nicht ableugnen

und nicht verbergen! Die Augenzeugenberichte sprechen deutlicher als alle amtlichen Braunschweiger Ableugnungsversuche. Diese Augenzeugenberichte sind nicht auf die sozialdemokratische Presse beschränkt. Selbst der Pressedienst der Deutschen Volkspartei stellt das provokatorische Auftreten von Hitlers Bürgerkriegstruppen, ihre immer wiederholten organisierten kriegerischen Sturmangriffe auf die Arbeiterwohnviertel fest. Dieser Bericht zeigt, daß unter dem Regime dieses Mannes, Klagges, in Braunschweig das offizielle Faustrecht der Hitlerschen Bürgerkriegstruppen geherrscht hat.

Der braunschweigische Innenminister Klagges hat den sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreund", der die Wahrheit über den blutigen Hakenkreuzterror in Braunschweig mitgeteilt hat, wegen seiner Berichterstattung auf acht Wochen verboten. Die Augenzeugenberichte, die der Braunschweigische „Volksfreund" veröffentlicht hat, haben die Ableugnungsversuche des Ministers für den Bürgerkrieg, Klagges, in jedem Worte Lügen gestraft. **Herr Klagges hat mit diesem Verbot einen offenkundigen Rechtsbruch begangen.** Er benutzt sein Amt zur offenen Begünstigung des Faschismus und seines zum Bürgerkrieg führenden Treibens. Dies Verbot zeigt den Zynismus, der dem deutschen Faschismus innewohnt.

Der neue Wirtschaftsbeirat

Die Ernennung erfolgt — Unter 25 Mitgliedern 6 Gewerkschaftsvertreter

Alle Wirtschaftszweige und Reichsteile berücksichtigt

Amtlich wird mitgeteilt:

„In dem bekannten Briefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichskanzler vom 13. Oktober war die Schaffung eines Wirtschaftsbeirats vorgesehen rden, der in eingehender Beratung zu einer Lösung lebenswichtiger Fragen hinsichtlich der Gestaltung der deutschen Wirts- und Sozialpolitik gelangen soll. Entsprechend den in n Briefwechsel festgelegten Aufgaben dieses Wirtschaftsbeirats der Art seiner Zusammensetzung hat der Herr Reichspräsident nmehr auf Vorschlag der Reichsregierung **folgende Persönlichten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats ernannt:**

Geheimer Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Ernst von Borsig, Fabrikbesitzer in Berlin-Tegel,
Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Königsberg,
Reichskanzler a. D. Geh. Oberregierungsrat Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg,
Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin,
Gewerkschaftsführer Peter Graßmann, Berlin,
Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg/Pr.,
Kaufmann Dr. jur., Dr. ing. h. c. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau,
Kaufmann Dr. jur., Dr. phil. Albert Hackelsberger, Oeflingen in Baden,
Papierfabrikant Georg Haindl, Augsburg,
Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf,
Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Lienen, Kreis Tecklenburg in Westfalen,
Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Josef Jahn, Berlin,
Kaufmann Louis Körner, Berlin,
Rittergutsbesitzer von Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Dannenwalde,
Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin,
Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Pferdmenges, Köln,
Bäckermeister Ernst Pflugmacher, Magdeburg,
Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhart, Charlottenburg,
Max Rössiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf,
Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein A.-G., Berlin,
Geh. Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der J.G. Farbenindustrie A.-G., Berlin,
Dr. jur., Dr. ing. e. h. Paul Silverberg, Industrieller, Köln,
Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin,
Generaldirektor Dr. ing., Dr. phil. h. c. Albert Vögler, Dortmund,
Fabrikdirektor Willy Wittke, Dresden.

Wie sich aus der Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirats ergibt, ist darauf Bedacht genommen, möglichst alle Kreise der deutschen Volkswirtschaft und alle Landesteile zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Mitgliederzahl würde die Aktionsfähigkeit des Beirats gefährden. Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleingewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den großen gemeinsamen Interessen der gesamten Volkswirtschaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftsgebiete gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Der Herr Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung die Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Luther und Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller teilnehmen werden, auf Donnerstag, den 29. Oktober, vormittags 11 Uhr, in sein Haus eingeladen. Diese Eröffnungssitzung wird unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfinden.

In einem deutschen Lande von rund 500 000 Einwohnern sollte nicht mitgeteilt werden dürfen, was ganz Deutschland weiß und täglich aufs neue erfährt, was die gesamte sozialdemokratische Presse und mit ihr ein sehr großer Teil der bürgerlichen Presse der Oeffentlichkeit mitteilt? Braunschweig, dieses Land von rund 500 000 Einwohnern soll

eine Oase der Lüge über die Braunschweiger Vorgänge

in Deutschland bleiben? Das ist ein lächerlicher Zustand! Es ist noch vielmehr ein empörender Zustand!

Niemand wird glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft und daß vor allem die Sozialdemokratische Partei diesen Rechtsbruch und dem blutigen Terror gegen die Braunschweiger Arbeiterschaft schweigend und duldend zusehen wird. **Die Empörung über die Braunschweiger Zustände ist täglich im Wachsen.** Die Arbeiterschaft sieht, daß dort ein Mann Innenminister ist, der die schwerste Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, der sich als Minister für den Bürgerkrieg bewährt hat.

Das Reichsinnenministerium und mit ihm die gesamte Reichsregierung steht hier vor einer Frage, über deren Ernst sie sich nicht täuschen darf. **Die republikanischen Organisationen von Braunschweig haben sich vor dem Unglück um Hilfe an die Reichsregierung gewandt.** Trotz dieses Hilferufes konnten die Bürgerkriegsbanden Hitlers ungestört ihren blutigen Terror in Braunschweig üben. Jetzt kommt zum Terror der offene Machtmißbrauch. Die deutsche Arbeiterschaft, und vor allem die Sozialdemokratische Partei blickt auf das Reichsinnenministerium und erwartet von ihm energische Maßnahmen!

Der Landtag über das Unglück auf Mont Cenis

Kampf um die rheinische Landesbank. — Kleinere Vorlagen.

Berlin, 21. Oktober.

Der Preußische Landtag erledigte in seiner Mittwoch-Sitzung zunächst zahlreiche Ausschußanträge. Angenommen wird ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses, worin die Regierung ersucht wird, **Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um in Zukunft jede Brotpreiserhöhung zu unterbinden und bereits eingetretene Brotpreiserhöhungen rückgängig zu machen,** unter der Voraussetzung, daß die bisherigen Maßnahmen zum Schutze der Getreideerzeugung voll aufrecht erhalten bleiben.

Nach einem weiteren Antrag soll in den Haushalt für 1932 eine erste Baurate von 200 000 Reichsmark für den Neubau der Oderbrücke in Oppeln eingestellt werden. Zustimmung findet auch der Ausschußantrag, wonach die Regierung dafür eintreten soll, daß die Hinterbliebenen der Opfer des Explosionsunglücks in der Magdeburger Sacharinfabrik von dem Unternehmen ausreichend unterstützt werden.

Bei der Beratung der Verordnung über eine staatliche Sicherheitsleistung zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz in Höhe von 120 Millionen Reichsmark ist Abg. **Stendel** (D. Vp.) der Ansicht, daß man bei der Sicherheitsleistung den ordentlichen Rechtsweg hätte beschreiten müssen. Er wünsche Ueberweisung der Verordnung an den Ausschuß.

Der mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministers beauftragte **Minister Dr. Schreiber** spricht sich gegen die Ausschußberatung aus, da die Angelegenheit nicht weiter verzögert werden dürfe. Die Landesbank der Rheinprovinz sei nicht verschuldet, sondern lediglich illiquide. Sie werde ihre Verbindlichkeiten abdecken können, wenn sie die ihr zur Verfügung stehenden Werte hereinbekomme. Preußen müsse deshalb durchaus nicht mit dem Verlust des Stützungskredits rechnen. Es sollte auch nicht bares Geld gegeben werden, sondern Schatzanweisungen. Die Möglichkeit, daß der Staat auf dieser Bürgschaft in Anspruch genommen werde, bestehe eigentlich nur theoretisch.

Abg. **Leinert** (Soz.) hält die Ausschußberatung für zwecklos. Es sei allerdings nicht richtig gewesen, daß die Landesbank von kurzfristigen Krediten langfristige Anleihen gegeben habe. Die Anleihen seien jedoch zu notwendigen Zwecken, wie zum Wohnungs- und Straßenbau, verwandt worden. **Die Schwierigkeiten seien bei der Landesbank erst als Folge der Kreditabzüge nach der Reichstagswahl vom 14. September v. Js.** eingetreten. Wenn der Staat jetzt nicht helfe, würden die Kommunalsteuern im Rheinland unerträglich gesteigert werden müssen.

Abg. **Kloft** (Ztr.) tritt für einstimmige Annahme der Vorlage ein und spricht seine Verwunderung über die Stellungnahme der Oppositionsredner aus. **Aus dem Verhalten der Opposition müsse man den Schluß ziehen, daß diese Parteien dem Rheinland nicht helfen wollten.**

Abg. **Schmitt**-Limburg (Landvolk) legt einen Antrag seiner Fraktion vor, worin die Regierung ersucht wird, eine schleunige Prüfung vorzunehmen, ob die Lage der rheinischen Landesbank durch schuldhaftes Verhalten von Beamten der Bank oder von Aufsichtsbehörden entstanden sei.

Abg. **Falk** (Staatsp.) erklärt, es handelt sich jetzt nicht darum, wer an der Notlage der Bank schuldig sei, sondern es komme darauf an, einen Notstand allerernstester Art so schnell wie möglich zu beseitigen. Seine Ursache könne später geklärt werden. Es stehe fest, daß das Rheinland außerordentlich unter der Besatzung gelitten habe. Hier lägen hauptsächlich die Ursachen für die Schwierigkeiten der Rheinprovinz. Die Opposition versuche, ihr Parteisüppchen bei dieser Gelegenheit zu kochen.

Die von der Opposition beantragte Ausschußüberweisung wird mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Abstimmung über die Verordnung findet am Donnerstag nachmittag statt. Auf gemeinsamen Antrag der Deutschnationalen, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten wird dem Untersuchungsausschuß für die Preußenkassenkredite mit der Nachprüfung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte beauftragt.

Den kommunistischen Antrag, einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung des Zustandekommens des Stinnes-Urteils einzusetzen, begründet.

Abg. **Obuch** (Komm.): Er behauptet, daß ganz unerhörte Beeinflussungen vorgekommen seien und erhebt Vorwürfe gegen die Verteidiger Alsberg und Gellnick sowie den Vorsitzenden des Gerichtshofes, Landgerichtsdirektor Arndt.

Abg. **Kuttner** (Soz.) sagt, daß die SPD. bereits bei Beratung des Justizhaushalts das Stinnes freisprechende Urteil im sogenannten Kriegsanleihe-Betrugsprozeß mit aller Schärfe verurteilt habe. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sei aber verfrüht, zumal verschiedene Untersuchungsverfahren schwebten. Wenn nach Abschluß der laufenden Verfahren noch Zweifel bestehen blieben, behalte sich seine Fraktion vor, für die Einsetzung des Ausschusses einzutreten.

Unter großem Lärm der Kommunisten wird die Einsetzung des verlangten Untersuchungsausschusses gegen die Antragsteller abgelehnt. Es folgt die Beratung eines auf einen deutschvolksparteilichen Antrag zurückgehenden Antrags des Unterrichts-Ausschusses, wonach die Regierung noch einmal den Erlaß des Kultusministers über die Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen überprüfen solle.

Der Ausschußantrag wird gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Ein weiterer Antrag des Unterrichtsausschusses, das Buch „Im Westen nichts Neues" aus den Schülerbüchereien entfernen zu lassen, wird **gegen die Rechte abgelehnt.**

Das Haus beginnt hierauf die

Aussprache über das Bergwerksunglück auf Zeche Mont Cenis

Der Beratung liegen eine sozialdemokratische Anfrage sowie Anträge des Handelsausschusses zum Grubensicherheitswesen zugrunde. Die Anträge verlangen Ausbau der Grubensicherheit, Vereinheitlichung der Bergpolizeivorschriften, allmähliche Beseitigung von Benzollokomotiven auf den Untertagebetrieben, und Verstärkung der Grubenkontrolle.

In Beantwortung einer kommunistischen Großen Anfrage erklärt ein Regierungsvertreter, es treffe nicht zu, daß die Concordia-Grube in Hindenburg (Oberschlesien) vollständig stillgelegt werden solle. Der Betrieb solle solange aufrecht erhalten bleiben, wie es die Wirtschaftsverhältnisse irgend gestatteten.

Abg. Otter (Soz.):

Die Anträge, die wir seinerzeit nach den Grubenkatastrophen in Alsdorf und auf Eschweiler Reserve zur Verschärfung der Grubensicherheitsbestimmungen eingebracht haben, sind im wesentlichen vom Ausschuß gutgeheißen worden. Es handelt sich um eine einheitliche Bergbauordnung für alle Arten des Bergbaues, um die Einführung des Gesteinstaubverfahrens in allen Steinkohlenrevieren, die Einführung von Fahrbüchern der Grubensicherheitskontrolleure, um den Oberbergämtern die Nachkontrolle zu erleichtern, um den erhöhten Kündigungsschutz der Sicherheitskontrolleure um strengere Vorschriften zum Ausbau der toten Orte usw.

Die vorgestrige Katastrophe auf Mont Cenis mit ihren 17 Toten beweist aufs neue die Notwendigkeit, rascher und durchgreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Grubensicherheit.

Entscheidend ist dabei der Kampf gegen das furchtbare Antreibersystem, das bisher eine genaue Befolgung der Bergpolizeivorschriften praktisch unmöglich macht. (Beifall bei den Soz.).

Abg. Dr. **v. Waldthausen** (Dntl.) lehnt für seine Fraktion die meisten der neuen Ausschußanträge ab.

Um 17,15 Uhr wird die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

Wer geht zu den Spaltern? Posten jäger!

Ein krasser Fall in Hessen — Es gibt auch Doppelmitglieder

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Als Spitzenkandidat zu den hessischen Landtagswahlen stellte die „Landeskonferenz" der Spalter den Redakteur Ohlhof auf. **Als Ohlhof nominiert war er noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Mitglied der Redaktion der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung".** Am Montag wurde Ohlhof fristlos entlassen, da er gegen seine Redaktionskollegen hetzte geworden war. Jetzt fordert Ohlhof in Flugblättern zum Eintritt in die Spalterpartei auf. Die geringe Zahl von 16 Austritten aus dem Sozialdemokratischen Verein in Mainz beweist, daß die Arbeiterschaft das schäbige Doppelspiel der Spalter ablehnt.

Außer Ohlhof ist inzwischen noch einem anderen Doppelmitglied das Handwerk gelegt worden. Der sozialdemokratische Provinziallandtagsabgeordnete Schweig aus Oberursel bei Frankfurt, der Vorsitzender des sozialdemokratischen Unterbezirkes noch wenigen Tagen flammende Aufrufe gegen die Spalter mit seinem Namen unterschrieben hatte, wurde durch einen glücklichen Zufall beim Vertrieb des Organs der Spalter erwischt. Als er sein Spiel, in der Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten, durchschaut sah, erklärte er seinen Austritt.

Worauf es jetzt ankommt!

Sollmann über die politische Lage

Vor dem erweiterten Vorstand der SPD. Groß-Köln, dem Ortsausschuß des ADGB. und dem zentralen Vorstand der Sportorganisation führte Reichstagsabgeordneter Sollmann über die politische Lage u. a. folgendes aus:

Es geht jetzt nicht um Einzelfragen, sondern um große Entscheidungen. Die deutsche Arbeiterklasse muß wissen, ob ihr der republikanische Staat des Schutzes wert sei oder nicht. Es ist die einzige Staatsform, die den Massen die freie Entfaltung ihres politischen und wirtschaftlichen Willens ermöglicht. **Wenn dieser Staat jetzt bedroht ist, darf es ein Schwanken in der Arbeiterpartei nicht geben. Entweder man bejaht den Staat und verteidigt ihn mit allen Kräften, oder man verneint ihn und muß ihn stürzen. Die Sozialdemokratie bleibt fest auf der Linie, die sie von den Tagen ihrer Gründung an in Jahrzehnten beschritten hat, auf der Entwicklung zum sozialen sozialistischen Volksstaat. Wer diese politischen Grundsätze ablehnt, gehört nicht zu uns und nützt der Sozialdemokratie nur, wenn er sich von ihr trennt. Der Weg solcher Splittergruppen wird im Bolschewismus enden, wenn sie sich nicht in Nichts auflösen.**

Die Versammlung nahm den Vortrag mit einmütigem Beifall und ohne Aussprache auf.

Noch keine Einigung in Genf

Obwohl sie bereits dicht bevorstand

Der Konflikt in der Mandschurei hat bisher keine Lösung erfahren.

Am Mittwoch nachmittag hieß es, daß die Japaner die Bedingungen für einen Rückzug ihrer Truppen wesentlich gesteckt hätten und die chinesische Regierung sich zu Gegenmaßnahmen gegen den antijapanischen Boykott verpflichten wolle, so daß eine Einigung dicht bevorzustehen schien. Am Abend überreichte der chinesische Delegierte Sze dem Ratspräsidenten Briand noch einmal neue Vorschläge, die enthalten die Forderung der sofortigen Räumung der beiden mandschurischen Gebiet durch die japanischen Truppen, die Forderung nach der Einsetzung einer neutralen Beobachterkommission, das Verlangen der Zahlung einer angemessenen Entschädigung an die Opfer des japanischen Einfalls und die Forderung nach der Einsetzung einer ständigen schiedsrichterlichen Kommission.

Die inzwischen zu dem Konflikt ausgearbeitete Entschließung des Völkerbundsrats, deren Inhalt den japanischen Delegierten bereits privatim mitgeteigt wurde, hat Japan entschieden abgelehnt. Ein Beschluß des Völkerbundsrates nach Artikel 11 ist dadurch unmöglich, da zu einem derartigen Beschluß Einstimmigkeit gehört. In Anbetracht dieser Situation besteht die Möglichkeit, daß China in den nächsten Tagen eine Entscheidung des Rats auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundpaktes beantragen wird. Dieser Paragraph ermächtigt den Rat, auch unter Ausschluß der streitenden Parteien einen Beschluß zu fassen.

PETER RISS

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

35. Fortsetzung.

Der verteilt die Sackstücke und den Bindfaden, und wir umwickeln unsere Knie. — — — einer nach dem andern schleichen wir vier dann aus der Baracke hinaus in die Finsternis, dem ungewissen Schicksal entgegen, das durch die Nacht geistert . . . Vor mir schwankt Bumanns leerer Kartoffelbeutel. Ich humpele, und manchmal möchte ich aufschreien in meinen Schmerzen — — —

aber

viel mächtiger als alle Schmerzen ist der Hunger! . . .

Kartoffeln! — Unsere nächsten Gedanken . . . unser höchstes Glück . . .

unsere tiefste Sehnsucht: Kartoffeln!!

Nur vereinzelte Tropfen fallen noch. Es ist so dunkel, daß wir uns kaum sehen können; wir müssen daher engste Tuchfühlung nehmen.

„Wenn ick keenen Urlaub krieg', kratz ick aus", höre ich Adamczik hinter mir. Und dann Kilb mit tiefem Baß: „Wir helfen dir, Fritz . . ."

Adamczik als Vater, kriegsgetraut, . . . Bumanns Traum . . . Kilb, der gute, tapfere Kilb . . . wie schmerzt mein Knie, aber vorwärts: dort — vorne — sind — Kartoffeln.

„Sst" macht Bumann, der Führer, und bleibt stehen, „da kommt jemand . . ."

Ich pralle auf ihn — Adamczik auf mich —

„Was ist denn los?", brummt Kilb . . . Bumann dreht sich zu uns hin: „Schnauze halten!" . . . Wir horchen: „Du Fritz, hast du nicht deine Taschenlampe mit?" — „Ja!" — Adamczik ist schon vor mir. Plötzlich ist aller Schmerz aus meinem Knie verschwunden . . .

Da sind wirklich Schritte, gleitend . . . es plätschert etwas, als wenn jemand in eine Pfütze tritt. — Dann leuchtet Adamczik's Lampe auf. In ihrem Lichtkegel erscheint spukhaft, bleich, verzerrt: das Gesicht des Einjährigen Sievers. Es verzieht sich zu einem verständnisvollen Grinsen. Dann huscht es wieder fort . . . Aber Bumann und Kilb haben den Flüchtenden schon gefaßt. Wir schließen ihn in unseren Kreis ein . . .

Kilb spricht: „Wenn du was erzählst, schlagen wir dir die Zähne aus." Und Bumann gepreßt: „Uns ist alles egal, merk' dir das. Wir kommen ja doch bald raus . . ."

Sievers würgt etwas durch den Hals, — es ist wie ein verlegenes Lachen dazwischen: „Laß mich doch in Ruh'! Ich weiß von nichts . . . hab' niemand gesehen." Er schiebt den Kleinen zur Seite und will aus unserem umklammernden Kreis heraus. Da hat Kilb ihn schon an der Brust gepackt. „Hierbleiben!", donnert er, „Kameraden! Denkt an Sadowa und an den „vaterlandslosen Gesellen . . ." der hier ist nicht echt! Er ist unser Feind! Morgen ist alles verpfiffen, denkt daran!" Die schwere Faust droht unter des Einjährigen Nase. „Kolonne zu einem!" befiehlt Kilb, „los, Leutnant, los! Mitkommen! Wenn schon, denn schon! Das könnt dir wohl so passen, du Verräter!"

Bumann geht wieder an die Spitze, — dann muß Sievers folgen. Neben ihm wie ein Begleitsoldat Kilb, der ihn am Handgelenk festhält, — dann ich und als letzter Adamczik.

„Verfluchter Spion!", murmelt Kilb, „was treibst du dich hier mitten in der Nacht herum . . .?" Sievers Stimme ist weinerlich: „Ich — ich war doch man bloß auf der Latrine!" — „Das kannst du deiner Urgroßmutter erzählen, — wenn wir dich nicht kennen würden . . ." Kilb zieht ihn unwiderstehlich mit: „Langschäftig geht man nach der Latrine, hä? Haha . . . mit Stiefeln und Sporen über der Stange hängen, haha . . . überhaupt, du Halunke, — seit wann ist denn die Latrine hier in dieser Gegend? Die ist doch gerade am andern Ende! Willst uns wohl noch weißmachen, daß du noch anschließend einen kleinen Spaziergang machen wolltest, du Schwindler? Für so dumm hälst du uns wirklich? — — Los, Leutnant! N' bißchen schneller, verstanden . . .?"

„Mitgefangen, mitgehangen!", spöttelt der Berliner, „fein, Karle! Fein gemacht! Immer jib ihm — —", seine Lampe blinkt kurz auf. — — In dem Augenblick reißt Sievers sich los und stürzt zurück, mich dabei umreißend, daß wieder ein stechender Schmerz mein Knie durchzuckt. Der Berliner und Bumann fangen ihn auf, und dann sind sie mit Kilb über ihn her; dumpf schlagen die Fäuste auf Sievers Körper. Ich muß hinsetzen. Dunkel wälzt sich der Knäuel vor mir.

Sievers wimmert nur noch unter dem Sack, den sie ihm über den Kopf gezogen haben: „Laßt . . . laßt mich — los, ich gehe . . . doch — mit . . . au — au . . ."

„Aufstehn!" kommandiert Kilb. Sie ziehen ihn hoch, ich bleibe sitzen.

„Ich kann nicht mehr, es geht nicht weiter", muß ich stöhnen. Sievers ist direkt gegen mein Knie gesprungen. „Geht weiter, ich warte hier, bis ihr zurückkommt . . ."

„Ausgeschlossen, Hamburger! Bewegung ist besser als Ruhe und — vergiß nicht: um zehn Uhr kommt der Posten hier durch. Der darf dich doch nicht finden, — also komm!" Kilb hebt mich hoch: „Also hopp! Versuch's mal!"

Ich gehe einige Schritte. Es muß, es muß gehen! Sie stützt mich, aber ich könnte vor Schmerzen aufschreien . . .

„Sievers hierher! Brücke fassen!" kommandiert Kilb weiter. Er umfaßt Sievers Handgelenk, ich muß mich auf die ineinandergeschlungenen Hände der beiden setzen. Rechts umfasse ich seinen Hals, links den von Sievers: der zuckt bei der Berührung zusammen und stiert mich aus geschwollenen Augen an. Es geht ganz gut so; ich werde ein langes Stück getragen. Allmählich verzieht sich der Schmerz, dann lasse ich mich absetzen und humpele allein weiter, immer nur mit dem einen Gedanken: dort vorn sind Kartoffeln . . . ist ein Paradies für uns . . . weiter, weiter . . .

Sievers stöhnt. Aber er geht jetzt ohne Widerstand, weil er wohl einsieht, daß alles andere an Kilbs eisernem Willen zerbricht . . .

Es regnet wieder. Ringsum und in uns ist Finsternis . . .

* * *

„Jetzt vorsichtig!" flüstert Bumann, „wenn der Draht geladen ist, sind wir erledigt. Wartet, bis ich durch bin . . ."

Und nun gräbt und schaufelt er mit den Händen wie ein Hund mit den Vorderpfoten. Wir knien hinter ihm, gespannt horchend, ob Posten in der Nähe sind. Die Stelle, die Bumann ausgräbt, ist die, die er schon mal als Durchgang benutzt hat. Die Erde ist hier locker und das Loch wird schnell tiefer. Der Sand fliegt uns um die Ohren.

In einigen Minuten ist Bumann schon durch. Dann legen wir uns auf den Bauch. Zuerst Sievers, dann Kilb, — Adamczik und ich zum Schluß: so kriechen wir wie Raupen, Ellenbogen, Ellenbogen, unter dem Stacheldraht hindurch. Einmal blicken wir scheu nach oben: wenn das geladen ist . . . eine kleine Berührung . . . dann brauchen wir nichts mehr gegen den Hunger . . .

...enderungen im Rechtsleben

...as jeder aus der jüngsten Notverordnung wissen muß

...er sechste Teil der Notverordnung des Reichspräsi... vom 6. Oktober enthält zahlreiche einschneidende ...mmungen für die Rechtspflege, deren Kenntnis ...e breiten Massen der Bevölkerung notwendig ist. Die ...mungen sind zum größten Teil bereits am 8. Oktober in ...getreten.

...n erster Linie will die Notverordnung die Gerichte und ...anwaltschaften von zahlreichen kleinen und minderwichtigen ...achen entlasten. Deshalb wird die Bestrafung von ...rtretungen, d. h. der nicht höher als mit Haft oder ...rafe bis 150 Mark bedrohten Straftaten eingeschränkt. Sie ...ur zu verfolgen, wenn es das öffentliche Interesse ...ert. Auch bereits eingeleitete Anklagen wegen ...retungen kann das Gericht mit Zustimmung der Staats...tschaft einstellen, wenn das öffentliche Interesse die Ver...g nicht mehr erfordert. Die Arbeiterschaft und die kleinen ...ftsleute sind am meisten von solchen Anklagen bedroht, da ...e Berufsausübung als regelmäßige Benutzer öffentlicher ...und als im Verkehrsgewerbe Tätige (als Radfahrer, Fuhr- ...und Motorführer, Straßenhändler usw.) am ehesten mit ...nzähligen Polizeibestimmungen in Konflikt bringt. Auch ...trafverfolgung wegen Bettelns wird im allgemeinen unter ...kleinen und minderwichtigen Strafsachen fallen. Es ist ...der Polizei und der Gerichte, diese die Verfolgung von ...retungen einschränkenden Bestimmungen anzuwenden, aber ...das Recht des Angeschuldigten, sie für sich gegenüber den ...den in Anspruch zu nehmen, auch dann, wenn er bereits ...dem Gericht steht. Die Bestimmungen bedeuten eine er...he Erweiterung des geltenden richterlichen Ermessens, ...verfahren einzustellen, da bisher nur bei geringer Schuld ...nbedeutenden Folgen der Tat Uebertretungen nicht verfolgt ...rden brauchten.

...Außer mit Uebertretungen sind die Strafgerichte alljährlich ...großem Umfange mit mehreren zehntausend Privat...en wegen wörtlicher oder tätlicher Beleidigung belastet. ...pfereien von Nachbarn, Hausklatsch und geringe Tätlich...sind das tägliche Brot unserer Gerichte. Sie werden oft ...größter Hartnäckigkeit unter Aufgebot von Rechtsanwälten ...vielen Zeugen durch mehrere Gerichtsinstanzen durch...ten, führen aber trotzdem vielfach nicht zur Beruhigung ...arteien, sondern sind häufig die Ursache zu neuen Prozessen ...Meineidsverfahren. Die dem Staate daraus zufließenden ...ren stehen oft in keinem Verhältnis zu den Selbstkosten ...Staates.

...Die Notverordnung gibt den Gerichten nun das Recht, wenn ...Schuld des in einer Privatklage Beschuldigten gering ...d die Folgen der Tat unbedeutend sind, das Verfahren durch ...luß einzustellen, und zwar auch gegen den Willen der ...ien. Die Einstellung kann bei Einreichung der Privatklage ...auch bei bereits anhängiger Privatklage, also so... bis zur Verkündung des Urteils in der Berufungsinstanz ...gen. In diesem Falle werden Gerichtsgebühren nicht er... Die baren Auslagen des Gerichts oder der Parteien ...das Gericht angemessen unter die Parteien verteilen oder ...Beschuldigten auferlegen. Bei Einstellung des Verfahrens ...das Gericht hat jede Partei das Recht, innerhalb einer ...e Beschwerde einzulegen. Die Privatklage ist außerdem ...ziell dadurch erschwert, daß die Beantragung des ...enrechts als mutwillig auch dann zu versagen ist, wenn ...nehmen ist, daß bei verständiger Würdigung aller Umstände ...Falles auch eine Partei, die nicht das Armenrecht bean...ht, von der Privatklage absehen würde.

...In der Notverordung ist ferner für besonders umfangreiche ...prozesse, sogenannte Monstreprozesse, deren Ver...lung voraussichtlich mehr als sechs Tage dauert, zum Zweck ...Entlastung der Staatskasse die Durchführung einer Berufung ...glich gemacht.

...Hinsichtlich der gerichtlichen Streitigkeiten über ...mögensansprüche enthält die Notverordnung die Be...mung, daß vom 15. Oktober 1931 ab die Amtsgerichte für ...Ansprüche bis zu 1000 Mark (bisher 800 Mark) zuständig sind. ...ermöglicht einer Prozeßpartei die Durchführung eines ...sses wegen eines solchen Betrages beim Amtsgericht ohne ...Rechtsanwalt, steigert jedoch die an den einzelnen Prozeß...r zu stellenden Anforderungen. Ferner ist in gleicher Weise ...Privatklagen auch in Rechtsstreitigkeiten über Vermögens...üche das Armenrecht als mutwillig zu versagen, wenn an...mmen ist, daß auch eine Partei, die nicht das Armenrecht nach... bei verständiger Würdigung von der Prozeßführung ab... würde. Diese Bestimmung ist recht bedenklich, da eine ...chätzung der Lage einer armen Prozeßpartei mit einer das ...enrecht nicht benötigenden Partei schlechthin nicht möglich ...Die Bestimmung ist nur bei einer wirklich sozialen Hand...ng erträglich.

...Es ist schließlich noch zu erwähnen, daß in den Ausführungs...mmungen des Preußischen Justizministers zu der Notverord... des Reichspräsidenten vom 6. Oktober besonders darauf ...wiesen wird, daß von der Staatsanwaltschaft bei Einlegung ...Durchführung von Berufungen oder Revisionen äußerste ...chhaltung zu üben ist. Nur wenn es im Einzelfall durch ...ntliche Interessen der Rechtspflege geboten erscheint, soll ...Berufung oder Revision von der Staatsanwaltschaft ein...t werden.

S. R.

Aussprache ...ischen Groener und Severing

Allerlei unbegründete Gerüchte

...Der Reichsminister des Innern, der gleichzeitig ...chswehrminister ist, hatte am Dienstag mit dem ...ußischen Minister des Innern eine längere ...sprache über zahlreiche, zwischen dem Reich und ...en schwebende Fragen. Der Besprechung wohnten ...Staatssekretäre der beiden Minister und ...eralleutnant von Schleicher bei, der im Reichs...ministerium die Geschäfte eines Staatssekretärs versieht.

...Die Anwesenheit des Generalleutnants von Schleicher hat ...n Teil der Presse zu Kombinationen veranlaßt, die schon ...ern irrig sind, als außer von Schleicher auch die Staats...täre des Reichsinnen- und des preußischen Innenministers bei ...Besprechung zwischen Groener und Severing zugegen waren. ...Unterredung bezog sich auf bestimmte Fragen, an denen die ...hswehr, das preußische Innenministerium und das Reichs...nnministerium gleich stark interessiert sind. Nur daraus ...irt sich, wie das in ähnlichen Fällen bisher immer üblich war, ...auch Generalleutnant von Schleicher hinzugezogen wurde. ...anderen Behauptungen und insbesondere die, daß die An...nheit von Schleichers keinen anderen Zweck verfolgt habe, als den Einfluß der „Bürogenerale im Reichsinnenministerium" zu stärken, sind nach unseren Informationen völlig abwegig.

Im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Groener und Severing wird auch davon gesprochen, daß im Reichsinnenministerium größere Personalveränderungen geplant seien. **Auch davon ist in der Unterredung Groener-Severing mit keinem Wort die Rede gewesen,** wie es überhaupt scheint, als ob Personalveränderungen im Reichsministerium des Innern mindestens zunächst nicht in der Absicht des Reichsministers Groener liegen. Immerhin glauben wir, daß es an der Zeit wäre, den Harzburger und Ministerialrat Lammers, der ausgerechnet Referent für Verfassungsfragen ist, schnellstens an die Luft zu setzen. In einer Regierung, die sich parlamentarisch auf die Sozialdemokratie gestützt, haben nur republikanisch zuverlässige Beamte und keine Harzburger etwas zu suchen. Jedenfalls werden wir alle etwaigen Personalveränderungen, wo sie auch vorgenommen werden, hauptsächlich nach vorstehendem Gesichtspunkt beurteilen. Daß verfassungstreue Beamte etwa abgebaut und Harzburger im Amte bleiben, wird die Sozialdemokratie niemals dulden.

Nazi-Abgeordneter wird vorgeführt

Der Nazi-Abgeordnete des Preußischen Landtags Hinkler wurde am Mittwoch vor dem Landtagsgebäude verhaftet. Die Verhaftung erfolgte zwecks **Durchführung eines Vorführungsbefehls nach Naumburg a. d. Saale.**

Die Nazis legten gegen die Verhaftung sofort Beschwerde beim preußischen Justizminister und beim Reichspräsidenten ein.

Hinkler schon wieder frei

Der Nazi-Abgeordnete des Preußischen Landtages, Hinkler-Halle, der am Mittwoch nachmittag vor dem Landtagsgebäude zum Zwecke einer gerichtlichen Vorführung nach Naumburg verhaftet wurde, ist am Abend des gleichen Tages wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen die Verhaftung Hinklers hatte der Vizepräsident des Landtages, v. Kries, im Hinblick auf die heut stattfindende Abstimmung über die Mißtrauensanträge Einspruch erhoben.

Hinkler, dem von der Medizinischen Fakultät der Universität Halle bereits vor längerer Zeit eine **„nachweisbare Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft und Sammlung"** bescheinigt wurde, sollte sich bereits wiederholt wegen Aufruhrs in Naumburg verantworten. Hinkler erschien jedoch nicht und verhöhnte erst im August das Gericht, indem er schrieb, er habe die Vorladung zu spät erhalten, weil er auf „Dienstreisen" gewesen sei. **Das Gericht ordnete darauf seine Vorführung** an und verurteilte Hinkler zu den Kosten des ausgefallenen Termins, zu dem die Zeugen zum Teil weither erschienen waren. Auf Donnerstag war nunmehr ein neuer Termin angesetzt. Um das Erscheinen des Angeklagten sicherzustellen, erfolgte die Verhaftung. Auf Grund des Einspruchs des Landtagspräsidiums ist der Termin jedoch telegraphisch abgesagt worden. Darum die Haftentlassung.

Hinkler, eine der unangenehmsten Typen des Preußischen Landtags, hat sich vor Gericht **zu verantworten, weil er in einer sozialdemokratischen Versammlung in Freyburg** (Unstrut) **eine Schlägerei provozierte,** in deren Verlauf seine Nazi-Anhänger mit Stöcken und Biergläsern auf die Landjäger einschlugen.

Nazis möchten eine Minderheitsregierung

in Oldenburg

Oldenburg, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die Nazis bemühen sich, auf Veranlassung von Hitler in Oldenburg zurzeit um die Bildung einer Regierung, in der sie maßgebend vertreten sind. Inoffiziell haben sie sich bereits bereit erklärt, im gegebenen Falle eine Minderheitsregierung und zwar ausschließlich aus nationalsozialistischen Ministern zu bilden. Diese Bereitschaft **beruht wahrscheinlich auf der Erkenntnis, daß sie eine Mehrheitsregierung nicht zustandebringen werde,** so lange das Zentrum sich nicht zur Tolerierung zur Verfügung stellt bzw. der eine staatsparteiliche Abgeordnete sich nicht auf die Seite der Nazis schlägt.

Großindustrielle hetzen im Ausland gegen Deutschland

Verbrecherische Rede Fritz Thyssens

Newyork, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

In Amerika reisen zurzeit einige deutsche Wirtschaftsführer herum, die, statt ihre heimischen Betriebe zu sanieren, nichts anderes zu tun haben, als öffentlich gegen die Republik, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Richtungen zu hetzen. Den Vogel hat bisher der nationalistische Industrielle Thyssen abgeschossen. Er erklärte am Mittwoch in Newyork auf einem Festessen, daß die Republik nicht die geeignete Staatsform für Deutschland sei und die Sozialdemokratie und Gewerkschaften für alle „sozialen Extravakanzen" verantwortlich zu machen seien. Thyssen bedauerte ferner den hohen Goldstandard der Reichsbank und deutete an, daß es notwendig sei, den Goldstandard in der gegenwärtigen Höhe aufzugeben. Schließlich forderte er noch den Verzicht auf den polnischen Korridor.

Der Industrielle Siemens trat für systematische Lohnkürzungen in Deutschland ein.

Um den Wahlquotienten

Er wird in Preußen auf 50 000 festgesetzt

Die preußische Staatsregierung hat in ihrer Sparnotverordnung u. a. auch für den Preußischen Landtag die Heraufsetzung der Wahlquotienten von 40 000 auf 60 000 Stimmen verfügt. Interfraktionell ist inzwischen vereinbart worden, die Wahlquotienten auf 50 000 Stimmen festzusetzen. Es ist deshalb eine entsprechende Aenderung der Notverordnung zu erwarten.

Seipel gegen Schober

Schober wird doch bleiben

Die Großdeutschen haben am Mittwoch beschlossen, sich mit dem Vizekanzler und Außenminister Schober solidarisch zu erklären. Von dem Seipel-Flügel der Christlich-Sozialen waren gegen Schober wegen seiner Außenpolitik verstärkte Angriffe erhoben worden. Das Ziel, ihn zu stürzen, dürfte nach der Solidaritätserklärung der Großdeutschen für Schober kaum noch gelingen.

Durcheinander in Englands „nationaler" Regierung

London, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht).

Nur noch wenige Tage stehen für die Wahlkampagne in England zur Verfügung und noch immer ist das Bild so verworren wie zu Anfang.

Premierminister MacDonald hat am Mittwoch zugegeben, daß die Befürchtung, als ob die Schutzzöllner der „nationalen Regierung" ihre Politik aufzwingen könnten, wenn ihre Macht durch die Wahlen verstärkt würde, zu Recht besteht. Daran aber zweifelt niemand in England, daß die Konservativen bei diesen Wahlen gewinnen werden. MacDonald fügte hinzu, daß er aus der „nationalen Regierung" austreten werde, wenn eine der in ihr vertretenen Parteien den Ursprung der Regierung, d. h. die nationale Notlage, vergessen sollte. Er versicherte, daß er gegen jeden Zolltarif sei.

Ein anderes Mitglied der „nationalen Regierung", der Konservative Sir Austen Chamberlain, verspricht seinen Wählern gleichzeitig Tarife. Wieder ein anderes Mitglied, der Liberale Sir Herbert Samuel, leugnet, daß die Frage der Zolltarife bei diesen Wahlen überhaupt zur Diskussion stände. Schatzkanzler Snowden ist der gleichen Ansicht und sagte, **eine Mehrheit der „nationalen Regierung" könne nicht als ein Mandat für einen Generaltarif angesehen werden.** Dem widerspricht der Innenminister Chamberlain: wenn die „nationale Regierung" eine Mehrheit bekommt, kann sie sofort Tarife einführen.

Wenn die Wahlen also, woran nicht zu zweifeln ist, der „nationalen Regierung" eine Mehrheit bringen (man schätzt sie gegenwärtig auf etwa 200 Stimmen) so wird eben das nachzuholen sein, was MacDonald vor den Wahlen nicht gelungen ist, nämlich zunächst einmal eine Einstimmigkeit über die Politik dieser Regierung zu erzielen. Es ist nicht ersichtlich warum MacDonald das nach den Wahlen für leichter hält als vorher.

„Temps" über die Aussprache Hoover-Laval

Paris 21. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der „Temps" schreibt zu dem Besuch Lavals in Washington: „In dem Augenblick, in dem Laval den amerikanischen Boden betreten wird, wird die Frage einer französisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete aufgeworfen. Kein Plan für die Aussprache mit Hoover hat bisher feste Gestalt angenommen, kein prinzipielles oder tatsächliches Abkommen ist ausgearbeitet und keine Verpflichtung ist auf beiden Seiten übernommen worden. Wenn Hoover und Laval einen vollkommen freien Meinungsaustausch vornehmen sollen, so ist es logisch, daß sie alle aktuellen Fragen besprechen; aber das bedeutet keineswegs, daß sie die Absicht haben, sie in einem bestimmten Sinn zu lösen. Das Hauptinteresse der Washingtoner Unterredung liegt gerade in der Tatsache, daß ein offener Meinungsaustausch des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermöglichen wird, sich darüber Rechenschaft abzulegen, was im Rahmen der französischen Politik möglich und was unmöglich ist, und er wird es Laval erlauben, sich von gewissen Notwendigkeiten der amerikanischen Politik zu überzeugen, die oft mehr von innenpolitischen als außenpolitischen Erwägungen beherrscht wird. Das Ergebnis dieser Aussprache wird darin bestehen, daß jedesmal, wenn eine große internationale Debatte entsteht, die Aktionen der Vereinigten Staaten und Frankreichs nicht in einem Interessenkampf auseinanderprallen werden, der, anstatt wünschenswerte Lösungen zu erleichtern, alles noch komplizierter machen würde."

Behauptungen über Lavals Absichten

Paris, 22. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" an Bord der „Ile de France" meldet, daß Laval in seiner Rede, die er heute im Newyorker Rathaus als Antwort auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Walker halten wird, in der deutlichsten Form die französische These für die Washingtoner Besprechungen darlegen werde. Die nationale Sicherheit müsse organisiert werden und auf dem Gebiet könnten präzise Verpflichtungen nicht durch Worte der Hoffnung erweckt werden. Damit werde der Ministerpräsident zu verstehen geben, **daß Frankreich an seinen bisherigen Formeln in der Frage der Abrüstung festhalten werde,** falls ihm nicht eine gleichwertige Gegenleistung angeboten werde. Wie das Blatt weiter meldet, haben ein Beamter der amerikanischen Botschaft in Paris und der Sekretär des Botschafters Edge, die Laval auf seiner Reise begleiten, das Weiße Haus durch Funkspruch von den Dispositionen des Ministerpräsidenten unterrichtet. Laval werde sich bei den Besprechungen an die Grundsätze halten, die in den Telegrammen des „Echo de Paris" und der Havas-Agentur vom Dienstag auseinandergesetzt sind. Er werde sich nicht durch die Besprechungen des Botschafters Edge mit Briand und Flandin als gebunden betrachten.

Telegrammwechsel Stimson-Laval

Paris, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Der amerikanische Staatssekretär Stimson richtete an Ministerpräsident Laval auf der „Ile de France" folgendes Funktelegramm: „In dem Augenblick, da Sie sich der amerikanischen Küste nähern, sende ich Ihnen meine herzlichsten Wünsche. Zugleich entbiete ich Ihnen das aufrichtigste Willkommen des amerikanischen Volkes."

Ministerpräsident Laval antwortete: „Am Vorabend meiner Ankunft auf amerikanischer Erde möchte ich Ihnen meine persönliche Freundschaft und meine Freude, Sie wiederzusehen, zum Ausdruck bringen. Sie kennen die tiefe Sympathie des französischen Volkes für Ihr großes Land. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß meine Reise nach Washington die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zum besten der Welt noch enger gestalten möge."

Wasserstand

	22. 10.	21. 10.		22. 10.	21. 10.
Ratibor	1.87	1.72	Kanitzen (Unter-Pegel)	2.96	3.02
Neiße (Stadt)	−0.42	−0.42	Dyhernfurth	2.19	2.21
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.82	1.98	Abflußmenge (sekundlich)	144	146
Brieg (Mastenkran)	2.72	2.69	Fürstenberg vom 21. 10.	1.40	
Treschen	1.15	1.14	Wasserwärme + 6°		

In einem deutschen Lande von rund 500 000 Einwohnern sollte nicht mitgeteilt werden dürfen, was ganz Deutschland weiß und täglich aufs neue erfährt, was die gesamte sozialdemokratische Presse und mit ihr ein sehr großer Teil der bürgerlichen Presse der Oeffentlichkeit mitteilt? Braunschweig, dieses Land von rund 500 000 Einwohnern soll

eine Oase der Lüge über die Braunschweiger Vorgänge

in Deutschland bleiben? Das ist ein lächerlicher Zustand! Es ist noch vielmehr ein empörender Zustand!

Niemand wird glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft und daß vor allem die Sozialdemokratische Partei diesen Rechtsbruch und dem blutigen Terror gegen die Braunschweiger Arbeiterschaft schweigend und duldend zusehen wird. **Die Empörung über die Braunschweiger Zustände ist täglich im Wachsen.** Die Arbeiterschaft sieht, daß dort ein Mann Innenminister ist, der die schwerste Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, der sich als Minister für den Bürgerkrieg bewährt hat.

Das Reichsinnenministerium und mit ihm die gesamte Reichsregierung steht hier vor einer Frage, über deren Ernst sie sich nicht täuschen darf. **Die republikanischen Organisationen von Braunschweig haben sich vor dem Unglück um Hilfe an die Reichsregierung gewandt.** Trotz dieses Hilferufes konnten die Bürgerkriegsbanden Hitlers ungestört ihren blutigen Terror in Braunschweig üben. Jetzt kommt zum Terror der offene Machtmißbrauch. Die deutsche Arbeiterschaft, und vor allem die Sozialdemokratische Partei blickt auf das Reichsinnenministerium und erwartet von ihm energische Maßnahmen!

Der Landtag über das Unglück auf Mont Cenis

Kampf um die rheinische Landesbank. — Kleinere Vorlagen.

Berlin, 21. Oktober.

Der Preußische Landtag erledigte in seiner Mittwoch-Sitzung zunächst zahlreiche Ausschußanträge. Angenommen wird ein Antrag des Landwirtschaftsausschusses, worin die Regierung ersucht wird, **Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um in Zukunft jede Brotpreiserhöhung zu unterbinden und bereits eingetretene Brotpreiserhöhungen rückgängig zu machen,** unter der Voraussetzung, daß die bisherigen Maßnahmen zum Schutze der Getreideerzeugung voll aufrecht erhalten bleiben.

Nach einem weiteren Antrag soll in den Haushalt für 1932 eine erste Baurate von 200 000 Reichsmark für den Neubau der Oderbrücke in Oppeln eingestellt werden. Zustimmung findet auch der Ausschußantrag, wonach die Regierung dafür eintreten soll, daß die Hinterbliebenen der Opfer des Explosionsunglücks in der Magdeburger Sacharinfabrik von dem Unternehmen ausreichend unterstützt werden.

Bei der Beratung der Verordnung über eine staatliche Sicherheitsleistung zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz in Höhe von 120 Millionen Reichsmark ist Abg. **Stendel** (D. Vp.) der Ansicht, daß man bei der Sicherheitsleistung den ordentlichen Rechtsweg hätte beschreiten müssen. Er wünsche Ueberweisung der Verordnung an den Ausschuß.

Der mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministers beauftragte **Minister Dr. Schreiber** spricht sich gegen die Ausschußberatung aus, da die Angelegenheit nicht weiter verzögert werden dürfe. Die Landesbank der Rheinprovinz sei nicht verschuldet, sondern lediglich illiquide. Sie werde ihre Verbindlichkeiten abdecken können, wenn sie die ihr zur Verfügung stehenden Werte hereinbekomme. Preußen müsse deshalb durchaus nicht mit dem Verlust des Stützungskredits rechnen. Es sollte auch nicht bares Geld gegeben werden, sondern Schatzanweisungen. Die Möglichkeit, daß der Staat auf dieser Bürgschaft in Anspruch genommen werde, bestehe eigentlich nur theoretisch.

Abg. **Leinert** (Soz.) hält die Ausschußberatung für zwecklos. Es sei allerdings nicht richtig gewesen, daß die Landesbank von kurzfristigen Krediten langfristige Anleihen gegeben habe. Die Anleihen seien jedoch zu notwendigen Zwecken, wie zum Wohnungs- und Straßenbau, verwandt worden. **Die Schwierigkeiten seien bei der Landesbank erst als Folge der Kreditabzüge nach der Reichstagswahl vom 14. September v. Js.** eingetreten. Wenn der Staat jetzt nicht helfe, würden die Kommunalsteuern im Rheinland unerträglich gesteigert werden müssen.

Abg. **Kloft** (Ztr.) tritt für einstimmige Annahme der Vorlage ein und spricht seine Verwunderung über die Stellungnahme der Oppositionsredner aus. **Aus dem Verhalten der Opposition müsse man den Schluß ziehen, daß diese Parteien dem Rheinland nicht helfen wollten.**

Abg. **Schmitt**-Limburg (Landvolk) legt einen Antrag seiner Fraktion vor, worin die Regierung ersucht wird, eine schleunige Prüfung vorzunehmen, ob die Lage der rheinischen Landesbank durch schuldhaftes Verhalten von Beamten der Bank oder von Aufsichtsbehörden entstanden sei.

Abg. **Falk** (Staatsp.) erklärt, es handelt sich jetzt nicht darum, wer an der Notlage der Bank schuldig sei, sondern es komme darauf an, einen Notstand allerernstester Art so schnell wie möglich zu beseitigen. Seine Ursache könne später geklärt werden. Es stehe fest, daß das Rheinland außerordentlich unter der Besatzung gelitten habe. Hier lägen hauptsächlich die Ursachen für die Schwierigkeiten der Rheinprovinz. Die Opposition versuche, ihr Parteisüppchen bei dieser Gelegenheit zu kochen.

Die von der Opposition beantragte Ausschußüberweisung wird mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Abstimmung über die Verordnung findet am Donnerstag nachmittag statt. Auf gemeinsamen Antrag der Deutschnationalen, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten wird dem Untersuchungsausschuß für die Preußenkassenkredite mit der Nachprüfung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte beauftragt.

Den kommunistischen Antrag, einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung des Zustandekommens des Stinnes-Urteils einzusetzen, begründet.

Abg. **Obuch** (Komm.): Er behauptet, daß ganz unerhörte Beeinflussungen vorgekommen seien und erhebt Vorwürfe gegen die Verteidiger Alsberg und Gellnick sowie den Vorsitzenden des Gerichtshofes, Landgerichtsdirektor Arndt.

Abg. **Kuttner** (Soz.) sagt, daß die SPD. bereits bei Beratung des Justizhaushalts das Stinnes freisprechende Urteil im sogenannten Kriegsanleihe-Betrugsprozeß mit aller Schärfe verurteilt habe. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sei aber verfrüht, zumal verschiedene Untersuchungsverfahren schwebten. Wenn nach Abschluß der laufenden Verfahren noch Zweifel bestehen blieben, behalte sich seine Fraktion vor, für die Einsetzung des Ausschusses einzutreten.

Unter großem Lärm der Kommunisten wird die Einsetzung des verlangten Untersuchungsausschusses gegen die Antragsteller abgelehnt. Es folgt die Beratung eines auf einen deutschvolksparteilichen Antrag zurückgehenden Antrags des Unterrichts-Ausschusses, wonach die Regierung noch einmal den Erlaß des Kultusministers über die Behandlung des Kolonialproblems in den Schulen überprüfen solle.

Der Ausschußantrag wird gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Ein weiterer Antrag des Unterrichtsausschusses, das Buch „Im Westen nichts Neues" aus den Schülerbüchereien entfernen zu lassen, wird **gegen die Rechte abgelehnt.**

Das Haus beginnt hierauf die

Aussprache über das Bergwerksunglück auf Zeche Mont Cenis

Der Beratung liegen eine sozialdemokratische Anfrage sowie Anträge des Handelsausschusses zum Grubensicherheitswesen zugrunde. Die Anträge verlangen Ausbau der Grubensicherheit, Vereinheitlichung der Bergpolizeivorschriften, allmähliche Beseitigung von Benzollokomotiven auf den Untertagebetrieben, und Verstärkung der Grubenkontrolle.

In Beantwortung einer kommunistischen Großen Anfrage erklärt ein Regierungsvertreter, es treffe nicht zu, daß die Concordia-Grube in Hindenburg (Oberschlesien) vollständig stillgelegt werden solle. Der Betrieb solle solange aufrecht erhalten bleiben, wie es die Wirtschaftsverhältnisse irgend gestatteten.

Abg. Otter (Soz.):

Die Anträge, die wir seinerzeit nach den Grubenkatastrophen in Alsdorf und auf Eschweiler Reserve zur Verschärfung der Grubensicherheitsbestimmungen eingebracht haben, sind im wesentlichen vom Ausschuß gutgeheißen worden. Es handelt sich um eine einheitliche Bergbauordnung für alle Arten des Bergbaues, um die Einführung des Gesteinstaubverfahrens in allen Steinkohlenrevieren, die Einführung von Fahrbüchern der Grubensicherheitskontrolleure, um den Oberbergämtern die Nachkontrolle zu erleichtern, um den erhöhten Kündigungsschutz der Sicherheitskontrolleure um strengere Vorschriften zum Ausbau der toten Orte usw.

Die vorgestrige Katastrophe auf Mont Cenis mit ihren 17 Toten beweist aufs neue die Notwendigkeit, rascher und durchgreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Grubensicherheit.

Entscheidend ist dabei der Kampf gegen das furchtbare Antreibersystem, das bisher eine genaue Befolgung der Bergpolizeivorschriften praktisch unmöglich macht. (Beifall bei den Soz.).

Abg. Dr. **v. Waldthausen** (Dntl.) lehnt für seine Fraktion die meisten der neuen Ausschußanträge ab.

Um 17,15 Uhr wird die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

Wer geht zu den Spaltern? Postenjäger!

Ein krasser Fall in Hessen — Es gibt auch Doppelmitgliedschaften

Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Als Spitzenkandidat zu den hessischen Landtagswahlen stellte die „Landeskonferenz" der Spalter den Redakteur Ohlhof auf. **Als Ohlhof nominiert war er noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Mitglied der Redaktion der sozialdemokratischen „Mainzer Volkszeitung".** Am Montag wurde Ohlhof fristlos entlassen, da er gegen seine Redaktionskollegen [illegible] geworden war. Jetzt fordert Ohlhof in Flugblättern [illegible] Eintritt in die Spalterpartei auf. Die geringe Zahl von 16 Austritten aus dem Sozialdemokratischen Verein in Mainz beweist, daß die Arbeiterschaft [illegible] schäbige Doppelspiel der Spalter ablehnt.

Außer Ohlhof ist inzwischen noch einem anderen Doppelmitglied das Handwerk gelegt worden. Der sozialdemokratische Provinziallandtagsabgeordnete [illegible] Schweig aus Oberursel bei Frankfurt, der Vorsitzender des sozialdemokratischen Unterbezirkes [illegible] wenigen Tagen flammende Aufrufe gegen die Spalter mit seinem Namen unterschrieben hatte, wurde durch einen glücklichen Zufall beim Vertrieb des Organs der Spalter erwischt. Als er sein Spiel, in der Sozialdemokratie gegen Sozialdemokratie zu arbeiten, durchschaut sah, erklärte er [illegible] Austritt.

Worauf es jetzt ankommt!

Sollmann über die politische Lage

Vor dem erweiterten Vorstand der SPD. Groß-Köln, dem Ortsausschuß des ADGB. und zentralen Vorstand der Sportorganisation führte Reichstagsabgeordneter Sollmann über die politische Lage u. a. folgendes aus:

Es geht jetzt nicht um Einzelfragen, sondern große Entscheidungen. Die deutsche Arbeiterklasse muß [illegible] ob ihr der republikanische Staat des Schutzes wert sei oder [illegible] Es ist die einzige Staatsform, die den Massen die freie Entfaltung ihres politischen und wirtschaftlichen Willens ermöglicht. **[illegible] dieser Staat jetzt bedroht ist, darf es ein Schwanken [illegible] Arbeiterpartei nicht geben. Entweder man bejaht den Staat [illegible] verteidigt ihn mit allen Kräften, oder man verneint ihn [illegible] muß ihn stürzen. Die Sozialdemokratie bleibt fest auf der [illegible] die sie von den Tagen ihrer Gründung an in Jahrzehnten [illegible] treten hat, auf der Entwicklung zum sozialen [illegible] sozialistischen Volksstaat. Wer diese politischen [illegible] sätze ablehnt, gehört nicht zu uns und nützt der Sozialdemokratie [illegible] wenn er sich von ihr trennt. Der Weg solcher Splittergruppen wird im Bolschewismus enden, wenn sie sich nicht in Nichts lösen.**

Die Versammlung nahm den Vortrag mit einmütigem Beifall und ohne Aussprache auf.

Noch keine Einigung in Genf

Obwohl sie bereits dicht bevorstand

Der Konflikt in der Mandschurei hat bisher keine Lösung erfahren.

Am Mittwoch nachmittag hieß es, daß die Japaner [illegible] Bedingungen für einen Rückzug ihrer Truppen wesentlich [illegible] gesteckt hätten und die chinesische Regierung sich zu [illegible] wehrmaßnahmen gegen den antijapanischen Boykott verpflichten wolle, so daß eine Einigung dicht bevorzustehen schien. Am [illegible] überreichte der chinesische Delegierte Sze dem Ratspräsidenten Briand noch einmal neue Vorschläge, die enthalten die Forderung der sofortigen Räumung der [illegible] mandschurischen Gebiet durch die japanischen Truppen, die [illegible] rung nach der Einsetzung einer neutralen Beobachterkommission, das Verlangen der Zahlung einer angemessenen Entschädigung an die Opfer des japanischen Einfalls und die Forderung der Einsetzung einer ständigen schiedsrichterlichen Kommission.

Die inzwischen zu dem Konflikt ausgearbeitete Entschließung des Völkerbundsrats, deren Inhalt [illegible] japanischen Delegierten bereits privatim mitgeteilt wurde, [illegible] Japan entschieden abgelehnt. Ein Beschluß des Völkerbundsrates nach Artikel 11 ist dadurch unmöglich, da zu einem derartigen Beschluß Einstimmigkeit gehört. In Anbetracht dieser Situation besteht die Möglichkeit, daß China in den nächsten Tagen eine Entscheidung des Rats auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundpaktes beantragen wird. Dieser Paragraph ermächtigt den Rat, auch unter Ausschluß der streitenden Parteien einen Beschluß zu fassen.

PETER RISS

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter Verlag G.m.b.H., Hamburg-Bergedorf

35. Fortsetzung.

Der verteilt die Sackstücke und den Bindfaden, und wir umwickeln unsere Knie. — — — einer nach dem andern schleichen wir vier dann aus der Baracke hinaus in die Finsternis, dem ungewissen Schicksal entgegen, das durch die Nacht geistert . . . Vor mir schwankt Bumanns leerer Kartoffelbeutel. Ich humpele, und manchmal möchte ich aufschreien in meinen Schmerzen — — —

aber

viel mächtiger als alle Schmerzen ist der Hunger! . . .

Kartoffeln! — Unsere nächsten Gedanken . . . unser höchstes Glück . . .

unsere tiefste Sehnsucht: Kartoffeln!!

Nur vereinzelte Tropfen fallen noch. Es ist so dunkel, daß wir uns kaum sehen können; wir müssen daher engste Tuchfühlung nehmen.

„Wenn ick keenen Urlaub krieg', kraz ick aus", höre ich Adamczik hinter mir. Und dann Kilb mit tiefem Baß: „Wir helfen dir, Fritz . . ."

Adamczik als Vater, kriegsgetraut, . . . Bumanns Traum . . . Kilb, der gute, tapfere Kilb . . . wie schmerzt mein Knie, aber vorwärts: dort — vorne — sind — Kartoffeln.

„Sst" macht Bumann, der Führer, und bleibt stehen, „da kommt jemand . . ."

Ich pralle auf ihn — Adamczik auf mich —

„Was ist denn los?", brummt Kilb . . . Bumann dreht sich zu uns hin: „Schnauze halten!" . . . Wir horchen: „Du Fritz, hast du nicht deine Taschenlampe mit?" — „Ja!" — Adamczik ist schon vor mir. Plötzlich ist aller Schmerz aus meinem Knie verschwunden . . .

Da sind wirklich Schritte, gleitend . . . es plätschert etwas, als wenn jemand in eine Pfütze tritt. — Dann leuchtet Adamcziks Lampe auf. In ihrem Lichtkegel erscheint spukhaft, bleich, verzerrt: das Gesicht des Einjährigen Sievers. Es verzieht sich zu einem verständnisvollen Grinsen. Dann huscht es wieder fort . . . Aber Bumann und Kilb haben den Flüchtenden schon gefaßt. Wir schließen ihn in unseren Kreis ein . . .

Kilb spricht: „Wenn du was erzählst, schlagen wir dir die Zähne aus." Und Bumann gepreßt: „Uns ist alles egal, merk' dir das. Wir kommen ja doch bald raus . . ."

Sievers gurgelt etwas durch den Hals, — es ist wie ein verlegenes Lachen dazwischen: „Laß mich doch in Ruh'! Ich weiß von nichts . . . hab' niemand gesehen." Er schiebt den Kleinen zur Seite und will aus unserem umklammernden Kreis heraus. Da hat Kilb ihn schon an der Brust gepackt. „Hierbleiben!", donnert er, „Kameraden! Denkt an Sadowa und an den „vaterlandslosen Gesellen . . ." der hier ist nicht echt! Er ist unser Feind! Morgen ist alles verpfiffen, denkt daran!" Die schwere Faust droht unter des Einjährigen Nase. „Kolonne zu einem!" befiehlt Kilb, „los, Leutnant, los! Mitkommen! Wenn schon, denn schon! Das könnt dir wohl so passen, du Verräter!"

Bumann geht wieder an die Spitze, — dann muß Sievers folgen. Neben ihm wie ein Begleitsoldat Kilb, der ihn am Handgelenk festhält, — dann ich und als letzter Adamczik.

„Verfluchter Spion!", murmelt Kilb, „was treibst du dich hier mitten in der Nacht herum . . .?" Sievers Stimme ist weinerlich: „Ich — ich war doch man bloß auf der Latrine!" — „Das kannst du deiner Urgroßmutter erzählen, — wenn wir dich nicht kennen würden . . ." Kilb zieht ihn unwiderstehlich mit: „Langschäftig geht man nach der Latrine, hä? Haha . . . mit Stiefeln und Sporen über der Stange hängen, haha . . . überhaupt, du Halunke, — seit wann ist denn die Latrine hier in dieser Gegend? Die ist doch gerade am andern Ende! Willst uns wohl noch weißmachen, daß du noch anschließend einen kleinen Spaziergang machen wolltest, du Schwindler? Für so dumm hälst du uns wirklich? — — Los, Leutnant! N' bißchen schneller, verstanden . . .?"

„Mitgefangen, mitgehangen!", spöttelt der Berliner, „fein, Karle! Fein gemacht! Immer fib ihm — —", seine Lampe blinkt kurz auf. — — In dem Augenblick reißt Sievers sich los und stürzt zurück, mich dabei umreißend, daß wieder ein stechender Schmerz mein Knie durchzuckt. Der Berliner und Bumann fangen ihn auf, und dann sind sie mit Kilb über ihn her; dumpf schlagen die Fäuste auf Sievers Körper. Ich muß hinsetzen. Dunkel wälzt sich der Knäuel vor mir.

Sievers wimmert nur noch unter dem Sack, den sie über den Kopf gezogen haben: „Laßt . . . laßt mich — los, ich gehe . . . doch — mit . . . au — au . . ."

„Aufstehn!" kommandiert Kilb. Sie ziehen ihn hoch, ich bleibe sitzen.

„Ich kann nicht mehr, es geht nicht weiter", muß ich [illegible] Sievers ist direkt gegen mein Knie gesprungen. „Geht weiter, ich warte hier, bis ihr zurückkommt . . ."

„Ausgeschlossen, Hamburger! Bewegung ist besser als [illegible] und — vergiß nicht: um zehn Uhr kommt der Posten hier [illegible] Der darf dich doch nicht finden, — also komm!" Kilb hebt [illegible] hoch: „Also hopp! Versuch's mal!"

Ich gehe einige Schritte. Es muß, es muß gehen! [illegible] stützt mich, aber ich könnte vor Schmerzen aufschreien . . .

„Sievers hierher! Brücke fassen!" kommandiert Kilb [illegible] Er umfaßt Sievers Handgelenk, ich muß mich auf die ineinandergeschlungenen Hände der beiden setzen. Rechts umfasse ich [illegible] Hals, links den von Sievers: der zuckt bei der Berührung [illegible] sammen und stiert mich aus geschwollenen Augen an. Es [illegible] ganz gut so; ich werde ein langes Stück getragen. Allmählich verzieht sich der Schmerz, dann lasse ich mich absetzen und humple allein weiter, immer nur mit dem einen Gedanken: dort [illegible] sind Kartoffeln . . . ist ein Paradies für uns . . . weiter [illegible] weiter . . .

Sievers stöhnt. Aber er geht jetzt ohne Widerstand [illegible] weil er wohl einsieht, daß alles andere an Kilbs eisernem [illegible] zerbricht . . .

Es regnet wieder. Ringsum und in uns ist [illegible] Finsternis . . .

* * *

„Jetzt vorsichtig!" flüstert Bumann, „wenn der Draht [illegible] laden ist, sind wir erledigt. Wartet, bis ich durch bin . . ."

Und nun gräbt und schaufelt er mit den Händen wie [illegible] Hund mit den Vorderpfoten. Wir knien hinter ihm, gespannt horchend, ob Posten in der Nähe sind. Die Stelle, die Bumann ausgräbt, ist die, die er schon mal als Durchgang benutzt hat. [illegible] Erde ist hier locker und das Loch wird schnell tiefer. Der [illegible] fliegt uns um die Ohren.

In einigen Minuten ist Bumann schon durch. Dann [illegible] wir uns auf den Bauch. Zuerst Sievers, dann Kilb, — Adamczik und ich zum Schluß: so kriechen wir wie Raupen, Ellenbogen [illegible] Ellenbogen, unter dem Stacheldraht hindurch. Einmal blicken wir nach oben: wenn das geladen ist . . . eine kleine Berührung . . . dann brauchen wir nichts mehr gegen den Hunger . . .

Änderungen im Rechtsleben

Was jeder aus der jüngsten Notverordnung wissen muß

Der sechste Teil der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober enthält zahlreiche einschneidende Bestimmungen für die Rechtspflege, deren Kenntnis breiten Massen der Bevölkerung notwendig ist. Die Bestimmungen sind zum größten Teil bereits am 8. Oktober in Kraft getreten.

In erster Linie will die Notverordnung die Gerichte und Staatsanwaltschaften von zahlreichen kleinen und minderwichtigen Sachen entlasten. Deshalb wird die Bestrafung von Übertretungen, d. h. der nicht höher als mit Haft oder Strafe bis 150 Mark bedrohten Straftaten eingeschränkt. Sie nur zu verfolgen, wenn es das öffentliche Interesse fordert. Auch bereits eingeleitete Anklagen wegen Übertretungen kann das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft einstellen, wenn das öffentliche Interesse die Verfolgung nicht mehr erfordert. Die Arbeiterschaft und die kleinen Gewerbetreibenden sind am meisten von solchen Anklagen bedroht, da sie Berufsausübung als regelmäßige Benutzer öffentlicher Straßen und als im Verkehrsgewerbe Tätige (als Radfahrer, Fuhrwerks- und Motorführer, Straßenhändler usw.) am ehesten mit den zahlreichen Polizeibestimmungen in Konflikt bringt. Auch Strafverfolgung wegen Bettelns wird im allgemeinen unter die kleinen und minderwichtigen Strafsachen fallen. Es ist Sache der Polizei und der Gerichte, diese die Verfolgung von Übertretungen einschränkenden Bestimmungen anzuwenden, aber das Recht des Angeschuldigten, sie für sich gegenüber den Gerichten in Anspruch zu nehmen, auch dann, wenn er bereits vor dem Gericht steht. Die Bestimmungen bedeuten eine erhebliche Erweiterung des geltenden richterlichen Ermessens, das Verfahren einzustellen, da bisher nur bei geringer Schuld und unbedeutenden Folgen der Tat Uebertretungen nicht verfolgt werden brauchten.

Außer mit Uebertretungen sind die Strafgerichte alljährlich in großem Umfange mit mehreren zehntausend Privatklagen wegen wörtlicher oder tätlicher Beleidigung belastet. Streitigkeiten von Nachbarn, Hausklatsch und geringe Tätlichkeiten sind das tägliche Brot unserer Gerichte. Sie werden oft mit größter Hartnäckigkeit unter Aufgebot von Rechtsanwälten und vielen Zeugen durch mehrere Gerichtsinstanzen durchgefochten, führen aber trotzdem vielfach nicht zur Beruhigung der Parteien, sondern sind häufig die Ursache zu neuen Prozessen und Meineidsverfahren. Die dem Staate daraus zufließenden Kosten stehen oft in keinem Verhältnis zu den Selbstkosten des Staates.

Die Notverordnung gibt den Gerichten nun das Recht, wenn die Schuld des in einer Privatklage Beschuldigten gering und die Folgen der Tat unbedeutend sind, das Verfahren durch Beschluß einzustellen, und zwar auch gegen den Willen der Parteien. Die Einstellung kann bei Einreichung der Privatklage und auch bei bereits anhängiger Privatklage, also sogar bis zur Verkündung des Urteils in der Berufungsinstanz erfolgen. In diesem Falle werden Gerichtsgebühren nicht erhoben. Die baren Auslagen des Gerichts oder der Parteien kann das Gericht angemessen unter die Parteien verteilen oder den Beschuldigten auferlegen. Bei Einstellung des Verfahrens durch das Gericht hat jede Partei das Recht, innerhalb einer Woche Beschwerde einzulegen. Die Privatklage ist außerdem wesentlich dadurch erschwert, daß die Beantragung des Armenrechts als mutwillig auch dann zu versagen ist, wenn anzunehmen ist, daß bei verständiger Würdigung aller Umstände des Falles auch eine Partei, die nicht das Armenrecht beantragt, von der Privatklage absehen würde.

In der Notverordnung ist ferner für besonders umfangreiche Prozesse, sogenannte Monstreprozesse, deren Verhandlung voraussichtlich mehr als sechs Tage dauert, zum Zweck der Entlastung der Staatskasse die Durchführung einer Berufung möglich gemacht.

Hinsichtlich der gerichtlichen Streitigkeiten über Vermögensansprüche enthält die Notverordnung die Bestimmung, daß vom 15. Oktober 1931 ab die Amtsgerichte für Ansprüche bis zu 1000 Mark (bisher 800 Mark) zuständig sind. Es ermöglicht einer Prozeßpartei die Durchführung eines Prozesses wegen eines solchen Betrages beim Amtsgericht ohne einen Rechtsanwalt, steigert jedoch die an den einzelnen Prozeßgegenstand zu stellenden Anforderungen. Ferner ist in gleicher Weise bei Privatklagen auch in Rechtsstreitigkeiten über Vermögensansprüche das Armenrecht als mutwillig zu versagen, wenn anzunehmen ist, daß auch eine Partei, die nicht das Armenrecht nachsucht, bei verständiger Würdigung von der Prozeßführung absehen würde. Diese Bestimmung ist recht bedenklich, da eine Gleichsetzung der Lage einer armen Prozeßpartei mit einer das Armenrecht nicht benötigenden Partei schlechthin nicht möglich ist. Die Bestimmung ist nur bei einer wirklich sozialen Handhabung erträglich.

Es ist schließlich noch zu erwähnen, daß in den Ausführungsbestimmungen des Preußischen Justizministers zu der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober besonders darauf hingewiesen wird, daß von der Staatsanwaltschaft bei Einlegung und Durchführung von Berufungen oder Revisionen äußerste Zurückhaltung zu üben ist. Nur wenn es im Einzelfall durch öffentliche Interessen der Rechtspflege geboten erscheint, soll eine Berufung oder Revision von der Staatsanwaltschaft eingelegt werden.

S. R.

Aussprache zwischen Groener und Severing

Allerlei unbegründete Gerüchte

Der Reichsminister des Innern, der gleichzeitig Reichswehrminister ist, hatte am Dienstag mit dem preußischen Minister des Innern eine längere Aussprache über zahlreiche, zwischen dem Reich und Preußen schwebende Fragen. Der Besprechung wohnten die Staatssekretäre der beiden Minister und Generalleutnant von Schleicher bei, der im Reichsministerium die Geschäfte eines Staatssekretärs versieht.

Die Anwesenheit des Generalleutnants von Schleicher hat einen Teil der Presse zu Kombinationen veranlaßt, die schon deshalb irrig sind, als außer von Schleicher auch die Staatssekretäre des Reichsinnen- und des preußischen Innenministers bei der Besprechung zwischen Groener und Severing zugegen waren. Die Unterredung bezog sich auf bestimmte Fragen, an denen die Reichswehr, das preußische Innenministerium und das Reichsinnenministerium gleich stark interessiert sind. Nur daraus erklärt sich, wie das in ähnlichen Fällen bisher immer üblich war, daß auch Generalleutnant von Schleicher hinzugezogen wurde. Die anderen Behauptungen und insbesondere die, daß die Anwesenheit von Schleichers keinen anderen Zweck verfolgt habe, als den Einfluß der „Bürogenerale im Reichsinnenministerium" zu stärken, sind nach unseren Informationen völlig abwegig.

Im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Groener und Severing wird auch davon gesprochen, daß im Reichsinnenministerium größere Personalveränderungen geplant seien. **Auch davon ist in der Unterredung Groener-Severing mit keinem Wort die Rede gewesen,** wie es überhaupt scheint, als ob Personalveränderungen im Reichsministerium des Innern mindestens zunächst nicht in der Absicht des Reichsministers Groener liegen. Immerhin glauben wir, daß es an der Zeit wäre, den Harzburger und Ministerialrat Lammers, der ausgerechnet Referent für Verfassungsfragen ist, schnellstens an die Luft zu setzen. In einer Regierung, die sich parlamentarisch auf die Sozialdemokratie stützt, haben nur republikanisch zuverlässige Beamte und keine Harzburger etwas zu suchen. Jedenfalls werden wir alle etwaigen Personalveränderungen, wo sie auch vorgenommen werden, hauptsächlich nach vorstehendem Gesichtspunkt beurteilen. Daß verfassungstreue Beamte etwa abgebaut und Harzburger im Amte bleiben, wird die Sozialdemokratie niemals dulden.

Nazi-Abgeordneter wird vorgeführt

Der Nazi-Abgeordnete des Preußischen Landtags Hinkler wurde am Mittwoch vor dem Landtagsgebäude verhaftet. Die Verhaftung erfolgte zwecks **Durchführung eines Vorführungsbefehls nach Naumburg a. d. Saale.**

Die Nazis legten gegen die Verhaftung sofort Beschwerde beim preußischen Justizminister und beim Reichspräsidenten ein.

Hinkler schon wieder frei

Der Nazi-Abgeordnete des Preußischen Landtages, Hinkler-Halle, der am Mittwoch nachmittag vor dem Landtagsgebäude zum Zwecke einer gerichtlichen Vorführung nach Naumburg verhaftet wurde, ist am Abend des gleichen Tages wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen die Verhaftung Hinklers hatte der Vizepräsident des Landtages, v. Kries, im Hinblick auf die heut stattfindende Abstimmung über die Mißtrauensanträge Einspruch erhoben.

Hinkler, dem von der Medizinischen Fakultät der Universität Halle bereits vor längerer Zeit eine **„nachweisbare Beeinträchtigung der geistigen Bereitschaft und Sammlung"** bescheinigt wurde, sollte sich bereits wiederholt wegen Aufruhrs in Naumburg verantworten. Hinkler erschien jedoch nicht und verhöhnte erst im August das Gericht, indem er schrieb, er habe die Vorladung zu spät erhalten, weil er auf „Dienstreisen" gewesen sei. **Das Gericht ordnete darauf seine Vorführung** an und verurteilte Hinkler zu den Kosten des ausgefallenen Termins, zu dem die Zeugen zum Teil weither erschienen waren. Auf Donnerstag war nunmehr ein neuer Termin angesetzt. Um das Erscheinen des Angeklagten sicherzustellen, erfolgte die Verhaftung. Auf Grund des Einspruchs des Landtagspräsidiums ist der Termin jedoch telegraphisch abgesagt worden. Darum die Haftentlassung.

Hinkler, eine der unangenehmsten Typen des Preußischen Landtags, hat sich vor Gericht **zu verantworten, weil er in einer sozialdemokratischen Versammlung in Freyburg** (Unstrut) **eine Schlägerei provozierte,** in deren Verlauf seine Nazi-Anhänger mit Stöcken und Biergläsern auf die Landjäger einschlugen.

Nazis möchten eine Minderheitsregierung

in Oldenburg

Oldenburg, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Die Nazis bemühen sich, auf Veranlassung von Hitler in Oldenburg zurzeit um die Bildung einer Regierung, in der sie maßgebend vertreten sind. Inoffiziell haben sie sich bereits bereit erklärt, im gegebenen Falle eine Minderheitsregierung und zwar ausschließlich aus nationalsozialistischen Ministern zu bilden. Diese Bereitschaft beruht wahrscheinlich auf der Erkenntnis, daß sie eine Mehrheitsregierung nicht zustandebringen werde, so lange das Zentrum sich nicht zur Tolerierung zur Verfügung stellt bzw. der eine staatsparteiliche Abgeordnete sich nicht auf die Seite der Nazis schlägt.

Großindustrielle hetzen im Ausland gegen Deutschland

Verbrecherische Rede Fritz Thyssens

Newyork, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

In Amerika reisen zurzeit einige deutsche Wirtschaftsführer herum, die, statt ihre heimischen Betriebe zu sanieren, nichts anderes zu tun haben, als öffentlich gegen die Republik, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Richtungen zu hetzen. Den Vogel hat bisher der nationalistische Industrielle Thyssen abgeschossen. Er erklärte am Mittwoch in Newyork auf einem Festessen, daß die Republik nicht die geeignete Staatsform für Deutschland sei und die Sozialdemokratie und Gewerkschaften für alle „sozialen Extravakanzen" verantwortlich zu machen seien. Thyssen bedauerte ferner den hohen Goldstandard der Reichsbank und deutete an, daß es notwendig sei, den Goldstandard in der gegenwärtigen Höhe aufzugeben. Schließlich forderte er noch den Verzicht auf den polnischen Korridor.

Der Industrielle Siemens trat für systematische Lohnkürzungen in Deutschland ein.

Um den Wahlquotienten

Er wird in Preußen auf 50 000 festgesetzt

Die preußische Staatsregierung hat in ihrer Sparnotverordnung u. a. auch für den Preußischen Landtag die Heraufsetzung der Wahlquotienten von 40 000 auf 60 000 Stimmen verfügt. Interfraktionell ist inzwischen vereinbart worden, die Wahlquotienten auf 50 000 Stimmen festzusetzen. Es ist deshalb eine entsprechende Aenderung der Notverordnung zu erwarten.

Seipel gegen Schober

Schober wird doch bleiben

Die Großdeutschen haben am Mittwoch beschlossen, sich mit dem Vizekanzler und Außenminister Schober solidarisch zu erklären. Von dem Seipel-Flügel der Christlich-Sozialen waren gegen Schober wegen seiner Außenpolitik verstärkte Angriffe erhoben worden. Das Ziel, ihn zu stürzen, dürfte nach der Solidaritätserklärung der Großdeutschen für Schober kaum noch gelingen.

Durcheinander in Englands „nationaler" Regierung

London, 21. Oktober: (Eigener Drahtbericht).

Nur noch wenige Tage stehen für die Wahlkampagne in England zur Verfügung und noch immer ist das Bild so verworren wie zu Anfang.

Premierminister MacDonald hat am Mittwoch zugegeben, daß die Befürchtung, als ob die Schutzzöllner der „nationalen Regierung" ihre Politik aufzwingen könnten, wenn ihre Macht durch die Wahlen verstärkt würde, zu Recht besteht. Daran aber zweifelt niemand in England, daß die Konservativen bei diesen Wahlen gewinnen werden. MacDonald fügte hinzu, daß er aus der „nationalen Regierung" austreten werde, wenn eine der in ihr vertretenen Parteien den Ursprung der Regierung, d. h. die nationale Notlage, vergessen sollte. Er versicherte, daß er gegen jeden Zolltarif sei.

Ein anderes Mitglied der „nationalen Regierung", der Konservative Sir Austen Chamberlain, verspricht seinen Wählern gleichzeitig Tarife. Wieder ein anderes Mitglied, der Liberale Sir Herbert Samuel, leugnet, daß die Frage der Zolltarife bei diesen Wahlen überhaupt zur Diskussion stände. Schatzkanzler Snowden ist der gleichen Ansicht und sagte, **eine Mehrheit der „nationalen Regierung" könne nicht als ein Mandat für einen Generaltarif angesehen werden.** Dem widerspricht der Innenminister Chamberlain: wenn die „nationale Regierung" eine Mehrheit bekommt, kann sie sofort Tarife einführen.

Wenn die Wahlen also, woran nicht zu zweifeln ist, der „nationalen Regierung" eine Mehrheit bringen (man schätzt sie gegenwärtig auf etwa 200 Stimmen) so wird eben das nachzuholen sein, was MacDonald vor den Wahlen nicht gelungen ist, nämlich zunächst einmal eine Einstimmigkeit über die Politik dieser Regierung zu erzielen. Es ist nicht ersichtlich warum MacDonald das nach den Wahlen für leichter hält als vorher.

„Temps" über die Aussprache Hoover-Laval

Paris 21. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der „Temps" schreibt zu dem Besuch Lavals in Washington: „In dem Augenblick, in dem Laval den amerikanischen Boden betreten wird, wird die Frage einer französisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete aufgeworfen. Kein Plan für die Aussprache mit Hoover hat bisher feste Gestalt angenommen, kein prinzipielles oder tatsächliches Abkommen ist ausgearbeitet und keine Verpflichtung ist auf beiden Seiten übernommen worden. Wenn Hoover und Laval einen vollkommen freien Meinungsaustausch vornehmen sollen, so ist es logisch, daß sie alle aktuellen Fragen besprechen; aber das bedeutet keineswegs, daß sie die Absicht haben, sie in einem bestimmten Sinn zu lösen. Das Hauptinteresse der Washingtoner Unterredung liegt gerade in der Tatsache, daß ein offener Meinungsaustausch des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermöglichen wird, sich darüber Rechenschaft abzulegen, was im Rahmen der französischen Politik möglich und was unmöglich ist, und er wird es Laval erlauben, sich von gewissen Notwendigkeiten der amerikanischen Politik zu überzeugen, die oft mehr von innenpolitischen als außenpolitischen Erwägungen beherrscht wird. Das Ergebnis dieser Aussprache wird darin bestehen, daß jedesmal, wenn eine große internationale Debatte entsteht, die Aktionen der Vereinigten Staaten und Frankreichs nicht in einem Interessenkampf aufeinanderprallen werden, der, anstatt wünschenswerte Lösungen zu erleichtern, alles noch komplizierter machen würde."

Behauptungen über Lavals Absichten

Paris, 22. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" an Bord der „Ile de France" meldet, daß Laval in seiner Rede, die er heute im Newyorker Rathaus als Antwort auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Walker halten wird, in der deutlichsten Form die französische These für die Washingtoner Besprechungen darlegen werde. Die nationale Sicherheit müsse organisiert werden und auf dem Gebiet könnten präzise Verpflichtungen nicht durch Worte der Hoffnung erweckt werden. Damit werde der Ministerpräsident zu verstehen geben, **daß Frankreich an seinen bisherigen Formeln in der Frage der Abrüstung festhalten werde,** falls ihm nicht eine gleichwertige Gegenleistung angeboten werde. Wie das Blatt weiter meldet, haben ein Beamter der amerikanischen Botschaft in Paris und der Sekretär des Botschafters Edge, die Laval auf seiner Reise begleiten, das Weiße Haus durch Funkspruch von den Dispositionen des Ministerpräsidenten unterrichtet. Laval werde sich bei den Besprechungen an die Grundsätze halten, die in den Telegrammen des „Echo de Paris" und der Havas-Agentur vom Dienstag auseinandergesetzt sind. Er werde sich nicht durch die Besprechungen des Botschafters Edge mit Briand und Flandin als gebunden betrachten.

Telegrammwechsel Stimson-Laval

Paris, 22. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Der amerikanische Staatssekretär Stimson richtete an Ministerpräsident Laval auf der „Ile de France" folgendes Funktelegramm: „In dem Augenblick, da Sie sich der amerikanischen Küste nähern, sende ich Ihnen meine herzlichsten Wünsche. Zugleich entbiete ich Ihnen das aufrichtigste Willkommen des amerikanischen Volkes."

Ministerpräsident Laval antwortete: „Am Vorabend meiner Ankunft auf amerikanischer Erde möchte ich Ihnen meine persönliche Freundschaft und meine Freude, Sie wiederzusehen, zum Ausdruck bringen. Sie kennen die tiefe Sympathie des französischen Volkes für Ihr großes Land. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß meine Reise nach Washington die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zum besten der Welt noch enger gestalten möge."

Wasserstand

	22. 10.	21. 10.
Ratibor	1.87	1.72
Neisse (Stadt)	—0.42	—0.42
Neißemündung (Unt.-Pegel)	1.82	1.98
Brieg (Kastenkran)	2.72	2.69
Treschen	1.15	1.14

	22. 10.	21. 10.
Kanthern (Unter-Pegel)	2.96	3.02
Dyhernfurth	2.19	2.21
Abflußmenge (sekundlich)	144	146
Fürstenberg vom 21. 10.	1.40	
Wasserwärme + 6°		

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund

Am 20. Oktober 1931 verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Bauarbeiter**

Karl Lebeck

im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Freitag, 23. Oktbr., 15 (3) Uhr, von der Kapelle des Klettendorfer Friedhofes. 3998

Verband der Textilarbeiter Deutschlands.

Am 19. Oktober verstarb unsere Kollegin

Karoline Schneider

im Alter von 72 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung Freitag, vormittags 11 Uhr, von der Kapelle des neuen Bernhardin-Friedhofes. 3999

STADTTHEATER

Donnerstag, 20.15 bis 22
Abonnements-Vorstellung D 4
Salome
Freitag, 20 bis gegen 23.15
Die Zirkusprinzessin
Sonnabend, 20.15 bis 22.15
Martha

LOBETHEATER

Donnerstag und Freitag 20.15—22.45
letzte Aufführungen!
Elisabeth von England
Ab Sonnabend, tägl. 20.15
Leutnant Komma

THALIATHEATER

Täglich 20.15 bis 22.15
Nina

Schauspielhaus

Gastspiel
Deutsches Theater, München
Täglich 8¼ Uhr
Breslaus Sensation
Im weißen Rößl

Die Darsteller des Weißen Rößl's tragen die bekannte SS-Kleidung. SS-Kettenläden, Schweidnitzer Straße 9
Vorverkauf dauernd.
Tel. 36100 und 33550

ALKAZAR

Tanzpalast / Varieté
Goldrauschball
Der Brennpunkt der Breslauer Nacht
An Elite-Tagen bis 4 Uhr

LACHBÜHNE

(früher Broadway)
Leipziger Sänger
mit neuem Programm
Der Trumpf des Lachens
Publikums-Tanz
Jeden Sonntag 4 Uhr
Familien-Vorstellung

Arbeitshosen

Satz und Keil durch Selbstanfertigung konkurrenzlos von **4.50** bis **16 Mk.**
Burgstraße 7. Krywalski.

Parteifreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

1891 — **1931**

Anläßlich des 40jährigen Bestehens der
Akademie für Sing- und Sprechkunst
Dir. Theodor Paul

Kammermusiksaal, Montag, 26. Oktober, 20 Uhr:
KONZERT zugunsten BRESLAUER VOLKSHILFE
Telemann „Die Tageszeiten"
J. Haydn „Schottische Volkslieder" 8126
Eintritt: Programm inkl. Liedertext Mk. 0.75 bis 2.—
Vorverkauf: Hainauer, Hoppe, Barasch.

Charlottenschule

Am 12. und 13. März 1932

Fünfzigjahrfeier

Alle ehemaligen Schülerinnen werden um ihre Anschrift gebeten, damit ihnen die geplanten Veranstaltungen mitgeteilt werden können. 3993

WAPPENHOF

Heute ab 4 Uhr:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem internationalen Varieté-Programm:
Leopold Bürau · Walter Bernhardi · Original Leopoldi · Ernst Walter · Ernesty-Trio · Casanelli · Tante Lene · Emmy Hansen · Eilen Engin u. Lilly Barina · Lew and Ricz · Wappenhofrevue. — Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung
2 Kapellen **BALL** 2 Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf. 4651

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute Donnerstag **Ball halb und halb**

Bei
Hautjucken, Flechten
offenen Füßen, Krampfadern
auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt.
In Original-Dosen à 1.25, 2.30 und 4.30
Zu haben in Apotheken 11656
wenn nicht vorrätig. Versand spesenfrei durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19/62
Leipziger Straße 74 (Dönhoffplatz)

Grosswerkauf Krüppe-Trikotagen

Damen-Strümpfe	Damen-Strümpfe	Damen-Strümpfe	Herren-Socken	Herren-Socken	Kinder-Strümpfe
Kunstseide plattiert, Doppelsohle und Spitzhochferse, moderne Winterfarben	feinfädige Waschkunstseide mit Flor plattiert, moderne Farben, elegant und strapazierfähig	Wolle mit Kunstseide plattiert, in neuen, dunklen Farbtönen, der richtige Winterstrumpf	2×2 gestrickt, reine Wolle, grau, praktisch und solide	Wolle, moderne Jacquard-Muster, **ganz besonders preiswert**	reine Wolle, 1×1 gestrickt, farbig und schwarz, sehr strapazierfähig Größe I
85 Pfg.	**1.45**	**1.65**	**75** Pfg.	**95** Pfg.	**65** Pfg. Steigerung **10** Pfg.

grosse Posten moderner, hochwertiger Qualitäten

Unterziehschlüpfer	Damenschlüpfer	Damenschlüpfer	Herrenhose	Herrenhemd	Unteranzüge
f. Damen, echt Mako, elastisch gewirkt, weiß und hautfarbig	Kunstseide, innen gerauht, in modernen Wäschefarben, Größe 42—46	Kunstseide plattiert, der strapazierfähige Schlüpfer, in zarten Farben, Gr. 42-48 **1.45**	normalfarbiger Wintertrikot, wollgemischte Qualität, Größe 4—6 **1.45**	guter, wollgemischter Trikot, mit modernen Popeline-Einsätzen, Größe 4—6	für Kinder, mit langem Arm, gute, wollgemischte Qualität, alle Größen
48 Pfg	**95** Pfg.	**95** Pfg.	**95** Pfg.	**1.95**	**95** Pfg.

aus leistungsfähigen Fabriken weit unter Preis!

Kind. Prinzeßröckchen	Kinder-Hemdhöschen	Kinder-Schlafanzug	Kinder-Schlafanzug	Damen-Unterkleid	Damen-Unterkleid
ausbesondersdichtem, solidem Trikot, innen warm angeflauscht, in vielen Farben, Gr. 50	aus festem Trikot, innen warm geflauscht, gute Kinderform mit Klappe und Gummizug, Größe 50	»Gute Nacht«, warmer Trikot, Verschluß mit Tressen-Ornament und Perlmutterknopf. Größe 60	»Famos«, haltbarer, leicht angerauhter Trikot, farbig mit weißem Kragen, Aufschlägen, Tasmen und Tressen garniert, 2teilig, für ca. 2 Jahre	aus festem, solidem Trikot, innen warm angerauht, in großem Farben-Sortiment, Größe 42—48	mit Kunstseidendecke innen mollig geflauscht, in soliden und hellen Farben, Größe 42—48
85 Pfg. Steig. bei 10 cm **20** Pfg.	**95** Pfg. Steigerung **25** Pfg.	**95** Pfg. Steigerung **25** Pfg.	**1.70** Steigerung **25** Pfg.	**1.95**	**2.45**

Tietz

Genossen! Fahrräder u. Ersatzteile kauft Ihr am billigst. im **Fahrradhaus Sieg** Neumarkt 19 (neb. Barasch) Gegen Organisationsausweis 5% Rabatt

---

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in der Böhmischen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden! 1849

Druckerei Volkswacht
Moderne zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Ledersohlen / Gummiabsätze
Schuhbedarfsartikel jeder Art
kaufst Du am vorteilhaftesten bei
Walter Neuser, Neumarkt 21
Gegen Partei- oder Gewerkschaftsausweis **5%** Sonder-Rabatt!

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis **90 Pfennige**
Volkswacht-Buchhandlung

Der Wahre Jac

Preis **30** Pf

Sozialdemokratisches W
Zu haben in den Volks
Buchhandlungen und
Zeitungsträgern

Verkäufe

Betten! Prachtv. echt Inlett, 1 Oberb. u. 2 Kiss. m. gut. Schleiß. fed., 10 Pfd Inh., nur 25 Mk **Friedländer,** Sonnenitz 50.

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Kleine Anzei

sind kompreß geschr
Kleine Anzeigen von Ve
Hausgesuche u. a.
Privatem Wort 3
— fett 4 Pfennig

Gut erhalt. Füllo
zu verkaufen bei
Augustastr. 78, pt.
von 16—19 Uhr.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in

Breslauer Nachrichten

Die erste Nummer

Sozialistischen Arbeiter-Zeitung ist gestern als Lokal-Aus- für Breslau erschienen. Sie enthält außer der Wiedergabe Reichstags-Stenogramms der Rede Zieglers anläßlich letzten Abstimmung ein Zitat von Bebel, Parteinachrichten der Ankündigung, daß auch die Arbeitersportler in SAZ. künftig ihre Nachrichten finden werden, einen Leit- ikel des Breslauer Vorsitzenden, Ernst Eckstein. Dieser ikel beginnt mit der, gelinde gesagt, unrichtigen „Feststellung", der Parteiausschuß beschlossen habe, die Opposition gegen die rierungspolitik „mundtot" zu machen, woraus sich dann für folgert, daß die SPD. „zu konsequenter Klassenkampfpolitik mehr fähig" sei. Zwischen ihr und der SAP. beständen te bereits tiefe grundsätzliche Unterschiede", denn die SPD. serviere den sinnlos gewordenen Kapitalismus." Wir glauben allerdings zu erinnern, daß gerade Eckstein vor nicht langer Zeit noch oftmals diese Konservierungsorganisation leben ließ.

Die neue Zeitung soll also, sagt Eckstein, das „Sprachrohr Arbeiterklasse" sein, wobei der „Volkswacht" etwas eckt der Vorwurf gemacht wird, daß sie „die Meinung des letariats höherer Diplomatie zum Opfer" gebracht habe, ob- l gerade der Artikelschreiber genau darüber im Bilde ist, uneingeschränkt die „Volkswacht" oftmals ihre Meinung Ausdruck gebracht und sich über „diplomatische" Bedenken, dings nicht über die jedem Parteiorgan obliegenden Bin- gen an die Organisation hinweggesetzt hat. Besonders reiz- ist für den sozialistisch denkenden Leser der sentimental- liche Hinweis, die neue Zeitung würde „in der Druckerei her- ellt, in der jahrzehntelang die „Volkswacht" gedruckt worden ja sogar im gleichen Raum wie ehedem expediert. Der ndsätzliche Unterschied zwischen einem parteieigenen, der Gemeinschaft gehörigen und einem kapitalistischen atbetrieb scheint im Grundsatz-Kompendium der neuen Partei aufgenommen worden zu sein.

Zum Schluß beruft sich Eckstein auf die verschiedensten aditionen des sozialistischen Journalismus von Eisner Schönlank. Das Blatt ist so ungefähr das gerade Gegen- jener Männer, die es vor Jahrzehnten schon verstanden, aus Mitteilungsblatt für Funktionäre eine sozialistische itung zu machen. Im lokalen Teil wird natürlich der pf gegen die Bonzokratie, vorläufig bei der AOK., feierlichst net und der bürgerliche Klassengegner freundlichst auf an- liche Versäumnisse des Vorstandes aufmerksam gemacht. Auch „Volkswacht" bekommt hier selbstverständlich eins ver- denn sie berichtet bekanntlich „im Stiele (der neue Duden e doch besser in Anspruch genommen werden) der Luden- schen Heeresberichterstattung". Die SAZ. weiß natürlich s besser; auch wieviel Besucher in unseren Distriktsversamm- gen gewesen sind. Jedes SPD.-Mitglied wird ihr aber trotz- gerne bescheinigen, daß in den letzten Distriktsversammlungen einem Fall, wie dort behauptet, 16 Mitglieder anwesend en. An sich ist dieser Streit um Versammlungsbesuch ja un- ntlich, denn entscheidend ist die Stellungnahme der Mit- dschaft in ihrer Gesamtheit, in Breslau, in Schlesien und im he.

Für die SAZ. allerdings gelten andere Gesichtspunkte. Für t wichtiger das „Wie" als das „Was", und wer das nicht verteht, der ist eben kein revolutionärer Sozialist.

Eine „Betriebsstörung" in der „Schlesischen Zeitung"

„Schlesische Zeitung" erneut als Verleumderreptil entlarvt

In der heutigen Morgenausgabe der „Schlesischen tung" teilt der Verlag Korn auf der ersten Hauptblatt- mit, daß infolge einer Betriebsstörung ein Teil dieser Auf- erst etwas verspätet zur Expedition gelangen konnte.

Jeder, der diese Mitteilung liest, wird zunächst glauben, daß e nacht im Druckereibetrieb der „Schlesischen Zeitung" irgend technische Störung eingetreten ist, die die Fertigstellung der ung verzögert hat.

In Wahrheit kann aber von einer solchen technischen riebsstörung keine Rede sein. Eine Betriebsstörung wohl vor. Sie ist aber ganz anderer Art. Sie besteht offen- darin, **daß die „Schlesische Zeitung" sich veranlaßt gesehen um einem erneuten Verbot zu entgehen, eine üble Ver- dung der Reichsregierung, die das genannte Blatt am letzten abend in die Welt gesetzt hatte, heute morgen de- und weh- g zurückzunehmen.** Die Erklärung für die Betriebsstörung t man nämlich sofort, sobald man die unmittelbar unter der des Verlages ebenfalls auf der ersten Seite stehende Ent- ldigung der „Schlesischen Zeitung" zu Gesicht mmt. In diesem Artikel, der unter dem harmlosen Titel den Gerüchten um die Wirtschaftspartei" steht, von Anfang bis zu Ende in Fettdruck gesetzt ist, berichtigt nämlich die „Schlesische Zeitung" und entschuldigt sich bei der sregierung. Während die „Schlesische Zeitung" am letzten abend behauptet hatte (dem Sinne nach), daß die Reichs- rung die Stimmen der Wirtschaftspartei bei der Abstimmung die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning da- gekauft habe, daß sie der Wirtschaftspartei 500 000 Mark in einem Scheck überwiesen habe, um die gewerblichen Ge- nschaften zu sanieren, **muß die „Schlesische Zeitung" heute ben, daß diese ihre Behauptung von Anfang bis zu Ende nlen und erlogen war.**

Die „Schlesische Zeitung" stellt sich also selbst vor aller Oeffentlichkeit als ein übles Verleumder- reptil hin.

Damit aber noch nicht genug. Nachdem sie diese Be- ung feierlich zurückgenommen hat, schreibt die lesische Zeitung" dann weiter in ihrem Schlußabsatz:

usdrücklich sei betont, daß es uns bei der Darstellung der rlamentarischen Vorgänge gänzlich fern lag, etwa r Reichsregierung bei ihren sehr begreif- chen Bemühungen um die Gewinnung einer rlamentarischen Mehrheit irgendwelche un- dlichen Motive oder eine unlautere Hand- ngsweise zu unterstellen, sondern unsere abwendige. itik richtete sich ausschließlich gegen die dabei beteiligte rtei."

Der letzte Zusatz ist zwar eine neue glatte Lüge, aber was nt es der „Schlesischen Zeitung" schon auf eine Lüge an. von der „Schlesischen Zeitung" in dem genannten Artikel zitierte Abschnitt aus ihrem Artikel vom Sonnabend ergibt daß die „Schlesische Zeitung" sehr wohl sich an der Reichs- rung getrieben hat. Aber das ist Nebensache. **Wichtig ist vor aller Oeffentlichkeit festgestellt werden muß aber, daß „Schlesische Zeitung" wieder einmal auf einer üblen Ver- dung ertappt worden ist und sich deshalb entschuldigen muß. kann danach die Heuchelei, mit der das ganze Blatt sich er als ein sachliches Organ hinstellt, nunmehr wohl richtig teilen.**

Kurt Heinig spricht:

Sozialdemokratie und wirtschaftliche Zukunft

Auch die gestern abend im Gewerkschaftshause stattgefundene Versammlung der SPD. war äußerst gut besucht und dicht besetzt der große Saal unseres Arbeiterheims. In anderthalbstündiger, äußerst wirkungsvoller Rede wies Genosse Kurt Heinig auf die großen Unterschiede des Kampfes der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit und heute hin. Kernpunkt seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen war die Mahnung, um fragwürdiger Tageserfolge willen nicht die historische Stellung der Sozialdemokratie aufs Spiel zu setzen.

Genosse Bretthorst eröffnet die Versammlung und gibt nach kurzer Begrüßungsrede dem Redner des Abends, Genossen **Heinig**, das Wort. In freier Rede, gut pointiert, mit bilderreichen Beispielen machte der Redner seine Ausführungen, die mit großer Aufmerksamkeit von den zahlreichen Zuhörern aufgenommen wurden.

Noch immer gibt es — auch unter uns — zahlreiche Menschen, die behaupten, daß

heute kein Klassenkampf mehr geführt

würde. Nun, wer die letzten Ereignisse verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß wir Klassenkampf auf breitester Front führen. Schon das reißende Tempo der Entwicklung zwingt zu fortwährender Stellungnahme, verwirrt aber auch manchen Menschen, der so den Blick für den Zusammenhang aller politischen und wirtschaftlichen Dinge verliert. Es ist nicht mehr wie in der Vorkriegszeit, daß man zu einzelnen besonderen Fragen in aller Breite diskutieren konnte. Wer behauptet, daß früher allein Klassenkampf geführt wurde, der ignoriert, daß wir einen 14. September 1930 gehabt haben, der will nicht sehen, daß wir erst unlängst ein Harzburg und Braunschweig erlebten.

Die Arbeitskämpfe haben sich gegenüber der Vorkriegszeit verzehnfacht.

Ist nicht jeder tägliche Kampf des einzelnen Funktionärs, die Abwehr, die der Wohlfahrtspfleger ständig üben muß, ein deutliches Stück Klassenkampf.

Der Referent gibt nun in ausführlicher Weise eine Gegenüberstellung der politischen Vorkriegsverhältnisse und der heutigen Zuständen. Wenn man heute glaubt, daß fast alle Rechte des Arbeiters durch die letzten reaktionären Vorgänge verloren gegangen sind, so zeigt doch der Stand der Arbeiterklasse seit 1913, welch großer Unterschied immer noch zwischen damals und heute besteht. Was ist durch den Weltkrieg doch nicht alles vor sich gegangen? Vier Jahre lang hat sich Deutschland wirtschaftlich von der Weltwirtschaft abschließen müssen. Die Kriegsschulden Europas, das sind zum größten Teil die Milliarden, die zum Kauf von Produkten für die kriegführenden Länder verwendet werden mußten. Als man nach dem Ende des Krieges aus der Treibhausluft herauskam, war

die Wirtschaft der übrigen Welt zwangsweise industrialisiert

worden. Das sind Tatsachen, die man selbst durch die radikalsten Maßnahmen nicht ohne weiteres beseitigen kann.

Was hat die heutige junge Generation, die den Hauptbestandteil der heutigen extremen Parteien bildet, von der Zeit vor dem Kriege erlebt? 1,2 Millionen Wähler kommen jedes Jahr neu hinzu, das sind

Menschen, die 1911 geboren sind.

Wenn diesen jungen Menschen nun erzählt wird, daß man zu den reinen eindeutigen Formen des früheren Klassenkampfes zurückkehren solle, dann haben sie ein Phantasiebild, kennen aber selber nicht die Wirklichkeit. Sie sehen nicht, daß das Notgebäude der Republik auf einem Trümmerhaufen in größter Notzeit aufgerichtet werden mußte. Trotz Inflation, Kapp-Putsch und Kriegsschulden ist eine wohl noch unzureichende, aber doch immerhin eine Sozialgesetzgebung aufgebaut worden, wie sie kein Land der Erde aufzuweisen hat, für viele Länder ist dies noch fernste Zukunftshoffnung. Mit einem kühnen Sprung hat sich das Proletariat gleichberechtigt gemacht.

Was aber waren für Hemmnisse vorhanden gewesen?

Die eine Hand wurde uns durch den Bruder von links festgehalten, mit der anderen Hand mußte sich die Sozialdemokratie gegen die von Jahr zu Jahr immer stärker drohenden wirtschaftlichen Verhältnisse wenden.

Die Tagung in Harzburg hat vielen zeigen müssen, welche Gefahren drohen, wenn wir heute durch irgendwelche Weise eine Regierung dieser Leute ermöglichen. Die Debatten über eine Binnenland-Währung zeigten bereits die ersten Schatten einer Inflation. Ein Gelddruck, der die Zahlungsmittel verdoppelt, würde auch die Preise rasch verdoppeln, aber kein Schlag Arbeit würde erzielt werden. Uebrig bleiben würden die Arbeiter und Angestellten mit ihrem alten Lohn und Gehalt.

Die

Inflation ist stets nur ein Geschäft für Schuldner,

das Proletariat aber ist kein Schuldner, sondern Gläubiger im weitesten Maße. Es würde dann am meisten unter einer Inflation zu leiden haben.

In all ihrer politischen Haltung ist die Sozialdemokratie gezwungen, die großen Entwicklungslinien, die die Geschichte seit 1914 zeichnete, nicht zu übersehen. Durch die großen ökonomischen Umwälzungen haben sich im Laufe der Jahre politische Fronten gebildet, die wir nun nicht ohne weiteres ignorieren können. Die historische Stellung der Sozialdemokratie ist festgelegt, wir können diese Stellung nicht um vorübergehender Tageserfolge willen festlegen. Wir werden und müssen immer die gleichen bleiben.

Unser Weg ist nicht anders als früher.

Soll nun unser jahrelanger Kampf jäh unterbrochen werden, nur um eines sehr fragwürdigen Experimentes willen die anderen einmal ans Ruder kommen zu lassen. Wenn auch die heutige Form des Kampfes manches klare Bild ein wenig verwischt, die Sozialdemokratie wird jedenfalls das bleiben, was sie war, die Partei des Proletariats.

Da nach diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat keine Neigung zur Diskussion bestand, ergriffen lediglich noch Genossin Schaertl für die Arbeiterkinderfreunde und Genosse Herbert Löbe für die Jugend das Wort. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung daraufhin geschlossen.

Mieterfragen für Ladeninhaber

Der Verein des Breslauer Einzelhandels beschäftigte sich in seiner letzten, gutbesuchten Mitgliederversammlung in der „Börse" mit dem für den Einzelhändler wichtigen Thema der „Senkung der gewerblichen Mieten". Syndikus Dr. Rudolf Weißstein gab einleitend einen Ueberblick über die Entwicklung der Mieten für gewerbliche Räume seit der vor fünf Jahren erfolgten Lockerung der Zwangswirtschaft und stellte fest, daß sich die Prophezeiungen bewahrheitet haben, die beim Erlaß der Hirtsiefer-Verordnung laut wurden. Eine große Anzahl der seit dieser Zeit erfolgten Zusammenbrüche seien im wesentlichen auf die durch die Freigabe der Gewerberäume ermöglichten Uebersteigerungen der Mieten zurückzuführen gewesen. In längeren Ausführungen beschäftigte er sich sodann mit den Möglichkeiten, die dem Geschäftsmann offenstehen, eine Senkung übersteigerter Mieten durchzusetzen. Der sogenannte Wucherparagraph im Mieterschutzgesetz bedinge nach den Erfahrungen der Rechtsprechung nicht, daß in Streitfällen ein Mietsvertrag sofort nichtig werde. Die Hausbesitzerorganisationen haben im Jahre 1927 Richtlinien herausgegeben, wonach sie Friedensmiete und einen Zuschlag in der Spanne von 10 bis 40 % als angemessen bezeichneten. Wie weit sich die Mitglieder der Hausbesitzerverbände aber an diese Richtlinien gehalten haben, hat das Beispiel in der Stadt Chemnitz gelehrt, wo durch die Freigabe der gewerblichen Räume so unglaubliche Verhältnisse einrissen, daß die Lockerung wieder rückgängig gemacht werden mußte.

Der Referent ging dann in seinem Vortrage auf die Einzelheiten der Rechtsprechung und ihre Begründungen ein und besprach an Hand dieser Rechtspraxis die Wege, die dem Geschäftsmann offenstehen, wenn er sich überfordert glaubt. Eine zahlenmäßige Umreißung des Begriffes einer unangemessen hohen Miete sei aber nur von Fall zu Fall zu entscheiden, weil bei dieser Frage nicht von einem einheitlichen Schema ausgegangen werden kann, sondern die Berücksichtigung aller Verhältnisse erforderlich ist, die für die einzelnen gewerblichen Räume auch immer verschieden zu beurteilen sein werden. Da sich in letzter Zeit immerhin eine gewisse zahlenmäßige Umreißung des Begriffes „angemessene Miete" eingeführt hat, ging der Redner auch noch darauf ein und bezog sich dabei besonders auf die Breslauer Gerichtspraxis. Abschließend erörterte er sodann noch die gesetzgeberische Seite, die einen Abbau der Hauszinssteuer gebracht habe, der aber lediglich dem Vermieter zur Ablösung der erhöhten Zinsen und zu einer besseren Verzinsung des Eigenkapitals zugute komme.

Dem interessanten Vortrage folgte eine Aussprache, wobei verschiedene Fragen beantwortet wurden und Geschäftsführer Dr. Hirschfeld besonders auf die Tätigkeit des Vereins auf diesem Gebiete hinwies, der allein im letzten Jahre eine Revision von sechzig Mietsverträgen erwirkte. Die Vereinsmitglieder sollen sich deshalb in ihren Mietsfragen stets an die Geschäftsstelle wenden, ehe sie andere Schritte unternehmen.

Freitag, den 23. Oktober, 20 Uhr,
Gesellschaftshaus „Wratislawia", Mauritiusplatz:

Elternmitglieder-Versammlung

der Ortsgruppe Breslau der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde.

Redner:
Landes- u. Bezirksvorsitzender Genosse Hugo Müller-Striegau.
Thema:
Die Breslauer Ereignisse in der Kinderfreunde-Bewegung.
Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes.

Als Ausweis zum Eintritt in die Versammlung gilt das Elternmitgliedsbuch der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Ortsgruppe Breslau.

Gewerkschafter Breslaus!

Unsere Eigenbetriebe haben im Gewerkschaftshause eine interessante Ausstellung, die AWA. eingerichtet. Jeder Tag zählte tausende Besucher. Heute Donnerstag ist Schlußtag. Soweit keine Gelegenheit gegeben, erwarten wir, daß jeder Gewerkschafter mit seinen Angehörigen in der Zeit von 10 bis 21 Uhr die AWA. besichtigt. Sie ist interessant und aufschlußreich. Eintritt frei! Gratisverlosung namhafter Geschenke.

Ortsausschuß des ADGB.

„Einzelhandelshilfe"

Die Hilfsaktion des Breslauer Einzelhandels

Die am Dienstag tagende Mitgliederversammlung des Vereins des Breslauer Einzelhandels beschäftigte sich unter anderem auch sehr ausführlich mit der vom Vorstand einstimmig beschlossenen Hilfsaktion. Kaufmann Otto Schönfelder und Geschäftsführer Dr. Hirschfeld besprachen in längeren Ausführungen die eingeleiteten Schritte, durch die auch der Einzelhandel für seinen Teil zur Linderung der großen Not in Breslau beitragen will. Alle Mitglieder des Vereins sind entsprechend ihrem Personalstande eingeschätzt worden und sollen sich für die Dauer von vier Monaten verpflichten, ein Notopfer für die „Einzelhandelshilfe" abzuführen. Die Verteilung dieser Spende wird einer Wohlfahrtsstelle übertragen werden. Wie in der Versammlung noch erörtert wurde, lasse die Zahl der bereits eingegangenen Verpflichtungen erkennen, daß die Breslauer Geschäftswelt nach Kräften bemüht ist, zur Förderung dieser Notstandsaktion beizutragen.

Freidenker-Verband und SAP.

Von verschiedener Seite werden wir angefragt, ob die Breslauer Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes in engem Verhältnis zur neuen Spaltungspartei stehe. Es wurde vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß auch dort Frau Dueby spreche, ja daß erst durch die Freidenker-Versammlung die Frauenversammlung der SAP. ermöglicht wurde, daß überhaupt von leitender Stelle der Breslauer Ortsgruppe für die Spalter Partei in starkem Maße propagiert würde. Wenn ferner behauptet wird, daß stimmungsgemäß gegen die Bezirksleitung wie gegen den Hauptvorstand gearbeitet würde, so dürfte dies wohl in erster Linie Sorge dieser Instanzen sein, daß nicht irgendwelche Querkreibereien politischer Art im Freidenkerverband getrieben werden. Unsere Genossen, die im Freidenkerverband organisiert sind, weden gut tun, in nächster Zeit sich ein wenig um die Dinge in dieser Organisation zu kümmern.

Familie, Frau und Kirche

Darüber spricht morgen, Freitag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshause in einer öffentlichen Versammlung

Genossin Gertrud Dueby-Bo

Deutscher Freidenker-Verband Ortsgr. Breslau
Eintritt 30 Pf. u. Erwerbslose 10 Pf.

Ausschluß aus der Partei

Und die Wiederaufnahme

Die von uns abgesplitterte SAP. veröffentlicht in der „Fackel" ihr provisorisches Organisationsstatut. Beim Lesen fragt man sich unwillkürlich, warum auf eine Spaltung hingearbeitet wurde. Die Abgesplitterten wollen weiter demokratische Sozialisten sein und so unterscheidet sich ihr Organisationsstatut gar nicht wesentlich von dem unsrigen. Zudem wollen sie sich ja auf die gleichen Volksteile wie wir stützen. Da möchten sich doch alle Spalter zunächst einmal nachlesen, wer aus ihrer neugegründeten Partei ausgeschlossen wird und daran ermessen, ob die Rosenfeld und Seydewitz, die Eckstein und Ziegler nicht nach ihrem eigenen Programm mit Recht bei uns ausgeschlossen wurden.

Aus der SAP. ausgeschlossen wird nach dem provisorischen Organisationsstatut:

a) **Wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat.**

Kommt für unsere Betrachtungen nicht weiter in Frage, denn Seydewitz und Rosenfeld, Eckstein und Ziegler haben sich gegen unser Parteiprogramm nicht vergangen und sind deshalb auch nicht ausgeschlossen worden. Doch aus der SAP. wird nach ihrem Statut weiter ausgeschlossen:

b) **wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse des Parteitages oder seiner Parteiorgane das Parteiinteresse schädigt.**

Das gerade ist der Punkt, warum die Seydewitz und Rosenfeld, die Eckstein und Ziegler bei uns ausgeschlossen wurden. Und nun nehmen sie sogar eine Bestimmung in ihr Organisationsstatut auf, die ihren Ausschluß bei uns noch ganz besonders rechtfertigt. Wer nicht Disziplin hält, der fliegt. Es kann in einer demokratischen Partei gar nicht anders sein. Bleibt jetzt abzuwarten, wann die von uns abgesplitterten Disziplinbrecher ihre ersten eigenen Disziplinbrecher von sich abstoßen werden. Der Anfang damit scheint übrigens schon gemacht zu sein. Man braucht sich darüber auch gar nicht zu wundern, denn disziplinlose Leute können nirgends Disziplin halten.

Die SAP. will weiter ausschließen:

c) **wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.**

Dazu wollen wir nur bemerken, daß wir die beabsichtigte und von langer Hand erstrebte Parteispaltung keineswegs für eine besonders ehrenwerte Sache ansehen. Den Raub der Lassallefahne, die Besetzung von Jugendheimen, die unberechtigte Einkassierung von Parteibeiträgen und die Nichtablieferung des Geldes an unseren Kassierer auch nicht. Wenn es die Spalter ernst mit ihren Grundsätzen nehmen, dann müssen sie sich allesamt gegenseitig aus ihrer Partei ausschließen, denn Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen, das ist doch wohl die ehrloseste aller Handlungen.

Und zum Schluß soll aus der SAP. noch ausgeschlossen werden:

d) **wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt.**

Wir nehmen an, daß das eine Sicherung gegenüber der KPD. sein soll und empfehlen der SAP., auf Leute mit zwei Mitgliedsbüchern Obacht zu geben. Uns scheint das dort besonders nötig zu sein.

Für Wiederaufnahme in die Partei sind im Organisationsstatut der SAP. natürlich auch Bestimmungen enthalten. Wir möchten lieber allen Genossen, die unbedacht von uns mit abgesplittert sind, raten, recht bald wieder zu uns zurückzukommen, nachdem sie eingesehen haben werden, daß den Spaltern der erhoffte große Erfolg versagt geblieben ist.

50-Jahrfeier der Charlottenschule.

Die Charlottenschule begeht am 12. und 13. März 1932 ihre 50-Jahrfeier. Die ehemaligen Schülerinnen werden um ihre Adressen gebeten. Näheres siehe im heutigen Inserat.

Theater und Musik

Stadttheater

„Boccaccio" in Neuinszenierung

Daß Opernpremieren abnehmen, dafür Operetten-Aufführungen zunehmen, sei nur eine Feststellung und kein Vorwurf. Denn wenn es eben zur Zeit der Fall ist, und es ist nicht anders, daß Operetten das Haus füllen, Opern dagegen entvölkern, muß man eben aus der Not eine Tugend machen und mehr Operetten in den Spielplan einsetzen. Im Augenblick gibt es nur eine Frage: wie füllt das Stadttheater seine Kasse.

Im Anschluß an die vorjährige Ausgrabung von Suppés „Die große Unbekannte" wiesen wir hier schon auf das viel bedeutendere, ja im Grunde wertvollste Werk Suppés, seinen Boccaccio hin, jenes Standardwerk der Wiener Operette neben dem „Zigeunerbaron" und dem „Bettelstudent". Wir freuen uns nun, nach der schwachen „Unbekannten" dem „Boccaccio in Neuinszenierung zu begegnen. Die Wiedererweckung geschah mit gutem Erfolg, so daß sicher das Stück lange über unsere Bühne gehen wird. Das Textbuch von Zell und Genée ist in seinem Aufbau vollendet. Zürnende und lachende Parteien stehen sich gegenüber. Boccaccio steht im Mittelpunkt. Aber nicht so schlimm wie wir ihn aus seinem Novellenwerk, dem Decameron her kennen, sondern schicklicher und vielleicht auch menschlich sympathischer. Der Verliebte amüsiert uns, weil er immer geschickt den Schlingen, die ihm gelegt werden, entgeht, alle Hindernisse überwindet, um sein Ziel zu erreichen. Das Erotische ist gebannt und zurückbleibt nur eine tolle „Kautscherei". Eine ungeahnte Melodiefülle steckt in den Romanzen, Kanzonetten, Couplets und jeschen Walzerliedchen. Zehn Tonfilmmusiker könnten von den Einfällen Suppés ihr Leben lang zehren.

Hubert Franz hat die Meisteroperette nicht frei von kleinen Uebertreibungen ins Groteske unmittelbar und wirksam als komische Oper in Szene gesetzt. Von den annehmbaren Bühnenbildern Wolf Hochheims gefällt das zweite — in den Höfen von Lambertuccio und Lotteringhi — mit Fiesole im Hintergrund, recht gut. Der Partitur nimmt sich Hermann Wetzlar ganz sorgsam an. Ungenauigkeiten in der Begleitung der Solisten werden bei den kommenden Vorstellungen verschwinden und die Stärkegrade reduziert werden müssen. Der Boccaccio ist eine Hosenrolle, die Frau Darbow bezaubernd steht. Ihre gesangliche Leistung ist schwach. Es fehlt ihr ebenso an Stimme wie Fräulein Holland, die sich aber sonst im Spiel durchzusetzen verstand. Frau Böhlke ist zum Lispeln verurteilt, sie fand sich recht brav in ihr Geschick. Von allen lieben Leutchen auf der Bühne sang einwandfrei Augusta Boell; sie sah außerdem süß aus. Als lebendig frischer Student bleibt Gretel Hütter, als derbe Frau des Faßbinders Hertha Glatz zu erwähnen. Ein harmonischer Dreiklang die Herren Baron, Frim und Wilhelmi. Ihre Serenade im ersten Akt ist ein Glanzstück. Wilhelmi erhält im Schlußakt noch für ein Dutzend improvisierter Verse einen Sonderapplaus. Paul Schmidtmanns Pietro ist als Ganzes nur eine mäßige Leistung. Die übrigen Mitwirkenden geben ihr Bestes, Chor und Orchester eingerechnet.

p—k.

Wenn der Gashahn nicht richtig geschlossen wird

In seinem Zimmer wurde am Dienstag vormittag der in der Reuschestraße 13/14 als Untermieter wohnende Kellner Georg W. bewußtlos in seinem Bett aufgefunden. Gasgeruch, der aus dem Zimmer kam, hatte die Wohnungsinhaber veranlaßt, das Zimmer zu öffnen. W. war früh gegen 3 Uhr von seiner Arbeit nach Hause gekommen und hatte den Hahn der Lampe nicht richtig geschlossen, so daß zwar die Flamme verlöschte, aber immer noch genügend Gas ausströmte, um ihn zu betäuben. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo erfolgreiche Wiederbelebungsversuche angestellt wurden.

Ein Wohnungsdieb gestellt

Die Kriminalpolizei wurde dieser Tage durch eine Hausangestellte auf einen Mann aufmerksam gemacht, der in letzter Zeit als Zimmermieter auftrat, aber in Wirklichkeit lediglich an den in den besichtigten Wohnungen herumliegenden Portemonnaies und anderen wertvollen Dingen interessiert war. Er wurde von der Hausangestellten wiedererkannt, bei deren Arbeitgeber er auch vorgesprochen und geklaut hatte. Es handelt sich um den 40jährigen Ingenieur Hermann K. Bisher konnten ihm fünfzehn Diebstähle nachgewiesen werden, bei denen ihm eine Beute im Werte von 2000 Mark in die Hände gefallen war.

Der versuchte Raub auf die Kinokasse

Die Räuber, die am vergangenen Freitag im Durchgang von der Garten- nach der Schweidnitzer Straße die Angestellten eines Kinos anfielen und ihnen die Tageseinnahme des Kinos rauben wollten, aber schließlich flüchten mußten, sind ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um zwei junge Männer, die arbeitslos sind und ihr Vorhaben eingestanden haben. Ein dritter Komplize ist noch flüchtig.

Mysteriöser Selbstmord

Ein Unbekannter erschießt sich auf der Straße

Vor dem Hause Friedrich-Karl-Straße 19 fanden heute früh Straßenpassanten einen Mann auf dem Bürgersteig liegend, der tot war. Beim näheren Zusehen zeigte sich, daß der Tod durch einen Herzschuß herbeigeführt worden ist. Eine Waffe lag ebenfalls bei dem Toten. Die herbeigerufene Polizei bemühte sich, die Persönlichkeit des Toten festzustellen, doch wurde in den Kleidern nichts gefunden, was hätte Aufschluß geben können. Neben einer Stoppuhr und einem Meßband aus Stahl wurde in den Taschen nur noch eine Brieftasche gefunden, in der sich ein kleiner Zettel mit folgender Aufschrift befand:

Kurze Mitteilung an das Polizeipräsidium!

Teile mit, daß ich freiwillig aus dem Leben scheide und bitte keine Nachforschungen über meine Person anzustellen!

Der unter solch mysteriösen Umständen aus dem Leben Geschiedene ist etwa 25 bis 28 Jahre alt, trug gelbgrauen Trenchcoatmantel, blaugrauen Anzug, blaugestreiftes Oberhemd, grauen Hut und braune Halbschuhe.

Auch eine Betriebsversammlung

In einem Lokal in der Matthiasstraße kam es am Dienstag im Verlaufe einer Betriebsversammlung von Beschäftigten einer Firma zu einer Keilerei zwischen kommunistischen und naziotischen Betriebsangehörigen, so daß herbeigerufene Polizei eingreifen und drei Beteiligte der Abteilung I. A. zuführen mußte. Der Arbeitgeber wird sich über solche Belegschaftsversammlungen gewiß nicht ärgern.

Mitgliederversammlung der freigewerkschaftlichen Lehrer Breslaus

Am 19. Oktober dieses Jahres hielt die Ortsgruppe Breslau der AfLD. im Gewerkschaftshaus ihre Monatsversammlung ab. Es kann die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß der Gedanke einer freigewerkschaftlichen Orientierung in weiteren Kreisen der Lehrerschaft an Boden gewinnt. Davon zeugt die aufwärtssteigende Mitgliederzahl der Breslauer Ortsgruppe. In dem Bestreben, ihren Mitgliedern die verschiedensten Seiten gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vor Augen zu führen, hatte die AfLD. für diesen Abend den Kollegen Ruffert vom ADGB. zu einem Vortrag gewonnen. Er sprach über das zeitgemäße Thema: „Lösung von Machtfragen durch die Arbeitnehmerschaft", und zeigte in überaus anschaulicher Weise die Möglichkeiten der Arbeitnehmerschaft auf, zu ihrem Teil mit dazu beizutragen, die uns so schwer belastende Krise zu überwinden. Die sehr interessanten Ausführungen wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen und lieferten den Stoff zu einer angeregten Aussprache.

* * *

Die **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen** hielt am Sonnabend, den 17. Oktober eine Mitgliederversammlung ab, die überaus zahlreich besucht war. Es wurde einstimmig nachstehende Resolution gefaßt:

„Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Breslaus bleibt geschlossen in der SPD. und verurteilt die verhängnisvolle Spaltung in der Stunde der größten Gefahr."

Wie Stoffe entstehen

Die Firma Wertheim hat in ihrem Kleiderstofflager eine Miniaturweberei aufgestellt, in der in übersichtlicher Weise die Herstellung von Stoffen veranschaulicht wird.

Man sieht zunächst eine Spulerei mit Kett- und Schußspulmaschine. Hier wird das Garn von Wickeln auf breite Rollen aufgespult. In der nächsten Abteilung, der Schererei, werden die Garnrollen in ein großes Spulengatter eingesetzt, von dort durch das Riet einer Breitzettelmaschine gezogen, so daß die einzelnen Fäden nun nebeneinander liegen und auf eine Walze, den „Kettbaum", aufgebäumt werden. Die nun auf dem Kettbaum entstandenen Längsfäden, „die Kette", werden in einen Kamm eingesetzt. Jeder einzelne Faden wird hierbei mit der Hand durch eine Oese gezogen, damit bei der eigentlichen Webarbe richtige Fadenanordnung vorhanden ist. Im Webstuhl selb einigt das hin- und hersausende Schiffchen Längs- und fäden, Kette und Schuß genannt, und läßt so den fertigen entstehen.

Nicht weniger interessant sind die Vorführungen a in einem der Schaufenster aufgestellten Jacquard-Webstul dem gemusterte Stoffe hergestellt werden.

Obwohl die Maschinen dieser Weberei selbstverständlic verkleinerte Ausmaße aufweisen, gewähren sie doch einen sichtlichen Einblick in die Tätigkeit einer Weberei.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

In der „Stunde der Arbeit", der einzigen Vortragsveranstaltung des heutigen Donnerstag, die wir dem Arbeiterhörer rückhaltlos empfehlen können, wird um 18,55 Uhr Richard Hahn seinen zweiten Vortrag seines Zyklus „Das Verfahren in der Unfallversicherung" sprechen und sich mit dem Sonderfall der „Berufskrankheiten" auseinandersetzen. Kritisch hören wird er besonders die Rubrik „Das Buch des Tages", in der um 15,45 Uhr Dr. Emil Marx eine Reihe von Büchern besprechen wird, die sich mit der Geschichte des deutschen Ostlandes beschäftigen. Ferner um 18,30 Uhr den Vortrag von Gertrud Kurowski über Heinrich IV.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107–110
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—4 und 6—7 Uhr

Distrikt 45. Heute 20 Uhr bei Krause, Karlowitz, Frauenve Rednerin Genossin Toni Zimmer.

Distrikt 46. Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr, bei Mank Mochbern, Distriktsversammlung. Redner Genosse Steffen.

Distrikt 51. Heute 20 Uhr im „Gelben Löwen", Hundsfeld, versammlung. Redner Genosse Schiffer.

Sozialistische Schülerschaft

Am Freitag, den 23. Oktober, spricht Genosse Pung-Fai Mulden über chinesisches Schulwesen. Erscheinen ist Pflicht. Gäste

Sozialistische Arbeiterjugend

Für alle Gruppen. Freitag gehen wir zur Volksbühnenjugend Karten bei den Obleuten.

Morgenfeier. Sonntag vormittag 10 Uhr im Heiligen-Geist- Gad Lippmann spricht. Wir zeigen „Kampf um die Erde". kostenbeitrag.

Gruppe Klodnitzschule. Heute 19,30 Uhr Uebungsabend. Freita volksbühne. Sonntag Brettspiele.

Gruppe Paradiesstraße. Sonntag: „Zille und die Armen". vortrag.

Gruppe Gewerkschaftshaus. Sonntag 20 Uhr Lichtbildervortrag.

Freidenkerjugend

Gruppe Südost. Heute erste Stadtteilgruppenversammlung des 20 Uhr bei Schmidt, Hubenstraße 50.

Monistische Jugend

Heute Brettspielabend. Alles ist um ½20 Uhr im Heim.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 7 (Innere Stadt). Donnerstag von 17 bis 19 Uhr Liedernachmittag. Liederbücher mitbringen, Freitag 17 bis 19 Uhr gemeinschaft: Die Spaltung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Vortrupp und Jungbanner. Morgen 20 Uhr pünktlich zur Spre im Gewerkschaftshause. Texte sind mitzubringen.

Jungbanner Nord (Ebert). Wir beteiligen uns morgen Freit am Sprechchor im Gewerkschaftshause.

Vortrupp Ost. Heute Heimabend im Elisabethgymnasium. Mitgl und Beiträge sind mitzubringen.

Vortrupp Süd. Unser Heimabend fällt heute aus. Wir sind Fre Sprechchor im Gewerkschaftshaus.

Geschäftliches

Die bekannte Firma **Goldstein & Reitlig** — Inhaber Richard P Menzel — gegenüber der Magdalenenkirche, Spezialhaus für Her Damenkleiderstoffe, nimmt an der Volkshilfe für diesen Winter rege Es werden von der Firma vom 1. November 1931 ab bis 1. März 19 fünf erwerbslose Personen durch den Vaterländischen Frauenverein mit Mittagessen versorgt.

Einige unserer Leser stellten fest, daß sich unter den 8¼-Pf.- kein Erzeugnis der bekannten Bulgaria Zigaretten-Fabrik befindet. Da Von der „Bulgaria" hörten wir aber, daß sie schon seit Jahren die preiswerte Marke „Bulgaria-Stern" herstellt. Diese Sorte enthält — „Bulgaria"-Fabrikate — bulgarische Qualitäts-Tabake; dennoch kostet 4 Pf. Neuerdings gibt es auch 5-Stück-Packungen zu 20 Pf. Kluge die für wenig Geld trotzdem etwas Feines haben wollen, erkennen in „ Stern" die ideale Verkörperung von Qualität und wahrer Billigkeit.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kr

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Mit zum Teil heftigen Graupel- und Schneeböen sind maritim Kaltluftmassen in Mitteleuropa eingebrochen. Die Temperaturen i Flachlande auch tagsüber nur wenig über Null. Nachts kommt es allg Frost. Die Wetterlage scheint nur eine kurze Beruhigung zu erfahren Störungen der nächsten (54.) Zyklonenreihe von Grönland über Islan wärts vordringen.

Aussichten für das schlesische Flachland:
Abflauender nördlicher Wind, wechselnd bewölkt, besonders na kalt, vielfach Nachtfrost, zeitweise noch immer Schauer.

Aussichten für das schlesische Mittel- und Hochgebirge:
Starker, nur vorübergehend abnehmender nordwestlicher Wind, bewölkt, Schneeschauer, Frost.

Sonnenaufgang: 6,30 Uhr — Sonnenuntergang: 16,52 Uhr.

Wappenhof-Varieté

Im Wappenhof gastieren im zweiten Oktober-Prog Künstler eines seltener gewordenen Brettlfaches, deren Au als Glanzleistung bezeichnet werden kann. Walter B hardi stellt ganz hervorragend die Großmeister der Mus und charakterisiert sie zugleich in ihren Eigenarten als Dirig Ebenso meisterhaft gelingen ihm aber auch die anderen wie Gorki, Briand, Rembrandt, Blücher bis Hindenburg. endenwollender Beifall zwingt den Meister der Darstellung zu immer neuen Zugaben. Eine Kanone auf seinem Geb auch der Verwandlungskünstler Original-Leopoldi sich auf offener Bühne mit mustergültiger Technik und humo schem Einschlag immer neu verwandelt ohne großen Kostüm vorzunehmen. Was ein Baß-Virtuose aus seinem Instru herauszuholen vermag, das bringt Casanelli zu G Emmy Hansen zeigt neuartige Drahtseilkunst. Bei ih es sozusagen am laufenden Band, denn sie arbeitet auf über Rollen gespannten Seil, das durch Motorantrieb in wegung gesetzt wird. Ernst Walter und die bereits vorigen Programm aufgetretene Tante Lene besorgen humoristischen Teil mit anerkennenswertem Geschick und Leopold Büron versteht es, als Musikclown die Lacher seine Seite zu bringen. Das Ernesty-Trio jongliert Strohhüten und Low and Rtcz warten mit einer mimi Parodie auf die Akrobatik auf, während Ellen Eugin Lilly Barina ihren Beifall ertanzen. Karl Wapp und das Wappenhof-Orchester sorgen wie immer für die sprechende musikalische Umrahmung des Programms.

Lichtbildervortrag über „Erste Hilfe bei Unfällen".

In der Aula der Brockauer Schule veranstalte Kolonne Breslau des Arbeiter-Samariter-Bundes am Fre um 20 Uhr, einen Lichtbildervortrag über das Thema „Erste bei Unfällen". Der Vortrag wird Fingerzeige über prak Hilfeleistungen bei Unfällen vermitteln und dem Besucher Augen führen, wie wichtig es ist, sich auf diesem Gebiete reichend zu unterrichten. Der Eintritt zu dem Vortrag ist

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages ist folgen Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chloro Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt), bürsten Sie Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mißfarb Zahnbelag ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zu Lassen Sie sich keine billige Ware aufreden, denn für das Edelste was besitzen, die Zähne, ist das Beste gerade gut genug.

A.-Mann zum Tode verurteilt

Mördermoral mit Hakenkreuzgesinnung – Die Braut schreibt: „Mein lieber süßer Mörder –"

Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Glogau wurde gestern der 23jährige Autoschlosser und S.A.-Mann Edmund Thomas aus Karf bei Beuthen OS. wegen des gemeinen Raubüberfalles im fahrenden Auto auf den Reisenden Walter aus Oels am 24. April dieses Jahres, zum Tode, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

er Angeklagte Thomas blieb sowohl während der Haupt- ung als auch während der Voruntersuchung bei der tung, er habe Walter zunächst nur angeschossen, weil dieser obersten Führer Hitler" als Idioten und dessen Anhänger natiker bezeichnet hätte. Die anderen drei Schüsse habe nur aus „Mitleid", also sozusagen als Fangschüsse, ab-

er Oberstaatsanwalt bezeichnete den Angeklagten en modernen Wegelagerer. Die Beweisaufnahme hätte eutig gezeigt, daß es sich um einen gemeinen Raub- handelte. Die Waffe zu der Tat habe er sich **von einem S.A.-Mann beschafft.** Es scheine aber festzustehen, daß its im Vorjahre einmal im Besitz einer Waffe gewesen ist. Bezeichnend für die „teutsche" Treue, die in diesen Kreisen gepflegt wird, sei ein Brief der Verlobten des Angeklagten, in dem diese ihn mit den Worten: **„Mein lieber süßer Mörder!"** anspricht. Sie brachte ihn auch darauf, daß er gar keinen Mord, sondern nur einen Totschlag begangen habe. Der sonst so „mutige" und die Zeugen alle des Meineids bezichtigende Angeklagte, der wahrscheinlich nebst den anderen S.A.-Mannen wiederholt erklärte, bereit zu sein, **für das dritte Reich Hitlers** zu sterben, hatte nach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts nur den einen Wunsch, nicht sterben zu brauchen oder wie er sich ausdrückte: „Ich möchte nicht tot werden!"

In der Urteilsbegründung wurde der Angeklagte als ein feiger Raubmörder bezeichnet, der einen ehrenwerten und unbewaffneten Menschen hinterrücks niedergeschossen hatte, der ihn dann, als er bat, ihn ins Krankenhaus zu bringen, die sogenannten Fangschüsse versetzte. Selbst der Verteidiger mußte zugeben, daß die Tat gemein war und mildernde Umstände deshalb zu versagen wären. Er plädierte lediglich auf Totschlag. Und dieser, einen anderen Menschen kaltblütig niederknallende aber um sein eigenes Leben zitternde „Held" gehörte zu der Schutzgarde Adolf Hitlers, daran ändern auch nichts die Aussagen der anderen S.A.-Leute, daß damals gegen Th. bereits ein Ausschlußverfahren „geschwebt habe".

ebervölkischer Volksstaat

gegen „Ausrottung der Seele"

e Front des geistigen Katholizismus hat am vergangenen g, während Herr Hitler die Parade über seine Söldner- in Braunschweig abnahm, in Gleiwitz sich die einer neuen katholischen Gesellschaftslehre geschmiedet, hofft im Kampfe um die Seele des Menschen im 20. Jahr- t nutzbringend verwenden zu können. Zwischen der ottung des Volksgeistes" im Faschismus und Ausrottung der Seele" durch den Bolschewismus die **Reichstagung katholischer Akademiker** in der östlichen rg des Katholizismus ihren geistigen Ort festlegen. Im e gegen die „Ersatzreligionen des 19. Jahrhunderts", den ismus und den Sozialismus, die „den Glauben an die ht der Wirtschaften erfunden" haben, sollte das wehrhafte des streitbaren Katholizismus mit allen Vorzügen einer enen Weltanschauung befestigt werden.

* * *

Man fühlt drüben im katholischen Lager scheinbar aus ast einer politischen Verantwortung für das ärtige Deutschland so etwas wie eine geistige Verant- g wachsen für das Schicksal der im Taumel moderner und Zivilisation, im Tempo politischen Betriebes n Seelen. „Im allertiefsten Grunde ist diese Krise nicht er Wirtschaft bedingt", sagte deshalb der Professor pf-Bonn dort in Gleiwitz, „sondern sie ist eine geistige, ngeheure Vertrauenskrise." Und der Katholizis- er zeigt zwar nicht das Ziel einer planvoll erschauten en Wirtschaftseinheit — „Zurückeroberung der schaft für den Menschen" formuliert es etwas blaß Haase-Breslau — er ist gegen Klassenkampf und Macht- anderseßungen, er will **„den übervölkischen Volksstaat mit rneuerung der Volksgemeinschaft"**, er ist national genug, Erziehung zu deutscher Sitte, Ehre und christlicher nigkeit" gegen heutige Volksnot zu empfehlen, er sieht letzten Endes nur einen Ausweg aus der Krise, die dervereinigung aller Christen in der wahren e Christi", die derselbe Professor Dempf fordert.

Das ist nun aber in doppelter Hinsicht recht interessant. l. weil hiermit die katholische Kirche sich für die alternde ländische Kultur Europas als Konservator nicht nur des iedens, der angeblich allein aus der „Völkerfamilie der enheit" erwachsen kann, sondern auch des rassischen Erb- „nationalen Deutschtums" empfiehlt. Weil sie glaubt, mpfe mit den Verbalhornungen der christlichen Uridee, e sie in ihrer dogmatischen Intoleranz alle Ideenströme licher und vorbürgerlicher Abkunft ausgibt, den igen lebendigen anpassungsfähigen Faktor darzustellen, eute noch imstande ist, das Weltbild der christlichen hen des Abendlandes hinüberzuretten in die neue Zeit, er sie sich zwar keine Vorstellungen macht, die sie aber em Widerspiel der sozialistischen und der nationalistischen kommen sieht. Zum andern aber — und das ist für die olitischen Auseinandersetzungen zwischen den Kirchen heute ezeichnend — weil mit den Worten Prof. Dempfs das der Vertrauenskrise recht eigentlich erst aus der Zer- ung der Einheit der Kirche entstanden ist. „Die nach der gung der Glaubenseinheit einsetzende Konkurrenz der ntnisse erlaubte erst dem Staate, seinen Anspruch auf ränität zu erheben", sie brachte in der französischen ution dann die Souveränität der Idee und damit den en Leerlauf der letzten Jahrhunderte". Also, in einfaches h übersetzt: Die Evangelischen werden hier von der che als Spalter denunziert, die alles kommende Unheil, iberalismus und den Sozialismus, wahrscheinlich auch den alismus und die Wirtschaftskrise verschuldet haben. Recht n fürwahr, recht seltsam!

Die Reden, die am Sonntag in Gleiwitz gehalten wurden, ipielten alle darin, verantwortlich zu machen für das eschick gesellschaftlicher Kämpfe, sozialer Spannungen, rischer Auseinandersetzungen in den letzten Jahrhunderten, Abirrung des Machtgedankens, die Loslösung des Geistes den sittlichen Fesseln der katholischen Gottesidee. Macht Geist, so tönt es aus Gleiwitz, sie sind allein mächtig, die schaftlichen **Probleme der Zeit** zu lösen, wenn sie stehen dem Mysterium der göttlichen Gnade. Macht und Geist aus den sozialen Spannungen der modernen Klassen- pfe zu rein weltlicher Wirklichkeit im Sozialismus neu den: sie repräsentieren den Antichrist, der den Bindungen strebt, die wir Völkern und Zeiten auferlegen wollen. firmierte in Gleiwitz zwar „Katholisches Volkstum wehrt Bolschewismus — in hoc signo vinces!" (In diesem en wirst du siegen.) Wir werden uns aber überlegen n, ob dieser Weg, den der Katholizismus hier, vielleicht politischen Gründen, zunächst gegen den Bolschewismus aushebt, dessen Menschenbildnerei wir gewiß nicht verteidigen wollen — ob dieser Weg nicht letzten Endes **gegen die Geistes- welt des Sozialismus** überhaupt vorangetrieben werden soll.

Merkwürdig, wie wenig sozialen Instinkt, die in der Geschichte sonst so lebenssichere katholische Kirche damit heute beweist. Sie fühlt sich unsicher und bedroht von der „Ausrottung der Seele", von der „Herrschaft des Kollektivs" und will scheinbar die gewaltigen Kräfte neuer Gemeinschaftsgesinnung nicht spüren, die heute den alten Bau der Welt ins Wanken bringen. Sie will den Sozialismus übersehen, indem sie ihn in der Form des Bolschewismus bekämpft. Ob man nicht diesmal drüben den Anschluß an die Geschichte verpaßt?

S.

Kutisker jr. verhaftet

Er wollte weiter „zwangsversteigern"

Max Kutisker und seine Kollegen, gegen die das Amtsgericht Neusalz den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt hat, erschienen am Sonnabend in einem eleganten Mercedes-Wagen, der wiederum mit Teppichen angefüllt war, in Glogau, um auch hier eine „Zwangsversteigerung" von Teppichen vorzunehmen. Die Glogauer Polizei nahm jedoch alle vier Komplizen fest.

Das Amtsgericht Glogau hat im Anschluß hieran gegen Kutisker, den Kaufmann Adolf Steiner, den Kaufmann Eric Bogusch und den Kraftwagenführer Suldom Haftbefehle wegen Betruges, Gewerbevergehens und unlauteren Wettbewerbs erlassen. Gegen Kutisker und Genossen sind überdies bei der Glogauer Staatsanwaltschaft Anzeigen von zahlreichen anderen Staatsanwaltschaften eingegangen.

KPD. wird schwarz-rot-golden

Seltsame Gehirnwindungen in der A.Z.

In der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" wird einleitend im Leitartikel in Zusammenhang mit den Braunschweiger Vorgängen gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen, die natürlich an allem schuld ist, im Provinzteil hingegen plötzlich eine „rote Einheitsfront" von Kommunisten und Reichsbanner propagiert. Mit der Begründung hapert es allerdings. Nachdem man die Volkswacht-Berichte über den Nazisturm auf das Liegnitzer Volkshaus etwas umredigiert hat, wird da bemerkt, die Severing-Polizei versage zwar immer und nur die Arbeiterschaft könne sich helfen, könne einig und geschlossen selbst ihre Verkehrslokale, Volkshäuser und Druckereien schützen; deshalb rote Einheitsfront von Kommunisten und Reichsbanner.

Wir stellen fest, daß also selbst nach Ansicht der Kommunisten eine sozialdemokratische Zeitung und ein nichtkommunistisch geleitetes Volkshaus schützenswertes Gut der Arbeiterschaft darstellt. Die Einheitsfront dürfte allerdings nach den bisherigen Erfahrungen ein frommer Wunsch bleiben, zudem der Artikelschreiber sicher schon seinen Rüffel für diese schwarz-rot-goldene Abweichung weg hat.

Selbst gerichtet

An einem See in der Umgebung Berlins wurde die Leiche des Werkmeisters Bochow aus Hirschberg aufgefunden, der, wie wir schon berichteten, seine Lebensgefährtin und sein Kind ermordet hatte, weil ihm die Scheidung von seiner ersten Frau nicht möglich gewesen war.

Oderdurchstich versandet

Bei der Einfahrt in den Glogauer Oderdurchstich haben sich starke Sandablagerungen gebildet, die die Schiffahrt außerordentlich erschweren. Die Versandungen erstrecken sich über eine Strecke von etwa 100 Metern und sind offenbar darauf zurückzuführen, daß bei der Umleitung des Stromes in das neue Flußbett der alte Oderarm durch den Abriegelungsdamm nicht rechtzeitig geschlossen werden konnte. Die Strömung hat daher ungeheure Sandmassen in den neuen Arm gespült. Die Arbeiten bei der Anschüttung des Dammes wurden damals dadurch empfindlich gestört, daß Hochwasser eintrat, das zur Einstellung der Dammanschüttung zwang. Die Versandungen beim Oderdurchstich sind so groß, daß Fahrzeuge mit einem Tiefgang von 1,50 Meter nicht über die versandete Strecke hinwegkommen können.

Verzweifelte Jugend

Arbeitslosigkeit treibt in den Tod

Nachts entfernte sich in Seifersdorf die siebzehnjährige Tochter des Besitzers Paul Böttcher. Das Mädchen hinterließ einen Brief, daß es seinen Eltern nicht länger zur Last fallen wolle und aus Verzweiflung über seine lange Arbeitslosigkeit den Tod suche. Hierauf warf sich das Mädchen auf der Strecke Jeschkendorf—Liegnitz vor einen Zug, vor der der Streckenwärter dann die völlig zerstümmelte Leiche auffand.

Wilderer-Drama an der Grenze

Der Revierförster Heite aus Birkenhorst, Kreis Rosenberg OS., stellte auf seinem Rundgang durch die Vicrauer Forsten an der polnischen Grenze zwei ihm unbekannte Männer, die sofort mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Der Förster setzte sich zur Wehr und es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht, in dessen Verlauf einer der Wilderer durch einen Kopfschuß getötet wurde. Der andere Raubschütze konnte entkommen.

Der Erschossene ist in der Umgegend nicht bekannt; er scheint in Polen wohnhaft zu sein. Bei dem Erschossenen wurden neben der Waffe, einem deutschen Karabiner Modell 98, noch sieben Patronen vorgefunden.

Maluschütz, Kr. Trebnitz. Im Brunnen ertrunken. Der Wirtschafter Henel von hier war frühmorgens zum Brunnen gegangen, um Wasser zu holen. Beim zweiten Gang kehrte er nicht mehr in die Wohnung zurück. Als ihn seine Frau suchte, fand sie ihn im Brunnen liegend vor. Henel ist anscheinend beim Wasserschöpfen ohnmächtig geworden und in den Brunnen gestürzt, aus dem er sich nicht mehr befreien konnte.

Kattowitz. Der Presse-Maulkorb. Die „Polonia" ist, da sie sich mit den neuen Finanzplänen der Regierung und der Organisation des Finanzministeriums beschäftigt, beschlagnahmt worden.

Frische Nerven — neue Spannkraft.

Im Tageslauf des modernen Menschen werden die Nerven auf eine harte Probe gestellt – nur zu oft droht Ermattung! In solchen Augenblicken vermag die köstliche "4711" unschätzbare Dienste zu leisten. Sie wirkt beginnender Ermüdung entgegen, herrlich belebt ihr feiner, würziger Duft. Wer in Beruf und Gesellschaft, beim Sport und auf Reisen stets frisch und angeregt sein will, erquicke sich öfters mit der echten "4711". – Von gleicher Kraft und Wirkung sind die erlesenen "4711" Kölnisch Wasser-Erzeugnisse, die – wie alle Schöpfungen des Welthauses "4711" – das Zeichen "4711" als Merkmal der Echtheit und hervorragenden Güte tragen.

No 4711. Echt Kölnisch Wasser

147

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Ein Irrtum
ist es, wenn Sie annehmen,
die kleine Anzeige
habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Presse Erfolg.
257 Offerten
gingen im April 1931 auf eine kleine Anzeige
in der Volkswacht
ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist
Ihr Vorteil!

Familie, Frau und Kirche

Darüber spricht morgen, Freitag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshause in einer öffentlichen Versammlung

Genossin Gertrud Dueby-Berr

Deutscher Freidenker-Verband Ortsgr. Breslau
Eintritt 20 Pf. :: Erwerbslose 10 Pf.

Ausschluß aus der Partei

Und die Wiederaufnahme

Die von uns abgesplitterte SAP. veröffentlicht in der „Fackel" ihr provisorisches Organisationsstatut. Beim Lesen fragt man sich unwillkürlich, warum auf eine Spaltung hingearbeitet wurde. Die Abgesplitterten wollen weiter demokratische Sozialisten sein und so unterscheidet sich ihr Organisationsstatut gar nicht wesentlich von dem unsrigen. Zudem wollen sie sich ja auf die gleichen Volksteile wie wir stützen. Da möchten sich doch alle Spalter zunächst einmal nachlesen, wer aus ihrer neugegründeten Partei ausgeschlossen wird und daran ermessen, ob die Rosenfeld und Seydewitz, die Eckstein und Ziegler nicht nach ihrem eigenen Programm mit Recht bei uns ausgeschlossen wurden.

Aus der SAP. ausgeschlossen wird nach dem provisorischen Organisationsstatut:

a) **Wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat.**

Kommt für unsere Betrachtungen nicht weiter in Frage, denn Seydewitz und Rosenfeld, Eckstein und Ziegler haben sich gegen unser Parteiprogramm nicht vergangen und sind deshalb auch nicht ausgeschlossen worden. Doch aus der SAP. wird nach ihrem Statut weiter ausgeschlossen:

b) **wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse des Parteitages oder seiner Parteiorgane das Parteiinteresse schädigt.**

Das gerade ist der Punkt, warum die Seydewitz und Rosenfeld, die Eckstein und Ziegler bei uns ausgeschlossen wurden. Und nun nehmen sie sogar eine Bestimmung in ihr Organisationsstatut auf, die ihren Ausschluß bei uns noch ganz besonders rechtfertigt. Wer nicht Disziplin hält, der fliegt. Es kann in einer demokratischen Partei gar nicht anders sein. Bleibt jetzt abzuwarten, wann die von uns abgesplitterten Disziplinbrecher ihre ersten eigenen Disziplinbrecher von sich abstoßen werden. Der Anfang damit scheint übrigens schon gemacht zu sein. Man braucht sich darüber auch gar nicht zu wundern, denn disziplinlose Leute können nirgends Disziplin halten.

Die SAP. will weiter ausschließen:

c) **wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.**

Dazu wollen wir nur bemerken, daß wir die beabsichtigte und von langer Hand erstrebte Parteispaltung keineswegs für eine besonders ehrenwerte Sache ansehen. Den Raub der Lassallefahne, die Besetzung von Jugendheimen, die unberechtigte Einkassierung von Parteibeiträgen und die Nichtablieferung des Geldes an unseren Kassierer auch nicht. Wenn es die Spalter ernst mit ihren Grundsätzen nehmen, dann müssen sie sich allesamt gegenseitig aus ihrer Partei ausschließen, denn Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen, das ist doch wohl die ehrloseste aller Handlungen.

Und zum Schluß soll aus der SAP. noch ausgeschlossen werden:

d) **wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt.**

Wir nehmen an, daß das eine Sicherung gegenüber der KPD. sein soll und empfehlen der SAP., auf Leute mit zwei Mitgliedsbüchern Obacht zu geben. Uns scheint das dort besonders nötig zu sein.

Für Wiederaufnahme in die Partei sind im Organisationsstatut der SAP. natürlich auch Bestimmungen enthalten. Wir möchten lieber allen Genossen, die unbedacht von uns mit abgesplittert sind, raten, recht bald wieder zu uns zurückzukommen, nachdem sie eingesehen haben werden, daß den Spaltern der erhoffte große Erfolg versagt geblieben ist.

50-Jahrfeier der Charlotteuschule.

Die Charlottenschule begeht am 12. und 13. März 1932 ihre 50-Jahrfeier. Die ehemaligen Schülerinnen werden um ihre Adressen gebeten. Näheres siehe im heutigen Inserat.

Theater und Musik

Stadttheater

„Boccaccio" in Neuinszenierung

Daß Opernpremieren abnehmen, dafür Operetten-Aufführungen zunehmen, sei nur eine Feststellung und kein Vorwurf. Denn wenn es eben zur Zeit der Fall ist, und es ist nicht anders, daß Operetten das Haus füllen, Opern dagegen entvölkern, muß man eben aus der Not eine Tugend machen und mehr Operetten in den Spielplan einsetzen. Im Augenblick gibt es nur eine Frage: wie füllt das Stadttheater seine Kasse.

Im Anschluß an die vorjährige Ausgrabung von Suppés „Die große Unbekannte" wiesen wir hier schon auf das viel bedeutendere, ja im Grunde wertvollste Werk Suppés, seinen Boccaccio hin, jenes Standardwerk der Wiener Operette neben dem „Zigeunerbaron" und dem „Bettelstudent". Wir freuen uns nun, nach der schwachen „Unbekannten" dem „Boccaccio in Neuinszenierung zu begegnen. Die Wiedererweckung geschah mit gutem Erfolg, so daß sicher das Stück lange über unsere Bühne gehen wird. Das Textbuch von Zell und Genée ist in seinem Aufbau vollendet. Zürnende und lachende Parteien stehen sich gegenüber. Boccaccio steht im Mittelpunkt. Aber nicht so schlimm wie wir ihn aus seinem Novellenwerk, dem Decameron her kennen, sondern schicklicher und vielleicht auch menschlich sympathischer. Der Verliebte amüsiert uns, weil er immer geschickt den Schlingen, die ihm gelegt werden, entgeht, alle Hindernisse überwindet, um sein Ziel zu erreichen. Das Erotische ist gebannt und zurückbleibt nur eine tolle „Knutscherei". Eine ungeahnte Melodienfülle steckt in den Romanzen, Kanzonetten, Couplets und feschen Walzerliedchen. Zehn Tonfilmmusiker könnten von den Einfällen Suppés ihr Leben lang zehren.

Hubert Franz hat die Meisteroperette nicht frei von kleinen Uebertreibungen ins Groteske unmittelbar und wirksam als komische Oper in Szene gesetzt. Von den annehmbaren Bühnenbildern Wolf Hochheims gefällt das zweite — in den Höfen von Lambertuccio und Lotteringhi — mit Fiesole im Hintergrund, recht gut. Der Partitur nimmt sich Hermann Weßlar ganz sorgsam an. Ungenauigkeiten in der Begleitung der Solisten werden bei den kommenden Vorstellungen verschwinden und die Stärkegrade reduziert werden müssen. Der Boccaccio ist eine Hosenrolle, die Frau Darbow bezaubernd steht. Ihre gesangliche Leistung ist schwach. Es fehlt ihr ebenso an Stimme wie Fräulein Holland, die sich aber sonst im Spiel durchzusetzen verstand. Frau Böhlke ist zum Lispeln verurteilt, sie fand sich recht brav in ihr Geschick. Von allen lieben Leuchen auf der Bühne sang einwandfrei Augusta Poell; sie sah außerdem süß aus. Als lebendig frischer Student bleibt Gretel Hütter, als derbe Frau des Faßbinders Hertha Glaß zu erwähnen. Ein harmonischer Dreiklang die Herren Baron, Frim und Wilhelmi. Ihre Serenade im ersten Akt ist ein Glanzstück. Wilhelmi erhält im Schlußakt noch für sein Dutzend improvisierter Verse einen Sonderapplaus. Paul Schmidtmanns Pietro ist als Ganzes nur eine mäßige Leistung. Die übrigen Mitwirkenden geben ihr Bestes. Chor und Orchester eingerechnet.

p—l.

Wenn der Gashahn nicht richtig geschlossen wird

In seinem Zimmer wurde am Dienstag vormittag der in der Reuschestraße 13/14 als Untermieter wohnende Kellner Georg W. bewußtlos in seinem Bett aufgefunden. Gasgeruch, der aus dem Zimmer kam, hatte die Wohnungsinhaber veranlaßt, das Zimmer zu öffnen. W. war früh gegen 3 Uhr von seiner Arbeit nach Hause gekommen und hatte den Hahn der Lampe nicht richtig geschlossen, so daß zwar die Flamme verlöschte, aber immer noch genügend Gas ausströmte, um ihn zu betäuben. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo erfolgreiche Wiederbelebungsversuche angestellt wurden.

Ein Wohnungsdieb gestellt

Die Kriminalpolizei wurde dieser Tage durch eine Hausangestellte auf einen Mann aufmerksam gemacht, der in letzter Zeit als Zimmermieter auftrat, aber in Wirklichkeit lediglich an den in den besichtigten Wohnungen herumliegenden Portemonnaies und anderen wertvollen Dingen interessiert war. Er wurde von der Hausangestellten wiedererkannt, bei deren Arbeitgeber er auch vorgesprochen und geklaut hatte. Es handelt sich um den 40jährigen Ingenieur Hermann K. Bisher konnten ihm fünfzehn Diebstähle nachgewiesen werden, bei denen ihm eine Beute im Werte von 2000 Mark in die Hände gefallen war.

Der versuchte Raub auf die Kinokasse

Die Räuber, die am vergangenen Freitag im Durchgang von der Garten- nach der Schweidnitzer Straße die Angestellten eines Kinos anfielen und ihnen die Tageseinnahme des Kinos rauben wollten, aber schließlich flüchten mußten, sind ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um zwei junge Männer, die arbeitslos sind und ihr Vorhaben eingestanden haben. Ein dritter Komplize ist noch flüchtig.

Mysteriöser Selbstmord

Ein Unbekannter erschießt sich auf der Straße

Vor dem Hause Friedrich-Karl-Straße 19 fanden heute früh Straßenpassanten einen Mann auf dem Bürgersteig liegend, der tot war. Beim näheren Zusehen zeigte sich, daß der Tod durch einen Herzschuß herbeigeführt worden ist. Eine Waffe lag ebenfalls bei dem Toten. Die herbeigerufene Polizei bemühte sich, die Persönlichkeit des Toten festzustellen, doch wurde in den Kleidern nichts gefunden, was hätte Aufschluß geben können. Neben einer Stoppuhr und einem Meßband aus Stahl wurde in den Taschen nur noch eine Brieftasche gefunden, in der sich ein kleiner Zettel mit folgender Aufschrift befand:

Kurze Mitteilung an das Polizeipräsidium!

Teile mit, daß ich freiwillig aus dem Leben scheide und bitte keine Nachforschungen über meine Person anzustellen!

Der unter solch mysteriösen Umständen aus dem Leben Geschiedene ist etwa 25 bis 28 Jahre alt, trug gelbgrauen Trenchcoatmantel, blaugrauen Anzug, blaugestreiftes Oberhemd, grauen Hut und braune Halbschuhe.

Auch eine Betriebsversammlung

In einem Lokal in der Matthiasstraße kam es am Dienstag im Verlaufe einer Betriebsversammlung von Beschäftigten einer Firma zu einer Keilerei zwischen kommunistischen und nazistischen Betriebsangehörigen, so daß herbeigerufene Polizei eingreifen und drei Beteiligte der Abteilung I. A. zuführen mußte. Der Arbeitgeber wird sich über solche Belegschaftsversammlungen gewiß nicht ärgern.

Mitgliederversammlung der freigewerkschaftlichen Lehrer Breslaus

Am 19. Oktober dieses Jahres hielt die Ortsgruppe Breslau der AfLD. im Gewerkschaftshaus ihre Monatsversammlung ab. Es kann die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß der Gedanke einer freigewerkschaftlichen Orientierung in weiteren Kreisen der Lehrerschaft an Boden gewinnt. Davon zeugt die aufwärtssteigende Mitgliederzahl der Breslauer Ortsgruppe. In dem Bestreben, ihren Mitgliedern die verschiedensten Seiten gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vor Augen zu führen, hatte die AfLD. für diesen Abend den Kollegen Ruffert vom ADGB. zu einem Vortrag gewonnen. Er sprach über das zeitgemäße Thema: „Lösung von Machtfragen durch die Arbeitnehmerschaft", und zeigte in überaus anschaulicher Weise die Möglichkeiten der Arbeitnehmerschaft auf, zu ihrem Teil mit dazu beizutragen, die uns so schwer belastende Krise zu überwinden. Die sehr interessanten Ausführungen wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen und lieferten den Stoff zu einer angeregten Aussprache.

* * *

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen hielt am Sonnabend, den 17. Oktober eine Mitgliederversammlung ab, die überaus zahlreich besucht war. Es wurde einstimmig nachstehende Resolution gefaßt:

„Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Breslaus bleibt geschlossen in der SPD. und verurteilt die verhängnisvolle Spaltung in der Stunde der größten Gefahr."

Wie Stoffe entstehen

Die Firma Wertheim hat in ihrem Kleiderstofflager eine Miniaturweberei aufgestellt, in der in übersichtlicher Weise die Herstellung von Stoffen veranschaulicht wird.

Man sieht zunächst eine Spulerei mit Kett- und Schußzipulmaschine. Hier wird das Garn von Wickeln auf breite Rollen aufgespult. In der nächsten Abteilung, der Schererei, werden die Garnrollen in ein großes Spulengatter eingesetzt, von dort durch das Ried einer Breitzettelmaschine gezogen, so daß die einzelnen Fäden nun nebeneinander liegen und auf eine Walze, den „Kettbaum", aufgebäumt werden. Die nun auf dem Kettbaum entstandenen Längsfäden, „die Kette", werden in einen Kamm eingesetzt. Jeder einzelne Faden wird hierbei mit der Hand durch eine Oese gezogen, damit bei der eigentlichen Webarbeit die richtige Fadenanordnung vorhanden ist. Im Webstuhl selbst vereinigt das hin- und hersausende Schiffchen Längs- und Querfäden, Kette und Schuß genannt, und läßt so den fertigen Stoff entstehen.

Nicht weniger interessant sind die Vorführungen an dem in einem der Schaufenster aufgestellten Jacquard-Webstuhl, an dem gemusterte Stoffe hergestellt werden.

Obwohl die Maschinen dieser Weberei selbstverständlich stark verkleinerte Ausmaße aufweisen, gewähren sie doch einen übersichtlichen Einblick in die Tätigkeit einer Weberei.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

In der „Stunde der Arbeit", der einzigen Vortragsveranstaltung des heutigen Donnerstag, die wir dem Arbeiterhörer rückhaltlos empfehlen können, wird um 18,55 Uhr Richard Hahn seinen zweiten Vortrag seines Zyklus „Das Verfahren in der Unfallversicherung" sprechen und sich mit dem Sonderfall der „Berufskrankheiten" auseinandersetzen. Kritisch hören wird er besonders die Rubrik „Das Buch des Tages", in der um 15,45 Uhr Dr. Emil Marx eine Reihe von Büchern besprechen wird, die sich mit der Geschichte des deutschen Ostlandes beschäftigen. Ferner um 18,30 Uhr den Vortrag von Gertrud Kurowski über Heinrich IV.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—4 und 6—7 Uhr.

Distrikt 45. Heute 20 Uhr bei Krause, Karlowitz, Frauenversammlung. Rednerin Genossin Toni Zimmer.

Distrikt 46. Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr, bei Mandle, Kle Mochbern, Distriktsversammlung. Redner Genosse Steffen.

Distrikt 51. Heute 20 Uhr im „Gelben Löwen", Hundsfeld, Distrik versammlung. Redner Genosse Schiffer.

Sozialistische Schülerschaft

Am Freitag, den 23. Oktober, spricht Genosse Pung-Fai-Tao a Mulden über chinesisches Schulwesen. Erscheinen ist Pflicht. Gäste mitbringe

Sozialistische Arbeiterjugend

Für alle Gruppen. Freitag gehen wir zur Volksbühnenjugendvorstellur Karten bei den Obleuten.

Morgenfeier. Sonntag vormittag 10 Uhr im Heiligen-Geist-Gymnasiu Gad Lippmann spricht. Wir zeigen „Kampf um die Erde". 25 Pf. U kostenbeitrag.

Gruppe Klodnitzschule. Heute 19,30 Uhr Uebungsabend. Freitag Jugen volksbühne. Sonntag Brettspiele.

Gruppe Paradiesstraße. Sonntag: „Zille und die Armen". Lichtbild vortrag.

Gruppe Gewerkschaftshaus. Sonntag 20 Uhr Lichtbildervortrag.

Freidenkerjugend

Gruppe Südost. Heute erste Stadtteilgruppenversammlung des DFV. u 20 Uhr bei Schmidt, Hubenstraße 50.

Monistische Jugend

Heute Brettspielabend. Alles ist um ½20 Uhr im Heim.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Abteilung 7 (Innere Stadt). Donnerstag von 17 bis 19 Uhr Lese- u Liedernachmittag. Liederbücher mitbringen, Freitag 17 bis 19 Uhr Arbeit gemeinschaft: Die Spaltung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Vortrupp und Jungbanner. Morgen 20 Uhr pünktlich zur Sprechchorpro im Gewerkschaftshause. Texte sind mitzubringen.

Jungbanner Nord (Ebert). Wir beteiligen uns morgen Freitag restl am Sprechchor im Gewerkschaftshause.

Vortrupp Ost. Heute Heimabend im Elisabethgymnasium. Mitgliedsbüch und Beiträge sind mitzubringen.

Vortrupp Süd. Unser Heimabend fällt heute aus. Wir sind Freitag zu Sprechchor im Gewerkschaftshaus.

Geschäftliches

Die bekannte Firma **Goldstein & Nettig** — Inhaber Richard Pohl, Mc Menzel — gegenüber der Magdalenenkirche, Spezialhaus für Herren- u Damenkleiderstoffe, nimmt an der Volkshilfe für diesen Winter regen Antei Es werden von der Firma vom 1. November 1931 ab bis 1. März 1932 täglic fünf erwerbslose Personen durch den Vaterländischen Frauenverein mit kräftige Mittagessen versorgt.

Einige unserer Leser stellten fest, daß sich unter den 3¼-Pf.-Zigarette kein Erzeugnis der bekannten Bulgaria Zigaretten-Fabrik befindet. Das stimm Von der „Bulgaria" hörten wir aber, daß sie schon seit Jahren die besonder preiswerte Marke „Bulgaria-Stern" herstellt. Diese Sorte enthält — wie al „Bulgaria"-Fabrikate — bulgarische Qualitäts-Tabake; dennoch kostet sie nu 4 Pf. Neuerdings gibt es auch 5-Stück-Packungen zu 20 Pf. Kluge Rauche die für wenig Geld trotzdem etwas Feines haben wollen, erkennen in „Bulgaria Stern" die ideale Verkörperung von Qualität und wahrer Billigkeit.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Mit zum Teil heftigen Graupel- und Schneeböen sind maritim-arktisch Kaltluftmassen in Mitteleuropa eingebrochen. Die Temperaturen liegen i Flachlande auch tagsüber nur wenig über Null. Nachts kommt es allgemein z Frost. Die Wetterlage scheint nur eine kurze Beruhigung zu erfahren, da d Störungen der nächsten (54.) Zyklonenreihe von Grönland über Island südost wärts vordringen.

Aussichten für das schlesische Flachland:
Abflauender nördlicher Wind, wechselnd bewölkt, besonders nachts sehr kalt, vielfach Nachtfrost, zeitweise noch immer Schauer.

Aussichten für das schlesische Mittel- und Hochgebirge:
Stärker, nur vorübergehend abnehmender nordwestlicher Wind, wechselnd bewölkt, Schneeschauer, Frost.

Sonnenaufgang: 6,36 Uhr — Sonnenuntergang: 16,52 Uhr.

Wappenhof-Varieté

Im Wappenhof gastieren im zweiten Oktober-Programm Künstler eines seltener gewordenen Brettlfaches, deren Auftreten als Glanzleistung bezeichnet werden kann. Walter Bernhardi stellt ganz hervorragend die Großmeister der Musik dar und charakterisiert sie zugleich in ihren Eigenarten als Dirigenten. Ebenso meisterhaft gelingen ihm aber auch die anderen Köpfe, wie Gorki, Briand, Rembrandt, Blücher bis Hindenburg. Nichtendenwollender Beifall zwingt den Meister der Darstellungskunst zu immer neuen Zugaben. Eine Kanone auf seinem Gebiet ist auch der Verwandlungskünstler Original-Leopoldi, der sich auf offener Bühne mit mustergültiger Technik und humoristischem Einschlag immer neu verwandelt ohne großen Kostümwechsel vorzunehmen. Was ein Baß-Virtuose aus seinem Instrument herauszuholen vermag, das bringt Casanelli zu Gehör. Emmy Hansen zeigt neuartige Drahtseilkunst. Bei ihr geht es sozusagen am laufenden Band, denn sie arbeitet auf einem über Rollen gespannten Seil, das durch Motorantrieb in Bewegung gesetzt wird. Ernst Walter und die bereits im vorigen Programm aufgetretene Tante Lene besorgen den humoristischen Teil mit anerkennenswertem Geschick und auch Leopold Büron versteht es, als Musikclown die Lacher auf seine Seite zu bringen. Das Ernesty-Trio jongliert mit Strohhüten und Low and Ricz warten mit einer mimischen Parodie auf die Akrobatik auf, während Ellen Eugin und Lilly Barina ihren Beifall ertanzen. Karl Wappaus und das Wappenhof-Orchester sorgen wie immer für die entsprechende musikalische Umrahmung des Programms.

Lichtbildervortrag über „Erste Hilfe bei Unfällen".

In der Aula der Brockauer Schule veranstaltet die Kolonne Breslau des Arbeiter-Samariter-Bundes am Freitag, um 20 Uhr, einen Lichtbildervortrag über das Thema „Erste Hilfe bei Unfällen". Der Vortrag wird Fingerzeige über praktische Hilfeleistungen bei Unfällen vermitteln und dem Besucher vor Augen führen, wie wichtig es ist, sich auf diesem Gebiete ausreichend zu unterrichten. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei!

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen: Der mißfarbene Zahnbelag ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Lassen Sie sich keine billige Ware aufreden, denn für das Edelste was Sie besitzen, die Zähne, ist das Beste gerade gut genug.

S.A.-Mann zum Tode verurteilt

Raubmördermoral mit Hakenkreuzgesinnung – Die Braut schreibt: „Mein lieber süßer Mörder –"

Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Glogau wurde gestern der 23jährige Autoschlosser und S.A.-Mann Edmund Thomas aus Karf bei Beuthen OS. wegen des gemeinen Raubüberfalles im fahrenden Auto auf den Reisenden Walter aus Oels am 24. April dieses Jahres, zum Tode, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte Thomas blieb sowohl während der Hauptverhandlung als auch während der Voruntersuchung bei der Behauptung, er habe Walter zunächst nur angeschossen, weil dieser seinen obersten Führer Hitler" als Idioten und dessen Anhänger als Fanatiker bezeichnet hätte. Die anderen drei Schüsse habe er dann nur aus „Mitleid", also sozusagen als Fangschüsse, abgegeben.

Der Oberstaatsanwalt bezeichnete den Angeklagten als einen modernen Wegelagerer. Die Beweisaufnahme hätte zweideutig gezeigt, daß es sich um einen gemeinen Raubmord handelte. Die Waffe zu der Tat habe er sich von einem anderen S.A.-Mann beschafft. Es scheine aber festzustehen, daß er bereits im Vorjahre einmal im Besitz einer Waffe gewesen ist. Bezeichnend für die „deutsche" Treue, die in diesen Kreisen gepflegt wird, sei ein Brief der Verlobten des Angeklagten, in dem diese ihn mit den Worten: „Mein lieber süßer Mörder!" anspricht. Sie brachte ihn auch darauf, daß er gar keinen Mord, sondern nur einen Totschlag begangen habe. Der sonst so „mutige" und die Zeugen alle des Meineids bezichtigende Angeklagte, der wahrscheinlich nebst den anderen S.A.-Mannen wiederholt erklärte, bereit zu sein, für das dritte Reich Hitlers zu sterben, hatte nach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts nur den einen Wunsch, nicht sterben zu brauchen oder wie er sich ausdrückte: „Ich möchte nicht tot werden!"

In der Urteilsbegründung wurde der Angeklagte als ein feiger Raubmörder bezeichnet, der einen ehrenwerten und unbewaffneten Menschen hinterrücks niedergeschossen hatte, der ihn dann, als er bat, ihn ins Krankenhaus zu bringen, die sogenannten Fangschüsse versetzte. Selbst der Verteidiger mußte zugeben, daß die Tat gemein war und mildernde Umstände deshalb zu versagen wären. Er plädierte lediglich auf Totschlag. Und dieser, einen anderen Menschen kaltblütig niederknallende aber um sein eigenes Leben zitternde „Held" gehörte zu der Schutzgarde Adolf Hitlers, daran ändern auch nichts die Aussagen der anderen S.A.-Leute, daß damals gegen Th. bereits ein Ausschlußverfahren „geschwebt habe".

Uebervölkischer Volksstaat

gegen „Ausrottung der Seele"

Die Front des geistigen Katholizismus hat am vergangenen Sonntag, während Herr Hitler die Parade über seine Söldnertruppen in Braunschweig abnahm, in Gleiwitz sich die Waffen einer neuen katholischen Gesellschaftslehre geschmiedet, die sie hofft im Kampfe um die Seele des Menschen im 20. Jahrhundert nutzbringend verwenden zu können. Zwischen der „Vergottung des Volksgeistes" im Faschismus und der „Ausrottung der Seele" durch den Bolschewismus sollte die Reichstagung katholischer Akademiker in der östlichen Hochburg des Katholizismus ihren geistigen Ort festlegen. Im Kampfe gegen die „Ersatzreligionen des 19. Jahrhunderts", den Liberalismus und den Sozialismus, die „den Glauben an die Allmacht der Wirtschaften erfunden" haben, sollte das wehrhafte Lager des streitbaren Katholizismus mit allen Vorzügen einer geschlossenen Weltanschauung befestigt werden.

* * *

Man fühlt drüben im katholischen Lager scheinbar aus der Last einer politischen Verantwortung für das gegenwärtige Deutschland so etwas wie eine geistige Verantwortung wachsen für das Schicksal der im Taumel moderner Technik und Zivilisation, im Tempo politischen Betriebes irrenden Seelen. „Im allertiefsten Grunde ist diese Krise nicht von der Wirtschaft bedingt", sagte deshalb der Professor Dempf-Bonn dort in Gleiwitz, „sondern sie ist eine geistige, eine ungeheure Vertrauenskrise." Und der Katholizismus, er zeigt zwar nicht das Ziel einer planvoll erschauten künftigen Wirtschaftseinheit — „Zurückeroberung der Wirtschaft für den Menschen" formuliert es etwas blaß Prof. Haase-Breslau — er ist gegen Klassenkampf und Machtauseinandersetzungen, er will „den übervölkischen Volksstaat mit der Erneuerung der Volksgemeinschaft", er ist national genug, um „Erziehung zu deutscher Sitte, Art und christlicher Frömmigkeit" gegen heutige Volksnot zu empfehlen, er sieht aber letzten Endes nur einen Ausweg aus der Krise, die „Wiedervereinigung aller Christen in der wahren Kirche Christi", die derselbe Professor Dempf fordert.

Das ist nun aber in doppelter Hinsicht recht interessant. Einmal, weil hiermit die katholische Kirche sich für die alternde abendländische Kultur Europas als Konservator nicht nur des Weltfriedens, der angeblich allein aus der „Völkerfamilie der Christenheit" erwachsen kann, sondern auch des rassischen Erbgutes „nationalen Deutschtums" empfiehlt. Weil sie glaubt, im Kampfe mit den Verballhornungen der christlichen Uridee, für die sie in ihrer dogmatischen Intoleranz alle Ideenströme bürgerlicher und vorbürgerlicher Abkunft ausgibt, den einzigen lebendigen anpassungsfähigen Faktor darzustellen, der heute noch imstande ist, das Weltbild der christlichen Menschen des Abendlandes hinüberzuretten in die neue Zeit, von der sie sich zwar keine Vorstellungen macht, die sie aber aus dem Widerspiel der sozialistischen und der nationalistischen Kräfte kommen sieht. Zum andern aber — und das ist für die nachpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Kirchen heute sehr bezeichnend — weil mit den Worten Prof. Dempfs das Grübel der Vertrauenskrise recht eigentlich erst aus der Zerschlagung der Einheit der Kirche entstanden ist. „Die nach der Sprengung der Glaubenseinheit einsetzende Konkurrenz der Bekenntnisse erlaubte erst dem Staate, seinen Anspruch auf Souveränität zu erheben", sie brachte in der französischen Revolution dann die Souveränität der Idee und damit den ganzen Leerlauf der letzten Jahrhunderte". Also, in einfaches Deutsch übersetzt: Die Evangelischen werden hier von der Geschichte als Spalter denunziert, die alles kommende Unheil, den Liberalismus und den Sozialismus, wahrscheinlich auch den Kapitalismus und die Wirtschaftskrise verschuldet haben. Recht seltsam fürwahr, recht seltsam!

Die Reden, die am Sonntag in Gleiwitz gehalten wurden, sie gipfelten alle darin, verantwortlich zu machen für das Mißgeschick gesellschaftlicher Kämpfe, sozialer Spannungen, kriegerischer Auseinandersetzungen in den letzten Jahrhunderten, die Abirrung des Machtgedankens, die Loslösung des Geistes von den sittlichen Fesseln der katholischen Gottesidee. Macht und Geist, so tönt es aus Gleiwitz, sie sind allein mächtig, die gesellschaftlichen Probleme der Zeit zu lösen, wenn sie stehen unter dem Mysterium der göttlichen Gnade. Macht und Geist aber, aus den sozialen Spannungen der modernen Klassenkämpfe zu rein weltlicher Wirklichkeit im Sozialismus neu erstanden: sie repräsentieren den Antichrist, der den Bindungen widerstrebt, die wir Völkern und Zeiten auferlegen wollen. Man firmierte in Gleiwitz zwar „Katholisches Volkstum wehrt dem Bolschewismus — in hoc sigero vinces!" (In diesem Zeichen wirst du siegen.) Wir werden uns aber überlegen müssen, ob dieser Weg, den der Katholizismus hier, vielleicht aus politischen Gründen, zunächst gegen den Bolschewismus aushebt, dessen Menschenbildnerei wir gewiß nicht verteidigen wollen — ob dieser Weg nicht letzten Endes gegen die Geisteswelt des Sozialismus überhaupt vorangetrieben werden soll.

Merkwürdig, wie wenig sozialen Instinkt, die in der Geschichte sonst so lebenssichere katholische Kirche damit heute beweist. Sie fühlt sich unsicher und bedroht von der „Ausrottung der Seele", von der „Herrschaft des Kollektivs" und will scheinbar die gewaltigen Kräfte neuer Gemeinschaftsgesinnung nicht spüren, die heute den alten Bau der Welt ins Wanken bringen. Sie will den Sozialismus übersehen, indem sie ihn in der Form des Bolschewismus bekämpft. Ob man nicht diesmal drüben den Anschluß an die Geschichte verpaßt?

S.

Kutisker jr. verhaftet

Er wollte weiter „zwangsversteigern"

Max Kutisker und seine Kollegen, gegen die das Amtsgericht Neusalz den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt hat, erschienen am Sonnabend in einem eleganten Mercedes-Wagen, der wiederum mit Teppichen angefüllt war, in Glogau, um auch hier eine „Zwangsversteigerung" von Teppichen vorzunehmen. Die Glogauer Polizei nahm jedoch alle vier Komplizen fest.

Das Amtsgericht Glogau hat im Anschluß hieran gegen Kutisker, den Kaufmann Adolf Steiner, den Kaufmann Eric Bogusch und den Kraftwagenführer Suldom Haftbefehle wegen Betruges, Gewerbevergehens und unlauteren Wettbewerbs erlassen. Gegen Kutisker und Genossen sind überdies bei der Glogauer Staatsanwaltschaft Anzeigen von zahlreichen anderen Staatsanwaltschaften eingegangen.

KPD. wird schwarz-rot-golden

Seltsame Gehirnwindungen in der A.Z.

In der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung" wird einleitend im Leitartikel in Zusammenhang mit den Braunschweiger Vorgängen gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen, die natürlich an allem schuld ist, im Provinzteil hingegen plötzlich eine „rote Einheitsfront" von Kommunisten und Reichsbanner propagiert. Mit der Begründung hapert es allerdings. Nachdem man die Volkswacht-Berichte über den Nazisturm auf das Liegnitzer Volkshaus etwas umredigiert hat, wird da bemerkt, die Severing-Polizei versage zwar immer und nur die Arbeiterschaft könne sich helfen, könne einig und geschlossen selbst ihre Verkehrslokale, Volkshäuser und Druckereien schützen; deshalb rote Einheitsfront von Kommunisten und Reichsbanner.

Wir stellen fest, daß also selbst nach Ansicht der Kommunisten eine sozialdemokratische Zeitung und ein nichtkommunistisch geleitetes Volkshaus schützenswertes Gut der Arbeiterschaft darstellt. Die Einheitsfront dürfte allerdings nach den bisherigen Erfahrungen ein frommer Wunsch bleiben, zudem der Artikelschreiber sicher schon seinen Rüffel für diese schwarz-rot-goldene Abweichung weg hat.

Selbst gerichtet

An einem See in der Umgebung Berlins wurde die Leiche des Werkmeisters Bochow aus Hirschberg aufgefunden, der, wie wir schon berichteten, seine Lebensgefährtin und sein Kind ermordet hatte, weil ihm die Scheidung von seiner ersten Frau nicht möglich gewesen war.

Oderdurchstich versandet

Bei der Einfahrt in den Glogauer Oderdurchstich haben sich starke Sandablagerungen gebildet, die die Schiffahrt außerordentlich erschweren. Die Versandungen erstrecken sich über eine Strecke von etwa 100 Metern und sind offenbar darauf zurückzuführen, daß bei der Umleitung des Stromes in das neue Flußbett der alte Oderarm durch den Abriegelungsdamm nicht rechtzeitig geschlossen werden konnte. Die Strömung hat daher ungeheure Sandmassen in den neuen Arm gespült. Die Arbeiten bei der Anschüttung des Dammes wurden damals dadurch empfindlich gestört, daß Hochwasser eintrat, das zur Einstellung der Dammanschüttung zwang. Die Versandungen beim Oderdurchstich sind so groß, daß Fahrzeuge mit einem Tiefgang von 1,50 Meter nicht über die versandete Strecke hinwegkommen können.

Verzweifelte Jugend

Arbeitslosigkeit treibt in den Tod

Nachts entfernte sich in Seifersdorf die siebzehnjährige Tochter des Besitzers Paul Böttcher. Das Mädchen hinterließ einen Brief, daß es seinen Eltern nicht länger zur Last fallen wolle und aus Verzweiflung über seine lange Arbeitslosigkeit den Tod suche. Hierauf warf sich das Mädchen auf der Strecke Jeschkendorf—Liegnitz vor einen Zug, vor der der Streckenwärter dann die völlig zerstümmelte Leiche auffand.

Wilderer-Drama an der Grenze

Der Revierförster Heite aus Birkenhorst, Kreis Rosenberg OS., stellte auf seinem Rundgang durch die Vicrauer Forsten an der polnischen Grenze zwei ihm unbekannte Männer, die sofort mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Der Förster setzte sich zur Wehr und es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht, in dessen Verlauf einer der Wilderer durch einen Kopfschuß getötet wurde. Der andere Raubschütze konnte entkommen.

Der Erschossene ist in der Umgegend nicht bekannt; er scheint in Polen wohnhaft zu sein. Bei dem Erschossenen wurden neben der Waffe, einem deutschen Karabiner Modell 98, noch sieben Patronen vorgefunden.

Maluschütz, Kr. Trebnitz. Im Brunnen ertrunken. Der Wirtschafter Henel von hier war frühmorgens zum Brunnen gegangen, um Wasser zu holen. Beim zweiten Gang kehrte er nicht mehr in die Wohnung zurück. Als ihn seine Frau suchte, fand sie ihn im Brunnen liegend vor. Henel ist anscheinend beim Wasserschöpfen ohnmächtig geworden und in den Brunnen gestürzt, aus dem er sich nicht mehr befreien konnte.

Kattowitz. Der Presse-Maulkorb. Die „Polonia" ist, da sie sich mit den neuen Finanzplänen der Regierung und der Organisation des Finanzministeriums beschäftigt, beschlagnahmt worden.

Frische Nerven — neue Spannkraft.

Im Tageslauf des modernen Menschen werden die Nerven auf eine harte Probe gestellt – nur zu oft droht Ermattung! In solchen Augenblicken vermag die köstliche "4711" unschätzbare Dienste zu leisten. Sie wirkt beginnender Ermüdung entgegen; herrlich belebt ihr feiner, würziger Duft. Wer in Beruf und Gesellschaft, beim Sport und auf Reisen stets frisch und angeregt sein will, erquicke sich öfters mit der echten "4711". – Von gleicher Kraft und Wirkung sind die erlesenen "4711" Kölnisch Wasser-Erzeugnisse, die – wie alle Schöpfungen des Welthauses "4711" – das Zeichen "4711" als Merkmal der Echtheit und hervorragenden Güte tragen.

No 4711. Echt Kölnisch Wasser

147

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Florstraße 4/6
übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Ein Irrtum
ist es, wenn Sie annehmen, die kleine Anzeige habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Presse Erfolg.
257 Offerten
gingen im April 1931 auf eine kleine Anzeige
in der Volkswacht
ein. Deshalb inserieren auch Sie in der Volkswacht. Es ist
Ihr Vorteil!

„Nicht die Billigkeit allein, sondern „Herzberg's" Qualitäten entscheide

Herzberg & Co.
Ostdeutschlands größte Likörfabrik
gibt die eigenen Fabrikate in Breslau direkt aus der Fabrik ohne jeden Zwischenhandel ab.
Fabrik u. Hauptgeschäft: **Höfchenstraße 48**
Filialen: **Blücherplatz 17/18**, **Michaelisstraße 3**, **Frankfurter Str. 103**, gegenüber dem Schlachthof; **Klosterstraße 64**, **Leuthenstraße 10**, **Selenkestraße 17**

Vom Faß, per Liter
Breslauer 25% 2.05
Breslauer 32% 2.65
Rathaus-Crême 2.90
Weinbrandverschn. 3.45
Weinbrand, echt 4.40
Himbeersaft per Liter 1.20

Liköre vom Faß per Liter: 30% 3.70, 35% 4.40
Liköre in Flaschen per Flasche: 30% 3.10, 35% 3.60
Stonsdorfer, Blutorange, Ingwer, Curaçao, Alpenkräuter, Prünelle, Nelken, Pomeranze, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb
Kümmel, Pfefferminz, Anis 30% per Ltr. 3.40

Vom Faß
Herzberg's Jamaika-Rum-Verschnitt zum Tee und Grog per Liter 3.60
96% Spiritus 7.00

Deutscher Weinbra
Marke „Urkraft" aus französ. Wein einschl. Flasche
Deutscher Weinbrand ** 3.5
Weinbrand *** 4.0
Weinbrand **** 5.0
Verschnitt 3.20, 2.8

Wir unterhalten keine Destillen mit Sitzgelegenheit, sondern nur reine Verkaufsstellen.

Vortrag über Frauenkrankheiten
in der Abteilung Gräbschen-Kleinburg

Freitag, den 23. Oktober, 19½ Uhr, findet im „Jägerhof" ein Lichtbildervortrag des Genossen Dr. med. Seidenberg über Frauenkrankheiten statt. Der Vortrag wird umrahmt von Mandolinenvorträgen der Arbeiter-Mandolinisten und Gesängen von Mitgliedern des Volkschors. Eintritt inklusive Kaffee und Kuchen 30 Pf.

Arbeiter-Sport

Ausscheidungsspiele am 25. Oktober

15,30: Einigkeit I — Stern I; Schlachthof; 201.
13.30: V.f.R. I — 1924 I; Schlachthof; 26.
10.00: Koberwitz II — Adler II; Koberwitz; Stern.

Gesellschaftsspiele am 25. Oktober

15.30: Südost II — Jordansmühl I; Klettendorf; 79.
15.30: Kanth I — Tasmania I; Kanth; 18.
15.30: Herold I — Schmolz I; Sacrau; 64.
15.30: Militsch I — Obernigk I; Militsch; 139.
10.30: Eintracht I — 1921 I; Masselwitz; 158.
10.30: West I — Pfeil I; Eichenpark; 32
10.30: Freie Sportfreunde I — Rapid I; Zankholzwiese; 41.
10.30: V.f.B. I — Herrnprotsch I; Oltaschin; 2.
10.30: Adler I — Rosenthal I; Schwoitsch; 56.
10.30: 1930 I — Sparta I; Maria-Höfchen; 19.
10.30: 1928 I — Wacker I; Goldschmieden; 205.
10,00: Silesia-Kickers I — Z.d.A. I; Stadion; 162.

2., 3. und 4. Mannschaften

8.30: West II — Pfeil II; Eichenpark; 1924.
8.30: Fr. Sportfreunde II — Rapid II; Zankholzwiese; Sturm.
8.45: Eintracht II — 1921 II; Masselwitz; Sturm.
8.30: Sil.-Kickers II — Z.d.A. II; Stadion; Fr. Sportfreunde.
9.00: 1928 II — Wacker II; Goldschmieden; Union.
9.00: 1930 II — Sparta II; Maria-Höfchen; Vorwärts.
9.00: V.f.B. II — Herrnprotsch II; Oltaschin; V.f.R.
13.00: Militsch II — Obernigk II; Militsch; 139.
13.30: Herold II — Schmolz II; Sacrau; Adler.
14.00: Kanth II — Tasmania II; Kanth; 18.
9.00: Wacker III — 1928 III; Brückenaue; Hundsfeld.
9.00: Sparta III — 1930 III; Schlachthof; F.S.B.
10.00: Herta III — Sturm III; Gräbschen; Einigkeit.
13.30: Südost III — Jordansmühl II; Klettendorf; Herta.

Jugend- und Schülermannschaften

9.00: Herta 1. Jgd. — Sturm 1. Jgd.; Gräbschen; V.f.B.
10.30: Eintracht 1. Jgd. — 1921 1. Jgd.; Kosel-Bäckert.; Einigk.
8.00: 1928 1. Jgd. — West 1. Jgd.; Goldschmieden; Falke.
10.30: Wratislawia 1. Jgd. — Sparta 1. Jgd.; Blitzwiese; Stern.
10.00: Stern 2. Jgd. — Südost 2. Jgd.; Gräbschen; Blau-Weiß.
11.00: Stern 2. Schül. — Südost 2. Schül.; Gräbschen; Verein.
10.30: Wratislawia 1. Schül. — Nordost 1. Schül.; Brückenaue; Verein.
9.30: Wratislawia 2. Schül. — Nordost 2. Schül.; Brückenaue; Verein.

Wassersport

Freie Rudervereinigung. Arbeitsdienst für Erwerbslose jeden Tag von 9 Uhr an.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Breslau

Jugendabteilung. Heute, 20 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer an der Tafel. Mitgliedsbuch mitbringen.

WERTHEIM
Billige Lebensmittel

Fleisch
Suppenfleisch . . . . Pfd. 0.70
Schmorfleisch o. K. Pfd. 1.- 0.90
Schweinebauch mit Bein. Pfd. 0.68
Schweineschinken m. Beilage Pfd 0.75
Kalbskamm . . . . Pfund 0.68
Kalbskeule u. Brust Pfd. 0.82
Gulasch u. Gehacktes Pfd. 0.70
Hammelvorderfleisch Pfd. 0.70

Wurstwaren
Leberwurst . . . . . Pfund 0.60
Rotwurst . . . . . Pfund 0.72
Sülzwurst . . . . . Pfund 0.84
Mettwurst Berliner . Pfund 1.00
Plockwurst Dauerware Pfd. 1.32
Wiener Würstchen 6 Paar 0.50
Rückenspeck geräuchert stark . . . . . Pfund von an 0.95

Kolonialwaren
Vollreis Pfd. 0.14 Bruchreis Pfd. 0.13
Linsen Pfd. 0.16 Bohnen Pfd. 0.15
Viktoria-Erbsen . Pfund 0.18
Weizenmehl 000 . . . Pfund 0.19
Auszugmehl . . Pfund 0.25 0.22
Sultaninen . . . . . Pfund 0.42
Ostkaffee ½ Pfund von an 0.48

Käse und Fette
Romadour schles. scher. Stück 0.15
Ziegelkäse . . . . . Pfund 0.32
Limburger ohne Rinde. Pfd 0.62
Kümmelkäse . . . . Pfund 0.88
Molkereibutter schles. ½ St. 0.74
Griebenschmalz Pfund 0.72
Margarine und Kokosfett . Pfund 0.36

Konserven
Schnittbohnen feinste . Dos. 0.50
Leipziger Allerlei ½ Dose 0.70
Bratheringe 1/1 Dose 0.68, ½ l. Dose 0.42
Vierfrucht-Marmelade 2 Pfd.-Eimer 0.82

Räucherwaren
Fettbücklinge Pfund 0.38 0.28
Rauchdorsch . . . . Pfund 0.28
Makrelen . . . . . Pfund 0.48
Flundern . . . . . Pfund 0.52

Deutsche Äpfel
Blenheimer . . . . . Pfund 0.13
Jägeräpfel . . . . Pfund 0.16
Prinzenäpfel . . Pfund 0.18
Rambouräpfel . . . Pfund 0.18
Landsberg Renetten Pfd. 0.20
Josef Musch . . . Pfund 0.20

Knoblauchwurst in Ringen . . . . . Pfd. 0.75
Molkerei-Tafelbutter . . Pfund 1.36

Aus der Umgebung

Keine Wohlfahrtsunterstützung
für Nimkauer Erwerbslose

Der Kreis Neumarkt ist ein Musterbeispiel von Sabotagefällen in der Handhabung der Fürsorgepflichtverordnung. Mit fanatischem Klassenhaß macht sich hier der engbegrenzte Besitzgeist von Menschen geltend, die sich zwar gerne als Christen ausgeben, aber das fürchterliche Schicksal der vom kapitalistischen Produktionsprozeß freigesetzten Besitzlosen nicht begreifen wollen. Für sie ist der Arbeitslose einfach ein Mensch der nicht arbeiten **will**, der also eigentlich auch nicht zu essen braucht.

Aus diesem Geiste heraus beschloß die Nimkauer Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung mit den Stimmen des Zentrums (!) **sämtliche Anträge von ausgesteuerten Erwerbslosen abzulehnen.** Man empfiehlt den Antragstellern, doch Kartoffeln und Rüben zu stoppeln und diese dann zu verkaufen; ein wahrhaft menschenfreundlicher Gedanke, der seinen Urhebern bemerkenswerter Weise keine Schamröte ins Gesicht trieb. Sogar die Arbeitsdienstpflicht mußte herhalten, um den Hungernden Aussicht auf ein militarisiertes Himmelreich zu bieten, sollten sie inzwischen beim Kartoffelnstoppeln vielleicht doch krepieren.

Wir nehmen an, daß das Kreiswohlfahrtsamt sich beschleunigt mit diesem brutalen Rechtsbruch der Fürsorgepflichtverordnung befassen wird. Viele solche Beschlüsse dürfen aber nicht mehr gefaßt werden, sonst könnte es passieren — Not kennt kein Gebot — daß die Hungernden in Nimkau und anderwärts den Respekt vor der Eigentumsordnung unseres Gesellschaftssystems verlieren und zur Selbsthilfe greifen.

Jackschönau. Gegen die Spaltung. Die Ortsgruppe Jackschönau der Sozialdemokratischen Partei hielt am Sonntag ihre Mitgliederversammlung ab. Als Redner war der Landtagsabgeordnete A. Kleinert-Klettendorf anwesend, der einen Vortrag über die gegenwärtige Lage hielt, worauf die nachstehende **Entschließung** einstimmig angenommen wurde: „Die Ortsgruppe Jackschönau der SPD. **billigt** einmütig die Haltung unserer Reichstagsfraktion gegenüber den Harzburger Rollern und hat nach wie vor das Vertrauen zur Reichsparteileitung, daß sie die Arb interessen auf das nachdrücklichste wahren wird."

Leuthen. Eine sonderbare Angelegenheit. unserer Gemeinde ist man bekanntlich beim Auszahlen Wohlfahrtsunterstützung nicht gerade sehr eilig. Gegenw aber hält sich hier besuchsweise ein Stahlhelmer auf, dem Gemeindevorsteher, ohne mit der Gemeindevertretung Rücksp zu nehmen, sofort Unterstützung gewährte. Wird in Leu die Wohlfahrtsunterstützung nach der politischen Einstel gewährt? Was sagt das Wohlfahrtsamt dazu?

Sozialdemokratische Part
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9–13 u. 16–18

Oltaschin. Unsere Filmveranstaltung beginnt Freitag für Kinder 16 Uhr, für Erwachsene 20 Uhr. Ein 10 und 30 Pf. Es läuft der Russenfilm: „Der Kampf die Erde."

Groß-Heidau. Sonnabend, den 24. Oktober, bei Stell in Nippern, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Re Genosse Schiffer.

Weidenhof. Sonnabend, den 24. Oktober, 20 Uhr, öffe liche Versammlung. Redner Dr. Korn. Wir erwa zahlreichen Besuch. Besonders die Frauen sind eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nordost: Zindel. So tag, den 25. Oktober, 16 Uhr, öffentliche Volksversam lung in Zindel, Gasthaus Scheike. Redner Genosse Dr. Ko „Das Wirtschaftselend und der Gebärzwang der Frau". Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft müssen erscheinen. Fra sind besonders eingeladen.

Nansern. Freitag, den 23. 10., bei Seidel, 20 Uhr, Mi gliederversammlung. Redner Genosse Schiffer.

Schottwitz. Donnerstag, den 22. 10, 19 Uhr, Fraktion sitzung bei Genossen Prescha. Freitag, den 23. Sitzung Gemeindevertretung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Land-Nordost. Sonntag, den 25. Oktober, 16 Uhr, öffent Versammlung bei Scheike, Zindel. Redner Kamerad Dr. Korn. Die O gruppen Jäschkowitz und Zindel stellen ausreichenden Saalschutz.

Radfahrer fährt in die Straßenbahn.

Am Mittwoch morgen stieß ein Radfahrer, der noch kurz vor der herannahenden Straßenbahnlinie 2 die Gleise überqueren wollte, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Augustastraße mit dem Puffer des Straßenbahntriebwagens zusammen und kam dabei zu Fall. Er zog sich eine blutende Kopfverletzung zu und wurde nach Anlegung eines Notverbandes im Wenzel-Hancke-Krankenhause nach seiner Wohnung geschafft.

Kraftwagenfahrt ins Eulengebirge/Silberberg

Der Schlesische Verkehrs-Verband veranstaltet in Gemeinschaft mit der Kraftverkehr Nordmark am Sonntag, den 25. Oktober, eine Autobusfahrt durch das Nimptscher Bergland über Frankenstein nach Silberberg (Besichtigung der historischen Festungswerke) und weiter durch das Eulengebirge zur Zimmermannsbaude (Mittagpause). Rückfahrt 18 Uhr, mit Abendpause in Reichenbach. Abfahrt Breslau, Tauentzienplatz, Südwestecke, 7,30 Uhr. Preis 6,50 Mark. Numerierte Fahrkarten sind im Schlesischen Verkehrsverband, Breslau, Gartenstraße 96, 1. Etage (Tel. 524 21) werktäglich 8 bis 19 Uhr erhältlich.

Buchmacher Schulz speist arme Breslauer

Die bevorstehende Winterzeit wird aller Voraussicht nach ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosenzahl bringen. In besonderem Maße werden unter der Sorge um das tägliche Brot die ausgesteuerten Erwerbslosen, die vom Wohlfahrtsamt betreuten, zu leiden haben. Wie wir erfahren, hat der Breslauer Buchmacher Heinrich Schulz, eine in den Sportkreisen bekannte Persönlichkeit, ein Abkommen mit dem Wohlfahrtsamt getroffen und sich bereit erklärt, für die nächsten 5 Monate vom Wohlfahrtsamt als besonders bedürftig namhaft gemachte Arme zweimal wöchentlich in der Nußbaumgaststätte, Schmiedebrücke, zu speisen. Es wird den hierfür Ausermählten eine reichliche Mahlzeit mit einem Glas Bier oder Kaffee und Kuchen gereicht. Den Betreuten wird vom Buchmacher Schulz zum Empfang der Speisung eine Karte übergeben, die den Betreffenden bei der Gaststätte ausweist. Es sind 1000 Speisungen vorgesehen, wobei allmonatlich ein Wechsel in den bedachten Personen vorgesehen ist. Diese nachahmenswerte Handlung des Buchmachers Schulz ist deshalb besonders zu werten, weil durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage das Buchmachergeschäft wie alles stark danieder liegt.

Die Firma Kaisers Kaffeegeschäft, G. m. b. H.,
Zentrale Viersen im Rheinland, Zweigniederlassung Breslau Ofener Straße 29b, die in Breslau 20 Verkaufsstellen unterhält spendet dem Städtischen Wohlfahrtsamte zur Winterhilfe für die Zeit vom Oktober d. Js. bis einschließlich März 1932 jeden Mon 500 Pfund Gerstenkaffee, 500 Pfund Reis, 500 Pfund weiße Bohnen und 500 Pfund Viktoriaerbsen. — Es sei der Firma an dieser Stelle der herzliche Dank der Stadtgemeinde ausgesprochen, mit dem Wunsche, daß ihr Beispiel Nachahmung finden möge.

Konzert der Arbeiter-Mandolinisten

Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Arbeiter Mandolinistenbundes hat am vergangenen Sonntag die Pfleglinge des Claassenschen Siechenhauses am Trebnitzer Pla durch ein Konzert erfreut. Das Orchester spielte unter Herr Pätzolds Leitung eine ganze Reihe ansprechender Vortragsstück die die Herzen aller Zuhörer mitrissen und sie alle wieder jun werden ließen. Herzlichen Dank der wackeren Spielerschar.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht

1. Ziehungstag — 21. Oktober 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 396259
2 Gewinne zu 50000 M. 87108
2 Gewinne zu 10000 M. 372596
2 Gewinne zu 5000 M. 216463
4 Gewinne zu 3000 M. 131420 352568
4 Gewinne zu 2000 M. 93110 204949
26 Gewinne zu 1000 M. 12359 12497 154075 173723 214639 238937 253296 255621 291416 314511 314942 333414 344802
38 Gewinne zu 500 M. 22690 47060 49588 61634 130274 159983 174496 179105 188907 216072 219526 226903 232899 277769 310986 359065 370512 394588 394653
48 Gewinne zu 300 M. 684 25144 63596 88585 100298 101936 124091 142078 152535 158705 175967 181929 206449 211033 218467 223089 240565 326958 332965 334285 342057 353399 356511 371061

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 305271 312823
10 Gewinne zu 3000 M. 41763 53049 79280 282879 344740
12 Gewinne zu 2000 M. 62276 116281 125861 171896 189917 198069
22 Gewinne zu 1000 M. 14946 91565 109277 143974 155900 168481 180580 199962 254395 265169 342684
38 Gewinne zu 500 M. 26938 61693 130623 133233 135935 150705 168199 188721 204393 285591 302066 304513 307915 310183 313805 317770 326548 334665 354553
56 Gewinne zu 300 M. 2141 7808 9025 15686 17722 28862 52955 70490 73192 77034 109916 112045 133171 155159 179296 220974 225903 227357 228146 260531 260526 260964 299437 308616 348515 353061 388124 395415

Die Firma Kaisers Kaffeegeschäft, G. m. b. H.,
Zentrale Viersen im Rheinland, Zweigniederlassung Breslau Ofener Straße 29b, die in Breslau 20 Verkaufsstellen unterhält spendet dem Städtischen Wohlfahrtsamte zur Winterhilfe für die Zeit vom Oktober d. Js. bis einschließlich März 1932 jeden Mon 500 Pfund Gerstenkaffee, 500 Pfund Reis, 500 Pfund weiße Bohnen und 500 Pfund Viktoriaerbsen. — Es sei der Firma an dieser Stelle der herzliche Dank der Stadtgemeinde ausgesprochen, mit dem Wunsche, daß ihr Beispiel Nachahmung finden möge.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes
Hauptmarkt am 21. Oktober 1931

Der Auftrieb betrug 1033 Rinder 830 Kälber, 294 Schafe, 3369 Schweine Ueberstand vom vorigen Markte waren 4 Rinder — Kälber, 10 Schafe 70 Schweine.
Mithin Gesamtauftrieb 1037 Rinder, 830 Kälber, 304 Schafe, 3439 Schweine.

I. Rinder. 1037 Stück

	Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht
A. Ochsen: 29	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1. jüngere	35–36
2. ältere	27–30
b) sonst vollfleischige 1. jüngere	—
2. ältere	20–22
c) fleischige	14–17
d) gering genährte	—
B. Bullen: 457 Stück	
a) jüngere: vollfleischige höchsten Schlachtwerts	30–31
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25–26
c) fleischige	—
d) gering genährte	—
C. Kühe: 385 Stück	
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts	30–32
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	21 24
c) fleischige	16–17
d) gering genährte	11–12
D. Färsen (Kalbinnen): 149 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	32 33
b) vollfleischige	25 26
c) fleischige	18–20
E. Fresser: 17 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh	—

II. Kälber. 830 Stück

a) Doppelter bester Mast	—
b) Beste Mast- und Saugkälber	46 47
c) Mittlere Mast- und Saugkälber	38–40
d) Geringere Kälber	28 30

III. Schafe. 304 Stück

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast	—
2. Stallmast	39–41
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe	30–31
c) Fleischiges Schafvieh	23
d) Geringgenährtes Schafvieh	—

IV. Schweine. 3439 Stück

a) Fettschweine über 150 Klg. (3 Zentner) Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine von ca 240 300 Pfd. Lebendgew	51
c) " " " 200 240 " "	50
d) " " " 160 200 " "	46
e) fleischige " " 120 160 " "	—
f) " " unter 120 Pfund Lebendgewicht	—
g) Sauen und Eber	41–42

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Macht- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Kommunazis plündern einen Konsumverein der Arbeiter

In Essen-Borbeck drang am Dienstag abend eine etwa vierzig Mann starke Horde in eine Verkaufsstelle des Konsumvereins „Selbsthilfe" ein, nachdem sie die Eingangstür zertrümmert hatte. Sie entwendete Lebensmittel aller Art. Was die Plünderer nicht mitnehmen konnten, wurde von ihnen vernichtet. Sie warfen Eier gegen die Wand, zertraten Lebensmittel und flüchteten dann unter dem Rufe „Heil Hitler". Es ist einwandfrei festgestellt, daß es sich um Leute handelt, die vorher an einer kommunistischen Demonstration teilgenommen hatten und durch das Ueberfallkommando in eine Nebenstraße abgedrängt worden waren.

17 Todesopfer der Herner Grubenexplosion

In der gestrigen Nacht sind von den hier im Krankenhause Bergmannsheil in Bochum liegenden schwer verletzten Opfern der Grubenexplosion auf Mont Cenis zwei weitere Knappen ihren schweren Brandwunden erlegen, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf siebzehn erhöht. Bei dem einzigen noch in Bochum befindlichen Schwerverletzten besteht die Hoffnung, ihn am Leben erhalten zu können, während sich die im Krankenhause Boernig untergebrachten Verletzten außer Lebensgefahr befinden.

Absturz eines Amateurfliegers

Bei Dietikon zwischen Baden und Zürich stürzte aus zirka 80 Meter Höhe ein Sportflugzeug infolge Flügelbruches ab. Der Pilot, der 36jährige Ingenieur Hugo Schmidt aus Zürich, der das Flugzeug selbst konstruiert hatte, wurde getötet.

Der zweite Uralzeff-Prozeß

Der vor einigen Monaten vom Dresdener Gericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilte russische Raiffeisen-Betrüger Uralzeff hat seine Berufung gegen dieses Urteil zurückgezogen. Ueber die Berufung der beiden mitverurteilten Rechtsanwälte Dr. Steinmetz-Kassel und Dr. Türk-Dresden wird verhandelt werden. Voraussichtlich findet dieser zweite Uralzeff-Prozeß nicht vor Ende des Jahres statt.

100 000 Mark gewonnen

In der Mittwoch-Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf das Los Nr. 396 259 ein Gewinn von 100 000 Mark gezogen. In der ersten Abteilung wird das Los in Achteln in Bayern gespielt, in der zweiten, gleichfalls in Achteln, im Rheinland. Ferner entfiel auf Los Nr. 87 108 ein Gewinn von 50 000 Mark. Dieses Los wird in der ersten Abteilung in Achteln in Schlesien, in der zweiten in Vierteln in Bayern gespielt.

Zwei Jahre Gefängnis für einen ungetreuen Rechtsanwalt

Rechtsanwalt Pauli aus Aachen wurde vom Erweiterten Schöffengericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht erkannte ihn in vierzehn Fällen der Untreue schuldig. Der Rechtsanwalt hatte sich in zwei Fällen Gelder angeeignet, die ihm in seiner Eigenschaft als Konkursverwalter für zwei Aachener Firmen zugegangen waren. In zwölf Fällen hatte er Ersatzleistungen des Eschweiler Bergwerkvereins für Bergschäden nicht an die Geschädigten, die er vertreten hatte, ausgezahlt.

Die deutschen Dampfer aus Leningrad zurückgekehrt

Vor Kiel-Holtenau trafen am Mittwoch abend dreißig deutsche Dampfer aus Leningrad ein. Es sind Schiffe, deren Besatzung in dem russischen Hafen unter dem Terror russischer Kommunisten meuterten. Bevor die Dampfer ihre Reise fortsetzten, wurden etwa 120 Mann der Besatzung an Land gesetzt. Die Matrosen haben sich vor dem Schnellrichter wegen Meuterei zu verantworten. Das Sondergericht tritt heute in Holtenau im Hotel „International" zusammen.

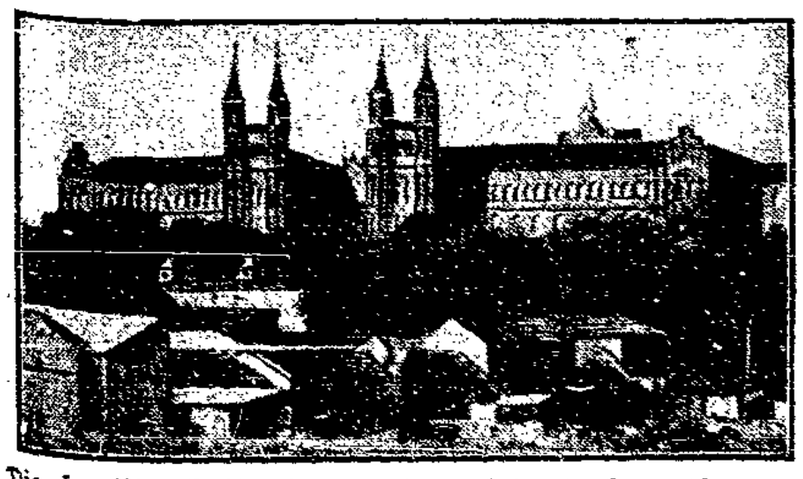
Artur Schnitzler gestorben

Am Mittwoch nachmittag ist in Wien der bekannte Dramatiker und Novellist Arthur Schnitzler einem Schlaganfall erlegen. Schnitzler machte nachmittags einen Spaziergang. Als er in seine Wohnung zurückkehrte, stürzte er, vom Schlag gerührt, zusammen und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Georg Engel †

Kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres verstarb in Berlin der Schriftsteller Georg Engel, ein humorvoller, sehr beliebter Erzähler. Als Vorsitzender des „Verbandes deutscher Erzähler" bemühte sich Engel, in sozialer und allgemeiner Hinsicht die Interessen seiner Berufskollegen zu wahren.

Zur Ausweisung der Jesuiten aus Spanien



Die spanische Nationalversammlung hat die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien und die Beschlagnahme ihrer Güter beschlossen. Das hier abgebildete Jesuitenkloster Charmartin de la Rosa gehörte zu den wichtigsten Stützpunkten des Jesuitenordens in Spanien.

Klotz-Altstaedt

Der Direktor des Lübecker Kinderhospitals rechtfertigt sich

Im Lübecker Calmette-Prozeß gab Professor Klotz, der Direktor des Kinderhospitals, bei seiner weiteren Vernehmung an, daß er sich bei Einlieferung der ersten Calmette-Kinder in das Kinderhospital und auch später bei der Sitzung des Lübecker Gesundheitsrates am 13. Mai 1930 keineswegs über den Umfang der Katastrophe im Klaren gewesen sei. Sowohl er als auch Professor Deyke und Dr. Altstaedt hätten nach den ersten Todesfällen geglaubt, daß es sich nur um Säuglinge handele, die mit einer bestimmten Abfüllung des Impfstoffes gefüttert worden seien.

Professor Klotz äußerte sich dann über sein persönliches Verhältnis zu Professor Deyke. Er erklärte, die angeblichen Gerüchte über eine Todfeindschaft mit Professor Deyke seien zuerst in einem Berliner Sensationsblatt aufgetaucht. Wohl hätten im Jahre 1925 dienstliche Differenzen zwischen ihm und Professor Deyke bestanden. Diese seien aber längst beigelegt gewesen. Immer habe er zu Professor Deyke in einem korrekt kollegialen Verhältnis gestanden. Klotz ergänzte noch: „Ich bin seit 1918 staatlicher Kinderarzt, und ich habe meiner vorgesetzten Behörde Rechenschaft über mein Tun abzulegen. Ein einziger Todesfall verdirbt uns unsere ganze Statistik vor der Behörde und zieht uns unter Umständen Vorwürfe zu: Hätte das Kind nicht schärfer beaufsichtigt werden können, sind alle Vorschriften befolgt worden? Sollte ich da ruhig mit angesehen haben, lediglich aus Animosität gegen Professor Deyke, wie die Kinder erkrankten und starben? Das ist eine infame Unterstellung."

Der Angeklagte wurde dann wieder wie am Vortage zu seinen Veröffentlichungen nach Fehlschlagen der Impfungen, vor allem zu seinem Aufsatz in der „Medizinischen Welt" vom 24. Mai 1930 vernommen. Er erklärte wiederum, diesem Aufsatz habe er keinerlei Bedeutung beigemessen. Anschließend wurde ein weiterer Aufsatz von Professor Klotz, abgedruckt in der „Medizinischen Klinik" vom 29. Mai 1930, verlesen. In diesem Aufsatz befindet sich die bedenkliche Stelle: „Wir wollten dem jungen tatkräftigen Beamten (gemeint ist Dr. Altstaedt) gern die Gelegenheit zu intensiver Betätigung geben. Die Unschädlichkeit des Verfahrens schien uns sicher festzustehen, mochte man auch über den Nutzen skeptisch sein."

Es folgt die weitere Vernehmung von Dr. Altstaedt. Der Vorsitzende verlas zunächst ein von Dr. Altstaedt verfaßtes Schreiben des Lübecker Gesundheitsamtes vom 14. Mai 1930 an den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes. In diesem Schreiben heißt es: „Vor Herausgabe der Kulturen zur Fütterung fand eine Prüfung in Tierversuchen auf Unschädlichkeit statt". Dr. Altstaedt mußte zugeben, daß der Inhalt dieses Schreibens falsch sei. Er verteidigte sich damit, daß er tatsächlich der Ansicht gewesen sei, ein Tierversuch habe stattgefunden, da Professor Deyke in der Sitzung des Lübecker Gesundheitsrates vom 13. Mai 1930 erklärt habe, trotzdem das Verfahren von verschiedenen maßgebenden ärztlichen Autoritäten empfohlen worden sei, habe er sich selbst noch durch einen Tierversuch überzeugt.

Im Gegensatz zu Professor Deyke erklärte Dr. Altstaedt dann, daß er nach wie vor von der Unschädlichkeit des Calmette-Mittels überzeugt sei, daß er nach wie vor die Verantwortung dafür übernehme, die Einführung des Calmette-Verfahrens empfohlen zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Maßnahmen er dann getroffen habe, nachdem die Schädlichkeit des in Lübeck verausgabten Impfstoffes festgestellt worden war, antwortete Dr. Altstaedt, er habe zunächst angenommen, daß nur die am 28. Februar 1930 erfolgte Abfüllung des Impfstoffes die Schädigungen verursacht habe. Da er sich bewußt gewesen sei, daß das Schicksal aller Kinder besiegelt war, die man mit den Emulsionen vom 28. Februar gefüttert habe, habe er nichts unternommen, um die Tatsache der Calmette-Schädigungen noch nicht in die Oeffentlichkeit bringen zu lassen.

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Matuschka soll Kommunist sein

Zu den der ungarischen Regierung wahrscheinlich sehr unangenehmen, auch von uns gebrachten Mitteilungen der Wiener „Arbeiterzeitung" über das Vorleben Matuschkas, kommt aus Budapest ein Dementi, wonach Sylvester Matuschka offenbar mit einem Karl Matuschka verwechselt worden sei. Matuschka habe sich niemals an einer gegenrevolutionären Bewegung beteiligt, dagegen wurden immer mehr Daten über seine Rolle während der kommunistischen Räteherrschaft bekannt. So sei er als politischer Detektiv unter dem Terroristen Corvin Klein tätig gewesen und habe sein Amtszimmer gemeinsam mit dem später gehängten Terroristen Gabriel Schön im Parlamentsgebäude gehabt. Auch habe er in lebhaftem Verkehr mit dem Volkskommissar für Kriegswesen Vago gestanden, da er nicht nur als politischer, sondern auch militärischer Recherchеur tätig gewesen sei.

Auch wenn das Dementi der ungarischen Regierung richtig sein sollte, bleiben doch die Veröffentlichungen der Wiener „Arbeiterzeitung" schandbar genug für die in Ungarn herrschende Kaste. In ihrem Interesse liegt es natürlich aus Matuschka einen Kommunisten zu machen. Uns ist es übrigens ziemlich gleich, ob man Matuschka zu den Kommunisten oder zu den Nationalisten zählt, denn beide sind sich zum Verwechseln ähnlich.

Theaterzusammenbruch auch in Amerika

Amerikas größtes Bühnenunternehmen, der Shubert-Theater-Konzern, ist in Konkurs gegangen. Die Passiven betragen 20 Millionen Dollar.

Der Shubert-Konzern unterhielt in Amerika Dutzende von Bühnen, die sehr häufig deutsche Stücke spielten und auch oft deutsche Schauspieler beschäftigten. Der Zusammenbruch des Konzerns ist nicht zuletzt auf die schwierige Wirtschaftslage, in der sich auch Amerika heute befindet, zurückzuführen.

Neues Riesenluftschiff

Das amerikanische Marineministerium hat bei der Goodyear-Zeppelingesellschaft ein neues Riesenluftschiff bestellt. Das vor einigen Wochen fertiggestellte Riesenluftschiff „Acron" ist inzwischen von der amerikanischen Marine übernommen worden.

Mißglückter Eisenbahnanschlag in der Tschechoslowakei

Bei dem Streckenwärter der Eisenbahnbrücke, die bei Komorn über die Donau führt, erschien kurz vor Mitternacht ein Mann, der sich erkundigte, ob der internationale Schnellzug Budapest—Prag Verspätung hätte. Als der Streckenwärter dann die Strecke abging, fand er auf der Brücke zwei auf den Gleisen liegende Steinblöcke von etwa je 70 Kilo Gewicht. Durch Lichtsignale gelang es dem Wärter, den Schnellzug im letzten Augenblick zum Halten zu bringen. Die ungarischen und tschechischen Grenzwachen wurden von dem Vorfall benachrichtigt. Die tschechoslowakische Grenzwache hat bereits eine bestimmte Spur aufgenommen.

Ein dänischer Dampfer bei Scharhörn gestrandet

Die Besatzung hält an Bord aus

Der orkanartige Sturm, der am Dienstag an der Nordseeküste herrschte, brachte in der Elbmündung ein bisher unbekanntes Schiff in Seenot. Gegen 1 Uhr nachts wurden von einem Dampfer bei Scharhörn Notrufe ausgesandt. Die beiden Hamburger Bergungsdampfer „Simson" and „Heros" eilten sofort zu Hilfe. Sie erschienen noch in der Nacht an der Unglücksstelle, doch konnten sie den Dampfer nicht mehr erreichen, da er schon hoch auf den Sand getrieben war. Weder der Name noch die Nationalität des Schiffes ließen sich feststellen. Man hegt für die Besatzung schwerste Besorgnis. Alle Versuche, mit dem Dampfer in funkentelegraphische Verbindung zu kommen, sind vergeblich gewesen. Da das Schiff auf Funkrufe keine Antwort gab, wurde vermutet, daß es von der Besatzung bereits verlassen worden sei.

Nach den letzten Meldungen aus Cuxhaven ist es gestern nachmittag um 14,30 Uhr einem Rettungsboot gelungen, längsseit an dem auf Scharhörn gestrandeten Dampfer festzumachen, so daß das Leben der Besatzung als gesichert erscheinen darf.

Es ist inzwischen auch festgestellt worden, daß es sich um den dänischen, in Svendborg beheimateten Dampfer „Peter Mosi" handelt. Das Schiff soll derart hoch aufsitzen, daß es nicht möglich sein wird, daß es aus eigener Kraft freikommt. Allerdings können zurzeit auch noch keine Schlepper an das gestrandete Schiff heran, während das Rettungsboot noch längsseit liegt. Die aus etwa 14 Köpfen bestehende Besatzung des „Peter Mosi" befindet sich noch an Bord und will das Schiff auch nicht verlassen.

2000 Zentner Fracht

Durch die Straßen von London wurde in diesen Tagen auf einem besonders konstruierten Lastzug ein für einen Hotelneubau bestimmter Eisenträger von 2000 Zentnern Gewicht gefahren. Der Eisenträger war über 20 Meter lang und hatte einen Durchmesser von drei Metern. Die Herstellung des für den Transport benutzten Lastfahrzeuges, das 36 Räder und in der Mitte einen Kommandoturm mit Telephonverbindung zum Fahrer und zum rückwärtigen Beobachter und Steuermann aufweist, kostete 180 000 Mark.

Das wandernde Gold

Zwei umfangreiche Goldsendungen aus Amerika sind am Dienstag in Cherbourg eingetroffen. Die „Europa" brachte 380 und die „Aquitania" 350 Fässer Gold im Werte von rund einer Milliarde Francs. Am Mittwoch werden mit den Dampfern „Deutschland" und „Präsident Roosevelt" wieder 600 Fässer Gold erwartet.

Poincaré wird alt

Poincaré, der vor kurzem zum Vorsitzenden der Pariser Rechtsanwaltskammer gewählt worden war, hat dieses Amt niedergelegt, da ihm von seinen Aerzten jede körperliche Anstrengung untersagt worden ist. Poincaré weilt zur Zeit zur Erholung in Sampigny und dürfte dort länger bleiben, als er ursprünglich beabsichtigte.

Bergrutschkatastrophe

Infolge anhaltenden Regens kam es in der Nähe von Jaipur (Hinterindien) zu einer Bergrutschkatastrophe. Dreißig Menschen kamen ums Leben. Die Eisenbahnlinie nach Bengalen ist an mehreren Stellen unterbrochen.

150 Menschen ertrunken

In Madras (Ost-Indien) sind bei einer Ueberschwemmungskatastrophe mehr als 150 Menschen ertrunken. 2000 Personen wurden obdachlos.

Leder aus Wolle

In Leeds (England) wurde ein Verfahren patentiert, nach dem man Wolle zu einem äußerst haltbaren Kunstleder verarbeiten kann. Das Leder soll vor allem zu Polsterüberzügen, aber auch zur Herstellung von Oberleder für Schuhe Verwendung finden.

Italienischer Spion in Frankreich verhaftet

In Lyon ist von der Kriminalpolizei ein italienischer Spion namens Toselli verhaftet worden, der durch häufige Reisen nach dem französisch-italienischen Grenzgebiet die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte. Bei seiner Vernehmung gab er zu, im Dienste einer fremden Macht zu stehen, der er Auskünfte über die militärische Verteidigungsorganisation an der Südostgrenze liefere. In seinem Besitz wurden verschiedene mit Anmerkungen versehene Dokumente über die Landesverteidigung gefunden, die Sachverständigen zur Prüfung übergeben worden sind.

Zum Reichskommissar für Erwerbslosensiedlung

ist der Regierungspräsident von Trier, Dr. Saaßen, in Aussicht genommen worden. Saaßen gehört dem Zentrum an, ist jedoch politisch noch nicht hervorgetreten.

Nicht auszudenken

Der DHV. streicht den Arierparagraphen

Der DHV. (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) ist bekanntlich die „antimarxistische Gewerkschaft der Angestellten. Da der DHV. an sich gegenüber den freien Gewerkschaften keine Lebensberechtigung hätte, erfand er sich einen Daseinsgrund durch seinen „Arierparagraphen", der die Mitgliedschaft von Juden ausdrücklich und statutarisch ausschließt. So zum Beispiel lautete bisher der Absatz 3 des § 3 der Satzungen des DHV. in der Tschecho-Slowakei: „Juden und in bewußtem Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben". Dieser schönen statutarischen Bestimmung, dem Kernpunkt der ganzen antimarxistischen Gewerkschaftsherrlichkeit, ist nun eine schreckliche Katastrophe zugestoßen: der Arierparagraph existiert in der Tschecho-Slowakei nicht mehr! Das kam so: Die Arbeitslosenversicherung der Tschecho-Slowakei beruht bekanntlich auf dem Genter System, das die für die Arbeitslosenunterstützung zu leistenden Staatsbeiträge direkt an die einzelnen Gewerkschaftsverbände gibt, von denen die Gelder dann an die bei ihnen organisierten arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder zur Verteilung gelangen. Die Gewerkschaften haben also in dieser Beziehung in der Tschecho-Slowakei eine ungemein wichtige staatliche, öffentlich-rechtlich geschützte Funktion. Dem DHV. ist nun in der Tschecho-Slowakei folgendes widerfahren: Die politische Landesverwaltung richtete an ihn eine Zuschrift und verlangte die Aufhebung der oben zitierten Stelle des Statuts, widrigenfalls die weitere Zahlung des Staatsbeitrages zu den Arbeitslosenunterstützungen eingestellt werden müßte. Denn Anspruch auf den Staatsbeitrag hätten nur politisch und konfessionell neutrale Gewerkschaftsorganisationen. Die DHV.-Leute waren verzweifelt. Aber da ihnen Geld wichtiger ist als die Gesinnung, haben sie auf ihrem am vergangenen Sonntag in Aussig abgehaltenen Verbandstag in den sauren Apfel beißen müssen und mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, die Arierparagraphen zu streichen. Wenn nun die jüdischen Handelsangestellten boshaft sind, so treten sie dem DHV. in Massen bei und machen in kürzester Zeit aus ihm einen — JHV. . . .

Die ehemalige „Klassenkampf"-Druckerei vor dem Reichsarbeitsgericht

„Alle Macht den Räten"

Nur für kommunistische Parteibetriebe soll das nicht gelten

In der „Produktiv-Druckerei", die früher den jetzt in Leipzig gedruckten „Klassenkampf" herstellte, war am 19. September 1930 einigen Buchdruckern gekündigt worden, weil sie den RGO.-Unfug ablehnten und sich in freigewerkschaftlichem Sinne betätigten. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung und machte Gegenvorschläge, auf die aber die Geschäftsleitung nicht einging.

Die Gekündigten erhoben Klage beim Arbeitsgericht und behaupteten, daß ihre Kündigung dem § 1 der im Betriebe geltenden Arbeitsordnung widerspreche, auch nur wegen ihrer Mitgliedschaft beim freigewerkschaftlichen Verbande der Buchdrucker und wegen ihrer gewerkschaftlichen Betätigung erfolgt sei, sowie mit Rücksicht auf ihre lange Betriebszugehörigkeit und ihre Familienverhältnisse eine unbillige Härte darstelle. Sie sehen die Kündigung als Maßregelung an, denn wenn sie der RGO. angehört hätten, so wären sie gewiß nicht entlassen worden. Sie verlangen mit der Klage die Wiedereinstellung oder Fortzahlung des Lohnes.

Das Arbeitsgericht und auch Landesarbeitsgericht Halle haben zugunsten der Kläger entschieden und festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis der Kläger fortbestehe. Unstreitig hat der Betriebsrat der Kündigung der Kläger widersprochen. Ein Einvernehmen ist mit dem Betriebsrat nicht erzielt worden. Die Kündigung der Kläger ist daher rechtsunwirksam und nicht geeignet gewesen, das Arbeitsverhältnis der Kläger zu beenden. Die Kündigung der Kläger ist wegen des Verstoßes gegen § 1 der Arbeitsordnung mit einem Mangel behaftet, welche ihre Rechtsunwirksamkeit zur Folge hatte.

Gegen dieses Urteil kämpft die Betriebsleitung mit der Revision an. Sie verlangt vom Reichsarbeitsgericht, das sie ständig als ein Klassen- und Ketzergericht bezeichnet, eine Entscheidung zu ihren Gunsten.

Der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Löwenthal weiterte gegen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und erklärte unter dem Hohngelächter der Zuhörer, daß der Betrieb, in dem der „Klassenkampf" gedruckt worden war, der Kommunistischen Partei „nahe stehe", sonst aber nichts mit der KPD. zu tun habe. Der § 1 der Arbeitsordnung käme für die Kläger nicht in Frage, auch sei für die Beklagte

das Betriebsrätegesetz nicht maßgebend.

Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Fraenkel (Berlin) rechnete scharf mit dem kommunistischen Phrasenr ab. Wenn der gegnerische Vertreter erkläre, daß der Beklagte der KPD. nur nahe stehe, so sei das eine Heuchelei und bewußte Unwahrheit.

Der Grundsatz, den die Kommunisten immer vertreten, „Alle Macht den Räten", würde in ihren eigenen Betrieben mit Füßen getreten.

Die Kläger seien nur deshalb gemaßregelt worden, weil sie sich freigewerkschaftlich betätigt hätten. Er beantragte die Zurückweisung der Revision und eine Entscheidung zu Gunsten der Kläger. Das Reichsarbeitsgericht kam zur Zurückweisung der Revision und entschied, daß **eine Maßregelung der Kläger vorläge und daß sie weiterbeschäftigt werden müßten.**

* * *

Mit dieser Entscheidung können die klagenden Buchdrucker jetzt allerdings nicht viel anfangen, denn inzwischen ist der Hallische KPD.-Druckstempel stillgelegt worden und das Parteiorgan wird in Leipzig gedruckt. Von den Gesellschaftern der sonnigen „Produktiv" sitzen unseres Wissens drei in Zürich, also im Ausland und sind daher für die Zahlung des Lohnes bis zur Verlegung des Druckes nach Leipzig nicht greifbar. Das vierte Mitglied ein Geschäftsführer in Ammendorf, ist inzwischen aus der KPD. ausgeschlossen worden.

Wann sind Deputantenfrauen arbeitslos?

im Sinne des § 89a AVAVG.?

Diese umstrittene Frage ist durch den Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung geklärt worden. Die Entscheidung befindet sich im „Reichsanzeiger" Nr. 92, 1931, Spr. Nr. 4040, und lautet:

Setzt der Arbeitnehmer mit der Arbeit aus, besteht aber der Arbeitsvertrag weiter und ist der Arbeitnehmer danach verpflichtet, die Arbeit auf Verlangen des Arbeitgebers nach einiger Zeit wieder aufzunehmen, ohne daß er sich in dieser Zwischenzeit davon lösen kann, so steht er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und ist nicht arbeitslos im Sinne des § 89 AVAVG.

Zu den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß hinsichtlich des Rechtsverhältnisses der Deputantenfrauen folgende Unterscheidungen zu treffen sind:

1. Hat die Ehefrau neben ihrem Ehemann einen Arbeitsvertrag mit dem Arbeitgeber abgeschlossen, so besteht für sie ein unmittelbares Arbeitsverhältnis und ist sie bei Arbeitsaussetzen in betriebsstiller Zeit nicht als arbeitslos im Sinne des § 89a anzusehen.

2. Besteht zwischen dem Deputanten und dem Arbeitgeber eine vertragliche (mündliche oder schriftliche) Verpflichtung zur Gestellung der Ehefrau zu Arbeitsleistungen, so ist dies ein mittelbares Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Ehefrau, wonach wie zu 1. Arbeitslosigkeit im Sinne des § 89a nicht gegeben ist. In beiden Fällen kann dem Antrag auf Gewährung von Alu nicht stattgegeben werden, weil die Deputantenfrau durch ihre Verpflichtung an den Betrieb dem Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung steht.

3. Besteht jedoch weder eine unmittelbare mittelbare förmliche Verpflichtung zur Mitarbeit der Ehefrau im Gutsbetriebe und hat sie trotzdem bisher tatsächlich mitgearbeitet, was der Arbeitgeber auch für die Zukunft erwartet, so besteht nur Arbeitsverhältnis für die Zeit ihrer tatsächlichen Beschäftigung. Damit ist Arbeitslosigkeit im Sinne des § 89a als Voraussetzung zum Bezuge von Alu gegeben.

4. Ist jedoch im Falle zu 3. durch die tatsächliche Uebung gewohnheitsrechtlich eine Verpflichtung entstanden, so soll wie 1. und 2. die Arbeitslosigkeit verneint werden.

Uns scheint, daß hier die Arbeitsämter einhaken werden, worin eine gewisse Gefahr für diejenigen Frauen liegt, deren Anspruch unbestritten ist, zum Beispiel solcher, die wohl immer arbeitswillig die angebotene Betriebsarbeit übernehmen, die auch sonst in der Uebernahme unbehindert waren.

3 Prozent Lohnkürzung bei den Privatbahnen

Für die Privateisenbahnen und Kleinbahnen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Gehälter um 3 Prozent senkt und die Zulage für das erste Kind um etwa mehr als die Hälfte kürzt.

Der Gesamtverband hat die von den Arbeitgebern geforderte Gehaltssenkung um 12 Prozent also zu einem nicht unerheblichen Teil abgewehrt. Im Frühjahr haben die Angestellten der Privateisenbahnen und Kleinbahnen bereits eine Gehaltssenkung von rund 4,2 Prozent hinnehmen müssen.

Der Manteltarifvertrag für die Wasserstraßenarbeiter

bleibt bis Ende März 1932 in Geltung. Das Reichsverkehrsministerium hatte den Tarif zum 31. Oktober gekündigt. Am Mittwoch wurde zwischen dem Ministerium und den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, wonach die Geltungsdauer des Vertrages um ein halbes Jahr verlängert wurde.

Die Lohnverhandlungen für die Wasserstraßenarbeiter beginnen am kommenden Montag.

Die Arbeitsruhe am Heiligabend

Der Reichsrat nahm am Donnerstag eine Vorlage der Regierung über die Arbeitsruhe am Heiligabend in einigen Abänderungen an. Die Vorlage sah grundsätzlich vor den 5-Uhr-Ladenschluß und Beschäftigungsmöglichkeit mit Aufräumungsarbeiten bis ½6 Uhr. Angenommen wurde jedoch ein bayrischer Antrag, der Verlängerung des allgemeinen Ladenschlusses bis 5½ bzw. 6 Uhr verlangte. Das Austragen von Waren ist bis 7 Uhr zulässig. Für die Forderung der Regierungsvorlage, daß für Schankstätten die Polizeistunde 8 Uhr sein solle, fand sich im Reichsrat keine Mehrheit, weil man darin einen Nachteil für die Bevölkerung besonders für Ledige erblickte. Nicht gelten soll das Gesetz für den Verkauf von Weihnachtsbäumen und für die Abgabe von Betriebsstoffen an Kraftfahrzeuge in Tankstellen.

Der Schiedsspruch für die Lausitzer Tuchindustrie, der eine Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Tariflöhne bis zum 31. Dezember vorsieht, wurde vom Schlichter für den Bezirk Brandenburg für verbindlich erklärt.

Geschoß der Harzburger

Devisenabflüsse und Notenhamsterei — Die Reichsbank beurteilt die Lage ernst, aber ruhig

Die Notendeckung der Reichsbank ist in der zweiten Oktoberwoche von 30,1 Prozent auf 28,6 Prozent gesunken. Damit hängt eine Verringerung der Gold- und Devisenbestände um 66,7 Millionen Mark auf 1294,1 Millionen Mark zusammen. Entgegen der sonstigen Bewegung hat sich auch der Notenumlauf vermehrt und zwar um 4,8 Millionen Mark auf 4952,5 Millionen Mark. Binnen Monatsfrist ist eine Steigerung des Notenumlaufs von 4662 Millionen Mark auf 4942,5 Millionen Mark eingetreten. Wir sind geneigt, den Notenumlauf zum Teil auf eine vermehrte Notenhamsterei zurückzuführen. Nach der Tagung der Inflationsfront in Bad Harzburg und der in ihren Auswirkungen durchaus inflationistischen Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hat eine stärkere Abhebung von Guthaben bei den Banken, Sparkassen usw. eingesetzt. Die politische Ungewißheit in der zweiten Oktoberwoche, die Aussicht, daß Deutschland eine Regierung Hugenberg-Hitler bekommen könnte, hat diese Abhebungen verstärkt. Das Geld ist in den Strumpf gewandert und ist somit für unsere Wirtschaft fürs erste verloren. Erst mit der Klärung der politischen Lage am Schluß der verflossenen Woche ist eine Beruhigung eingetreten.

Trotz der Maßnahmen in Deutschland — unter anderem haben Banken und Bankiers den Beschluß gefaßt, Auslandsaufträge auf Verkauf von deutschen Wertpapieren nicht mehr auszuführen — sind weiter Gold und Devisen abgezogen worden. Es ist bekannt, daß es sich hier zu einem Teil um ausgesprochene Kapitalflucht handelt. Pfuschmakler suchen gemeinsam mit seriösen Wirtschaftskreisen Hintertreppen, um deutsche Wertpapiere zu verkaufen, die Erlöse in Valuta umzuwandeln und nach dem Ausland zu verschieben. Immerhin waren die Devisenanforderungen bei der Reichsbank in den ersten Tagen der zweiten Oktoberwoche verhältnismäßig gering. Sie verstärkten sich besonders an den beiden letzten Tagen der Woche. Der stärkere Bedarf an Devisen in den letzten Tagen der zweiten Oktoberwoche hängt aber bereits mit dem Stillhalteabkommen von Basel zusammen. Nach diesen Abmachungen sind solche Guthaben, die Ausländer in Deutschland unterhalten, in Raten freizugeben. Die zweite Rate war Mitte Oktober fällig und zwar waren am 15. Oktober 15 Prozent der ausländischen Markguthaben abzuführen. Andererseits hält die Ausweitung des Reichsbankkredits an. In der zweiten Woche des Monats tritt gewöhnlich ein Rückgang des von der Reichsbank gewährten Kredits ein. Dieses Mal ist das, wie auch schon bereits im Monat September, nicht der Fall. Der gesamte Kredit der Reichsbank hat sich weiter erhöht und zwar um 135,4 Millionen Mark auf 4135,4 Millionen Mark. Der größte Teil des Kredits ist über Wechselkredite gewährt worden; die Bestände an Handelswechseln und Schecks erhöhten sich um 138,6 Millionen Mark auf 3826,7 Millionen Mark. Daß auf Grund der Abmachungen mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen, die eine vermehrte Lombardierungsmöglichkeit vorsehen, der Lombardkredit steigen mußte, war vorauszusehen. Er erhöhte sich um 35,3 Millionen Mark auf 202,9 Millionen Mark. Der durch Ankauf von Reichsschatzwechseln gewährte Kredit ist dagegen um 37,5 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark abgebaut worden. Die Ausweitung des Wechselkredits dürfte wohl in der Hauptsache auf größere Ansprüche der Sparkassen zurückzuführen sein. Hier haben ja die Abhebungen der Kundschaft immer angehalten. Eine Steigerung der Abhebungen ist, wie bereits bemerkt, nach der Tagung der nationalen Inflationsfront in Harzburg eingetreten.

Die Entwicklung bei der Reichsbank ist also auch in der zweiten Oktoberwoche alles andere als erfreulich. Wie wir hierzu erfahren, wird aber die Situation von der Reichsbankleitung durchaus ruhig beurteilt. Bei der angespannten Kreditlage ist es natürlich, daß nicht der gesamte Wechselbestand aus reinen Handelswechseln bestehen kann. Die Schwierigkeiten, die für die Sparkassen einer Mobilisierung ihrer Vermögenswerte bestehen, haben selbstverständlich auch im Oktober zu Rückgriffen auf die Reichsbank geführt, wobei es jedoch keinem Zweifel unterliegt, daß die Sparkassenwechsel als gutes Material anzusprechen sind. Berücksichtigt man alle Ansprüche, die in dieser angespannten Kreditsituation an die Reichsbank als letzte Liquiditätsquelle der Wirtschaft gerichtet waren, so kann man von dem gesamten Wechselmaterial knapp ein Drittel als keine Handelswechsel ansprechen. Bei anderen Notenbanken liegen die Dinge weniger günstig. Die Reichsbank hat auch alle Vorkehrungen getroffen, um von diesen Positionen wieder herunterzukommen. Wenn sich bei dem Sparkassenpublikum eine weitere Beruhigung durchsetzt, was nach der Klärung der politischen Lage zu erwarten ist, so werden sich diese Positionen in absehbarer Zeit lösen lassen.

Die scharfe Anspannung der Devisenlage in dem September macht einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung seit der Julikrise erforderlich. Am 15. Juli betrug der Gold- und Devisenbestand 1480 Millionen, um infolge der getroffenen Abwehrmaßnahmen bis Anfang September auf 1780 Millionen zu steigen. Es folgte dann die Börsenöffnung mit den starken ausländischen Effektenverkäufen und die deutsche Kapitalflucht durch Effektenverkäufe über das Ausland, so daß die Devisenbestände in der dritten Septemberwoche wieder auf 1670 Millionen Mark sanken. Die Verkäufe der ausländischen Markgläubiger, durch das Stillhalteabkommen bedingt, haben diese rückläufige Devisenbewegung natürlich erheblich gefördert. Eine weitere Erschwerung der Lage brachte der Beschluß der Bank von England, den Goldstandard aufzuheben. Die Entwertung des englischen Pfundes und der skandinavischen Währungen um 20 bis 25 Prozent bot für deutsche Schuldner natürlich einen starken Anreiz, ihre Schulden sofort abzudecken und diese Bombenvalutagewinne einzustecken. Schließlich fiel in diese gespannte Situation auch noch der 1. Oktober, der als Halbjahresultimo erhebliche Devisenansprüche für Zinszahlungen etc. stellte.

Das Einmalige dieser hohen Abzüge scheint die Reichsbank dazu veranlaßt zu haben, keine Aufschiebung der Oktoberfreigabe für ausländische Markguthaben zu beantragen. Die Ansprüche hieraus dürften sich auf etwa 60 Millionen Mark stellen. Mit der Fälligkeit dieser Ansprüche werden aber zugleich die verschärften Maßnahmen der Reichsbank gegen die Devisenspekulanten (Kreditsperre usw.) wirksam werden, wenn auch nicht so schnell, daß in der nächsten Woche bereits ein Devisenüberschuß erzielt werden könnte. Man kann aber damit rechnen, daß der Tiefpunkt in den nächsten zwei Wochen überwunden sein wird.